

08/09.06



EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

**Putins nukleare Pseudodemokratie
Österreichs blockierte Präsidentschaft
Pestizidstrategie ohne Hand und Fuß
Fischereifonds ohne Umweltverbände**

und weitere Beiträge zur Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene

EU-RUNDSCHREIBEN

herausgegeben vom Deutschen Naturschutzring (DNR) e.V.

EU-Rundschreiben

Umweltpolitik auf europäischer und internationaler Ebene
Jahrgang 15 (2006), Heft 08/09
ISSN 1861-0064

Herausgeber

Deutscher Naturschutzring,
Dachverband der deutschen Natur- und
Umweltschutzverbände (DNR) e.V.

Redaktion**DNR Geschäftsstelle Berlin/****EU-Koordination und Internationales**

Grünes Haus, Prenzlauer Allee 230,
10405 Berlin

Juliane Grüning (jg), Bjela Vossen (bv),
Thomas Frischmuth (tf), Marion Busch
(mbu), Tinka Lutz (tl), Christina Drees
(cd), Matthias Bauer (mb), Meike Fink
(mf), Mathias Rösch (mr), Eva Zinecker
(ez)

Tel. 030 / 443391-81, -86, Fax -80

eMail: juliane.gruening@dnr.de

Internet: www.dnr.de/eur

www.eu-koordination.de

DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn

Tel. 0228 / 3590-05, Fax -96

eMail: info@dnr.de, Internet: www.dnr.de

Abonnement

Abo-Verwaltung: Thomas Kreuzberg,
Geschäftsstelle Bonn (s. o.)

eMail: thomas.kreuzberg@dnr.de

Preise: siehe 3. Umschlagseite, vergünstigte Abos bitte in der Redaktion erfragen

Technik

Satz: DNR Redaktionsbüro, Berlin

Druck: Druckerei Eberwein, Bonn

Gastbeiträge

Artikel aus Verbänden und Forschung sind willkommen. Die Redaktion muss sich Kürzung und redaktionelle Bearbeitung von Beiträgen vorbehalten. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion bzw. des Herausgebers wieder. Redaktionsschluss ist jeweils der 15. des Vormonats.

Copyright

Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Einzelne Artikel können nachgedruckt werden, wenn die Quelle angegeben wird.

Lob der Vielfalt

Liebe Leser, liebe Leserinnen,

wann haben Sie eigentlich ihr letztes Glühwürmchen gesehen? Oder den letzten Schluck Wasser direkt aus einem Bach getrunken? Rundblättrigen Sonnentau bestaunt, einen Adler beobachtet oder vom Sauerklee im Wald genascht? Unser Lebensalltag findet in den meisten Fällen weit weg von Natur statt. Und politische Entscheidungen, die für Natur und Umwelt entscheidende Folgen haben, aber zu ganz anderen Sachbereichen gehören, werden ebenfalls fernab an Konferenztischen oder am Telefon getroffen. Das ist die Realität der „großen Politik“, und damit müssen sich auch umweltbewegte Menschen auseinandersetzen. Sich für die kleinen und großen Wunder in der Natur einzusetzen kann so zum knallharten Geschäft werden, wenn Artenschützerinnen und Naturliebhaber, Naturwissenschaftler und Forschung gegen die „Sachzwänge“ der wirtschaftlichen Agenden ankämpfen müssen.

Da wird es Zeit, dass - wie schon für den Klimaschutz und andere Umweltprobleme - ein internationales, hochrangiges und möglichst wirkungsvolles Gremium eingerichtet wird, das sich mit dem verheerenden Rückgang der biologischen Vielfalt und dem Ziel, den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen, beschäftigt. Das fordern jedenfalls führende internationale Wissenschaftler auf dem Gebiet der biologischen Vielfalt gemeinsam mit Politikexperten in der Fachzeitschrift *Nature*. In ihrer Mitte Juli veröffentlichten Stellungnahme mahnen die 19 Experten aus 13 Ländern, es gebe „aus wissenschaftlicher Sicht eindeutige Hinweise darauf, dass wir uns an der Schwelle zu einer verheerenden Krise im Bereich der biologischen Vielfalt befinden.“ Sie führen auf, dass 12 Prozent aller Vogelarten, 23 Prozent der Säugetiere, ein Viertel aller Nadelbaumarten und ein Drittel der Amphibien vom Aussterben bedroht sind. Allein durch den Klimawandel könnte es in den kommenden 50 Jahren zum Aussterben weiterer 15 bis 27 Prozent aller Arten kommen.

Übernutzung natürlicher Ressourcen, Zerstörung von Lebensräumen, Umweltverschmutzung und Klimawandel - das sind schwer wiegende Probleme für das Wohlergehen der Menschheit. Der Wert der Biodiversität und unsere Abhängigkeit von

ihr wird von Entscheidungsträger/innen aller Ebenen immer noch unterschätzt.

Weil Fachwissen und Politikentscheidungen beim Schutz der biologischen Vielfalt Hand in Hand gehen müssen, fordert die Expertengruppe Strukturen ähnlich wie beim Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), dem zwischenstaatlichen Gremium für Klimaveränderungen. Die Idee ist nicht neu, fand aber bisher nur wenig Unterstützung. Zurzeit finanziert die französische Regierung ein Konsultationsverfahren, das innerhalb von 18 Monaten Notwendigkeit, Umfang und mögliche Modelle für einen „International Mechanism of Scientific Expertise on Biodiversity“ (IMoSEB) ermitteln soll. Eine Beteiligung in dem Anhörungsverfahren durch alle, die sich mit Biodiversität beschäftigen oder ihre Regierung davon überzeugen wollen, mehr Einsatz zu zeigen, ist unter www.imoseb.net ausdrücklich erwünscht.

Mit der Einrichtung eines neuen Gremiums ist es natürlich nicht getan. Für den Erhalt der Artenvielfalt sind auf allen Ebenen konsequente Schritte nötig. Ob das bei der Mittelvergabe im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm ist, bei der Verkehrswegeplanung in Europa oder in der Region, bei der Durchsetzung einer fortschrittlichen Chemikalienpolitik oder eben im eigenen Vorgarten. Bei allen Befürchtungen, dass die machtvollsten Entscheidungen wohl doch andernorts getroffen werden, sind die Einrichtung von Natura-2000-Schutzgebieten oder die Arbeit an einem „Blauen Korridor“ in den Weltmeeren doch positive Ergebnisse des langjährigen und vielfältigen Engagements von ökologisch denkenden Menschen. Um mit der indischen Schriftstellerin Arundhati Roy zu sprechen: „Eine andere Welt ist nicht nur möglich, sie ist bereits auf dem Weg. An ruhigen Tagen kann ich sie atmen hören“.

In diesem Sinne viele ruhige Tage und eine genussvolle Lektüre der Doppel-Sommerausgabe des EU-Rundschreibens!

Juliane Grüning,
DNR EU-Koordination

2 Impressum**3 Editorial**

- Lob der Vielfalt

5 Global

- Putins nukleare Pseudodemokratie von Vladimir Slivyak, Ecodefense
- WTO-Doha-Verhandlungen in Genf vorerst gescheitert
- Weltbank ohne eigenständige Umwelta Abteilung

7 EU-Präsidentschaft, G8-Vorsitz

- Umweltpolitische Strategien der EU-Kommission für 2007
- Europäisches Umweltbüro mit Forderungen für 2007
- G8-Gipfel 2007 in Deutschland
- VENRO für globale Energiewende

9 EU-Politik, Recht

- Österreich: Bewertung der EU-Ratspräsidentschaft
- Umweltmusterland Österreich? von Jens Karg, Global 2000
- Zehn Grüne Prüfsteine für die finnische Präsidentschaft
- EU-Umweltrat am 27. Juni
- EU-Umweltminister wollen mehr Öko-Effizienz

15 Abfall, Produktpolitik

- Beratende Ausschüsse kritisieren EU-Abfallpolitik
- Abfallrahmenrichtlinie: Klarer und flexibler?
- WEEE-Richtlinie wird 2008 angepasst

17 Agrarpolitik, Gentechnik

- Zulassungsverfahren für Gen-Pflanzen soll besser werden
- Internationaler Saatgutvertrag vollständig
- EU-Parlament will Fair Trade fördern
- Weinmarktreform soll Absatz für EU-Wein steigern

19 Chemikalien, Emissionen

- Thematische Pestizidstrategie ohne Ziele und Indikatoren
- Umweltverbände fordern Nachbesserungen bei REACH
- Flammschutzmittel für TV in der Kritik
- Verbot von Chemikalien in Elektrogeräten in Kraft

22 Energie, Klima

- Energiesparpotenzial bei Beleuchtung
- Nationale Allokationspläne zu großzügig
- Luftfahrt soll Beitrag zum Klimaschutz leisten
- EU-Treibhausgasemissionen erneut gestiegen

25 Naturschutz, Biodiversität

- Keine Fortschritte beim 2010-Ziel
- Große Koalition will keine Vorbildrolle Deutschlands

27 Verkehr, Tourismus

- Individuelle Mobilität hat Vorrang vor Verkehrswende
- Biokraftstoffproduktion bleibt hinter EU-Zielen zurück
- Arbeiten am Brennerbasistunnel

28 Wasser, Meere

- Schutz der Gewässer vor gefährlichen Stoffen
- Mangelhafte Umsetzung der Wasserrahmen-Richtlinie?
- Dringend gebraucht: Blaue Korridore
- Europäischer Fischereifonds „vergisst“ Umweltverbände von Markus Knigge, WWF

32 Service

- Veröffentlichungen
- EU-Umwelt-Termine
- Informationsquellen

36 Wegweiser

- EU: Organe, Rechtsakte, Information
- Europäisches Umweltbüro (EEB)

Sonderheft

- EUR-Sonderheft (separate Heftung): Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Alles über den Rat der Europäischen Union

Gastbeitrag Putins pro-nukleare Pseudodemokratie

von Vladimir Slivjak¹

Bericht vom G8-Gipfel in St. Petersburg, 15.-17. Juli

Im gesamten Monat Juli hat der russische Präsident Wladimir Putin vor den Spitzen der G8 alles darangesetzt, um Russland als starke Energiesupermacht mit demokratischem Antlitz darzustellen. Er hat große Konferenzen von russischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen (NGO) in Moskau nicht nur genehmigt, sondern sogar begrüßt, und darüber hinaus an Treffen teilgenommen und eine mehrstündige Rede gehalten. (Bisher hatte der russische Präsident die NGOs in seinen Reden mehrere Jahre lang bedroht und einige für das Dasein von NGOs ziemlich bittere Gesetze erlassen.) Als seine Rede von einer Protestgruppe aus den Reihen der Umweltorganisation Ecodefense mit der Forderung nach einem Ausstieg aus der Atomenergie unterbrochen wurde, erteilte Putin nicht etwa seinen Sicherheitsbeamten die Anweisung, diese Leute einzusperren - was mit solchen Protestlern in Russland normalerweise geschieht -, sondern hielt im Gegenteil mit den Worten „lasst die Leute protestieren, sie kommen, um ihre Meinung zu sagen“ seine Beamten zurück. Dezent ausgedrückt war das eine ziemliche Überraschung.

NGO-Empfehlungen angehört - und ignoriert

Die konferierenden NGOs übergaben Putin eine Reihe von Empfehlungen, die unter anderem den Ausstieg aus der Atomenergie, ein Verbot staatlicher Subventionen an Atom- und Mineralölindustrie und das Verbot der Verbringung radioaktiver Abfälle einschließlich abgebrannter Kernelemente verlangen - und zwar weltweit. Der russische Präsident versprach sogar, diese Empfehlungen an die anderen G8-Spitzen weiterzugeben. Das erste Mal, seit Putin an der Macht ist, schickte sich auch das zu 99 Prozent unter indirekter staatlicher Kontrolle befindliche russische Fernsehen an, die NGOs zu lieben. Allerdings nur für einen Tag. Elf Tage vor dem G8-

Gipfel wurde Putin wieder er selbst und alle NGO-Empfehlungen wurden natürlich ignoriert.

Viele Demonstranten im Gefängnis

Alle, die an Putins magische Verwandlung geglaubt hatten, wurden erneut überrascht. Die Putinsche Demokratie starb, als eine extrem große Zahl an Polizeikräften St. Petersburg überflutete. Umweltschützer/innen probierten es als erste aus. Dieselben Aktivisten, die die oben erwähnte Rede Putins in Moskau unterbrochen hatten, protestierten am 11. Juli in der Nähe des „Kupferpferdes“ - einem Symbol des G8-Gipfels - in St. Petersburg. Sie zeigten ein Transparent mit der Aufschrift „Stoppt den Import von Atommüll nach Russland“ - und wurden innerhalb von fünf Sekunden gewaltsam festgenommen. Insgesamt 13 Personen wurden während der Demonstration verhaftet und verbrachten viele Stunden in Polizeigewahrsam und vor Gerichten. Innerhalb der folgenden Tage wurden weitere 200 Aktivist/innen aus unterschiedlichen Bewegungen von der St. Petersburger Polizei arrestiert, um jeglichen Protesten gegen Russland oder die G8-Politik vorzubeugen. In diesen Tagen scherte sich Putin überhaupt nicht mehr um Leute, die ihre Meinung sagen wollten.

G8 für weltweiten Zugang zu Atomtechnologie

Das G8-Treffen endete mit einem Kommuniqué, das an ein früheres Statement des russischen und amerikanischen Präsidenten angelehnt war, die sich einen Tag zuvor getroffen hatten. Beide Texte sind sehr schwach gemessen an den vorgeschlagenen realistischen Wegen zur Lösung von Umweltproblemen. Und beide sprachen sich auf ihre Art für die Förderung von Atomkraft aus.

Ironischerweise schlägt das G8-Statement vor, den Zugang zu Atomenergie international zu garantieren, obwohl mindestens zwei Mitgliedsländer offiziell die weitere Nutzung der Atomenergie ablehnen. Jetzt klingt die Botschaft, die Deutschland und Italien in der Welt verkünden, in etwa so: „Wir brauchen zwar keine Atomwaffen, aber ein Wort von euch und wir unterstützen euch beim Zugang dazu“. In dem Statement versprechen die G8 dem Rest der Welt den Zugang zu Reaktorbrennstoff und zur Wiederaufbereitung abgebrannter Kernelemente. Das ist ein ziemlich interessanter Vorschlag, denn das Ziel der

Wiederaufbereitung ist die Rückgewinnung von Plutonium. Bedeutet das, dass nun jeder sein eigenes Plutonium bekommen kann? Es hört sich an, als bräuchten wir keine Regeln mehr für die Nicht-Verbreitung von Kernwaffen, seit der von Putin angeführte G8-Gipfel beschlossen hat, alles auf der ganzen Welt zu verbreiten.

Bush und Putin wollen billige Entsorgung und teure AKWs

Das gemeinsame Bush-Putin-Papier beinhaltet sogar noch mehr Ideen. Der russische Präsident möchte ein „internationales Dienstleistungszentrum für einen Atombrennstoffkreislauf“ gründen (nichts Besonderes, nur ein globaler Atommüll-eimer zu einem günstigen Preis), und der US-Präsident möchte gern eine neue Generation von Atomreaktoren entwickeln (nichts Besonderes, nur brandneue Tschernobyls für einen gigantischen Preis). Beide begrüßten weitere neue Ideen.

Hört sich das nicht irrsinnig an? Das sollte es auch. Weil es nämlich irrsinnig und beängstigend ist. Diese Zeitgenossen müssen aufgehalten werden. Oder sie werden eines Tages alles um sich herum in die Luft sprengen. ■

• Weitere Informationen

Ecodefense Russia, Vladimir Slivjak,
ul. Nizhegorodskaya 70-2-5,
109052 Moskau, Russland
Tel. 007 095 / 7766281
eMail: ecodefense@online.ru
www.ecodefense.ru

Offizielle russische G8-Internetseite:
<http://en.g8russia.ru>

Behandelte Themen in den Ergebnisdokumenten:

- Naher Osten,
- Handel,
- Globale Energiesicherheit,
- Bildung für Innovationsgesellschaften im 21. Jahrhundert,
- Bekämpfung von Infektionskrankheiten,
- Internationale Sicherheit (Nuklear-Terrorismus, Verbreitung von Kernwaffen) und weitere Themen. (jg)

¹ Mitglied des Herausgeberkreises der NGO-Empfehlungen an die G8, die an Putin übergeben wurden; 2. Vorsitzender der russischen Umweltorganisation Ecodefense.

WTO-Doha-Verhandlungen in Genf vorerst gescheitert

Handelsliberalisierungen für unbestimmte Zeit vertagt

Die Gespräche in Genf zur so genannten Doha-Runde¹ der Welthandelsorganisation sind auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt worden. Schon Ende Juni/Anfang Juli waren die 149 WTO-Mitglieder zu keiner Einigung gelangt. Während des Petersburger G8-Gipfels Mitte Juli war dann wieder Bewegung in den Prozess gekommen, als US-Präsident George Bush zustimmte, bis August ein Grundsatzabkommen festzuschreiben.

Am 24. Juli scheiterten die Verhandlungen jedoch abermals. Die Verhandlungspartner konnten sich nicht über die zentralen Streitpunkte einigen:

- Abbau von Einfuhrzöllen für Industriegüter in den Schwellen- und Entwicklungsländern,
- Öffnung der Agrarmärkte für die Entwicklungsländer
- Abbau von wettbewerbsverzerrenden Staatsbeihilfen der USA und der EU für ihre Agrarexporte.

EU gibt USA die Schuld am Scheitern

EU-Handelskommissar Peter Mandelson sah die Verantwortung für das Scheitern der Gespräche bei den USA. Diese hätten „zu viel von anderen verlangt und selbst zu wenig getan.“ Mandelson warnte vor den negativen Auswirkungen des Gesprächsstopps vor allem für die armen Länder.

Handelskommissar Mandelson will weiter verhandeln

Obwohl sich sowohl Mandelson als auch EU-Landwirtschaftskommissarin Mariann Fischer Boel „sehr enttäuscht“ zeigten, betrachtet die EU die Runde noch nicht als gescheitert. „Wir haben uns dahinter geklemmt, investiert und viel - und zwar mehr als andere - gegeben. Wir werden dies auch weiterhin tun, weil dies richtig und fair gegenüber den Entwicklungsländern ist und auch in unserem eigenen wirtschaftlichen Interesse liegt“, sagte Mandelson. „Ich hoffe, dass auch andere dazu bereit sind, sobald sich die Wogen

geglättet haben. Wir sind bereit, dort weiterzumachen, wo wir aufgehört haben.“

Friends of the Earth: WTO-System ruiniert Kleinbauern

Während der Präsident des Deutschen Bauernverbandes (DBV) Gerd Sonnleitner das Scheitern „bitter“ nannte, sah die internationale Umweltorganisation Friends of the Earth „gute Nachrichten für Arme und die Umwelt“. Die Vorschläge seien von kommerziellen Interessen diktiert gewesen, ohne die ökonomischen und entwicklungspolitischen Interessen von Arbeitenden, Bauern und Bäuerinnen sowie der globalen Umwelt zu berücksichtigen. Die Doha-Runde und das gesamte WTO-System müssten völlig neu ausgehandelt werden, anderenfalls sei mit einer „immensen Gefährdung von Millionen kleiner Landwirtschaftsbetriebe und Subsistenzwirtschaften“ zu rechnen. (jg) ■

• Weitere Informationen

Friends of the Earth Europe, Sonja Meister, Handelskampagne, Brüssel
Tel. 0032 2 / 5426100
mobil: 0032 / 484 975107
eMail: sonja.meister@foeeurope.org
www.foeeurope.org/press/2006/SM_24_July_Dohacollapse.html

Weitere Quellen: n-tv (24.07.06), www.tagesschau.de (25.07.2006, 14:58); Deutschlandradio (25.07.06)

Europäische Kommission:
www.ec.europa.eu/comm/trade/issues/newround/doha_da/pr240706_en.htm
EU-Kommission zum WTO-Ministertreffen Ende Juni:
www.europa.eu/rapid (Reference MEMO/06/246)

Weltbank ohne eigenständige Umweltabteilung

NGOs protestieren gegen interne Weisung

In einer internen eMail hat Weltbank-Chef Paul Wolfowitz Ende Juni alle Mitarbeiter/innen über weit gehende Umstrukturierungen in der Bank informiert. Unter anderem wird die Umweltabteilung ESSD (Environmentally and Socially Sustainable Development) als eigenständiger Bereich unter einem Vizepräsidenten aufgelöst. Die ESSD-Abteilung, die nach heftigen Konflikten um Großprojekte gegründet worden war, soll jetzt in die Infrastrukturabteilung, zuständig u. a. für Straßen, Kraftwerke und Staudämme, integriert werden und bekommt den Titel „Nachhaltige Entwicklung“.

„Damit macht man den Bock zum Gärtner“, sagte Knud Vöcking, Weltbank-Experte der Umwelt- und Menschenrechtsorganisation Urgewald, die die interne eMail auf ihrer Internetseite veröffentlicht hat. Es falle schwer, den Beteuerungen Wolfowitz' zu glauben, er wolle die Rolle des Umweltteams stärken. Denn das gesamte Personal des Umweltbereichs werde in eine andere Abteilung (Operational Policies and Country Services) versetzt.

Schreibt Infrastrukturabteilung künftig eigene Umweltstandards?

Jahrelang habe die Weltbank in der Öffentlichkeit die führende Rolle eingenommen, wenn es um das Setzen von Umwelt- und Sozialstandards ging, so Vöcking. Weltweit bezögen sich Entwicklungsagenturen, öffentliche und private Banken sowie die Industrie auf Weltbankstandards. Bei NGOs verfestigen sich mit Wolfowitz' Entscheidung die Befürchtungen, dass in der Bank der Schutz von Ökosystemen und indigenen Völkern keine Rolle mehr spielt. Knud Vöcking: „Die Weltbank will in der nächsten Zeit wesentlich mehr in Infrastruktur investieren. Die Projekte werden erhebliche Eingriffe in die Natur sowie Zwangsumsiedlungen verursachen. Da ist es natürlich sehr bequem, wenn die planende Abteilung gleich selbst die Umwelt- und Sozialrichtlinien schreiben kann.“ (jg) ■

• Weitere Informationen

Urgewald, Knud Vöcking
Tel. 02583/9189934
eMail: knud@urgewald.de
www.urgewald.de (Presse, 29.06.06)

¹ Im November 2001 in Doha (Katar) gestarteter WTO-Verhandlungsprozess über Themen wie Landwirtschaft, Dienstleistungen, Industriegüter und Umwelt im Sinne einer „Entwicklungsrunde“.

Umweltpolitische Strategien der EU-Kommission für 2007

Dimas präsentiert Inhalte vor dem Europäischen Parlament

EU-Umweltkommissar Stavros Dimas hat am 20. Juni in einer Rede vor dem Umweltausschuss des Europäischen Parlaments die umweltpolitischen Schwerpunkte für 2007 vorgestellt, die demnach auch während der deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2007 eine Rolle spielen werden.

Klimapolitik

Im Bereich der Klimapolitik, die erste Priorität bleibt, sollen auf der Basis der Dialoge, die auf der Vertragstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention 2005 in Montreal begonnen wurden, bis 2008 Grundlagen für Verhandlungen über die zukünftige internationale Kooperation in Klimafragen gelegt werden. Dieser Punkt ist sehr dringlich, da 2012 das Kyoto-Protokoll¹ zur Klimarahmenkonvention endet.

2007 ist auch das letzte Jahr von Phase eins des Emissionshandels. Nach Dimas' Worten ist bewiesen, dass das System funktioniert. Die Kommission bereitet derzeit einen Bericht zur Bewertung des europäischen Emissionshandelsplans für die Zeit nach 2012 vor. Mögliche Gesetzesänderungen zu diesem Punkt werden im Verlauf des Jahres 2007 vom Europäischen Parlament und dem Ministerrat diskutiert werden.

Bis Ende 2006 will die Kommission einen Vorschlag zur Integration der Flugzeugemissionen in das europäische Emissionshandelsystem vorlegen. In den nächsten 15 Jahren soll sich nämlich der Treibhausgasausstoß durch den Flugverkehr verdoppeln.

Ein Gesetzesentwurf zur CO₂-Sequestrierung² soll die EU-Position in diesem Bereich darstellen.

1 Kyoto-Protokoll: Zusatzprotokoll zur Ausgestaltung der UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC), durch das sich die Vertragstaaten verpflichten, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent unter das Niveau von 1990 zu senken.

2 CO₂-Sequestrierung, im internationalen Sprachgebrauch „Carbon Capture and Storage“ (CCS), ist die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Speicherung, von der einige Akteure einen erheblichen Klimaschutzbeitrag erwarten. Umweltexperten rea-

Ein globaler Fonds für erneuerbare Energien (Global Renewable Energy Fund of Funds)³, dessen Einrichtung Dimas der Kommission dieses Jahr vorschlagen will, soll den Gebrauch erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern fördern und das Risiko für Investoren verringern.

Biodiversität

In der Biodiversitätspolitik liegt der Schwerpunkt auf der Umsetzung der EU-Richtlinien. Das länderübergreifende Schutzgebietssystem Natura 2000 soll schnellstmöglich in allen EU-Mitgliedstaaten fertig gestellt werden. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, sei es möglich, den Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2010 zu stoppen, betonte Dimas. Um die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie inhaltlich zu verbessern, sind 2007 die nationalen Umsetzungsberichte fällig, auf deren Basis die Kommission 2010 eine vollständige Bewertung der FFH-Richtlinie erarbeiten will.

Weitere Punkte

Als weitere umweltpolitisch wichtige Themen für 2007 nannte Dimas die Umsetzung des REACH-Systems⁴ und die Erstellung eines Aktionsplans für „Nachhaltige Produktion und nachhaltigen Verbrauch“.

Zudem will die Kommission neue Initiativen zur Verbesserung der Luftqualität vorlegen. Auch eine verbindliche Richtlinie für Feinstaubpartikel bis 2,5 Mikrometer (PM_{2,5}) ist nach Ansicht des Umweltkommissars notwendig. (mf) ■

• Weitere Informationen

Quelle:

www.ec.europa.eu/commission_barroso/dimas/speeches/speeches_en.htm

gieren eher skeptisch, siehe WBGU-Gutachten: www.wbgu.de/wbgu_sn2006/wbgu_sn2006_voll_5.html

3 Der „Fonds für Fonds“ soll den Gebrauch Erneuerbarer Energien in Entwicklungsländern fördern und das Risiko von Investoren verringern. www.ec.europa.eu/environment/jrec/energy_fund_en.htm

4 Das REACH-System (Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals - Registrierung, Bewertung und Zulassung chemischer Stoffe) ist das Hauptinstrument einer grundlegenden Reform der EU-Chemikalienpolitik.

Europäisches Umweltbüro mit Forderungen für 2007

„Jahr der Durchsetzung“ für deutsche und portugiesische Präsidentschaft?

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat sich mit einem Brief an die Regierungen der Staaten gewandt, die im nächsten Jahr die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Deutschland (1. Halbjahr) und Portugal (2. Halbjahr) sollen sich dafür einsetzen, dass 2007 das „Jahr der Durchsetzung von Umweltrecht“ wird. Es gebe nichts Schlimmeres für die Europäische Union und die Umwelt, als wenn die existierende Umweltrechtsetzung nicht respektiert werde, schrieb das EEB.

Umfassende Energiepolitik und Stopp des Biodiversitätsverlustes gefordert

Das EEB wies darauf hin, dass der Frühjahrsrat, die erste EU-Ministerratssitzung 2007, zum ersten Mal die neu überarbeitete europäische Nachhaltigkeitsstrategie überprüfen wird.

Außerdem fordert das EEB, dass die Energiepolitik in Richtung Effizienz, Verminderung des Verbrauchs und Förderung Erneuerbarer Energien vorangetrieben wird. Biomasse dürfe nur aus nachhaltig bewirtschafteten Quellen stammen. Darüber hinaus sprach sich das Umweltbüro gegen die Nutzung von Atomenergie aus und wies darauf hin, dass zum Erreichen des Zieles, den Verlust der Artenvielfalt bis 2010 zu stoppen, spätestens 2007 Fortschritte gemacht werden müssen.

Die beiden Präsidentschaften werden aufgefordert, neben den genannten Themen auch die folgenden Bereiche in die Agenda zu schreiben:

- Implementierung von REACH: u. a. Transparenz verbessern, die einzelnen Chemikaliendossiers zügig bearbeiten, gute Abstimmung zwischen der einzurichtenden EU-Chemikalienagentur und den Behörden der Mitgliedstaaten

- Umweltfreundliche Produktion: Richtlinie zur integrierten Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU/IPPC) durchsetzen, Überprüfung verschieben, bei der anstehenden Revision der Verordnung zum EU-Umweltzeichen auf ehrgeizige und konsequente Umsetzung und Verfahren achten (einschließlich „indirekter“ Nutzungsweisen

im umweltfreundlichen öffentlichen Beschaffungswesen und dem internen Benchmarking in Unternehmen)

- **Progressive Abfallpolitik:** Abfallhierarchie beachten und stärken mit Abfallvermeidung als oberster Priorität; Lebenszyklus-Ansatz als Ergänzung, nicht Ersatz der Abfallhierarchie verstehen; Abfallrecycling statt Müllverbrennung fördern; klare Reduktionsziele und Überprüfungsmaßnahmen für die Jahre 2012-2017 setzen; Verursacherprinzip durchsetzen u. a.

- **Luftverschmutzung:** Revision der Richtlinie 2001/81/EG über nationale Emissionshöchstmenge für bestimmte Luftschadstoffe: neue nationale Pläne zum Erreichen der langfristigen EU-Ziele bis 2020 für effektiven Gesundheitsschutz; Euro-6-Norm, die Feinpartikel um Faktor 10, Stickoxide um Faktor 3 reduzieren hilft.

(jg) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Generalsekretär John Hontelez, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-91, Fax -99
mobil: 0032 486 / 512127
eMail: hontelez@eeb.org

EEB-Prioritäten für 2007
(engl., PDF-Download, 53 kB):
www.eeb.org/publication/EEB-priorities-2007.pdf

G8-Gipfel 2007 in Deutschland

Termin steht fest: 6. bis 8. Juni in Heiligendamm

Die Staats- und Regierungschefs und die eine Chefin der sieben mächtigsten Industrienationen und Russland werden das nächste Mal vom 6. bis 8. Juni 2007 tagen. Das gab die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel beim diesjährigen Treffen in St. Petersburg bekannt.

Treffpunkt der „Gruppe der 8“ (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, USA, Russland) ist das Kempinski-Grandhotel in Heiligendamm an der mecklenburgischen Ostseeküste, rund 20 km westlich von Rostock. Bei den G8-Treffen ist übrigens auch die Europäische Kommission vertreten.

In Deutschland formieren sich unterdessen verschiedene Bündnisse zum Protest gegen das demokratisch nicht legitimierte Gremium. Zahlreiche Veranstaltungen sind in Planung, darunter:

- 5.-13.8.: Vorbereitungscamp „Camp Inski“ in Mecklenburg-Vorpommern (www.camp06.org)
- 17.10.: G8 und Energie; erste Veranstaltung einer Tagungsreihe des NGO-Bündnisses zum G8-Gipfel 2007
- 10.-12.11.: Internationale Aktionskonferenz in Rostock (www.heiligendamm2007.de)

Auf die Frage von Hugo Braun vom deutschen Attac-Koordinierungskreis, ob sie mit G8-Kritikern toleranter umgehen wolle als Putin, sagte Merkel in St. Petersburg: „Ich kann mir ein Leben ohne Kritiker gar nicht vorstellen.“ (jg) ■

• Weitere Informationen

Forum Umwelt und Entwicklung, G8-Projektbeauftragte Mona Bricke, Am Michaelshof 8-10, 53177 Bonn
Tel. 0228 / 359704
eMail: mona@forumue.de
www.g8-germany.info
www.g8-deutschland.info

Weitere Internetseiten zum G8-Gipfel:
www.gipfelsoli.org
www.g8-2007.de
Offizielle G8-Seite (Universität Toronto):
www.g8.utoronto.ca

VENRO für globale Energiewende

Entwicklungspolitische Organisationen zur deutschen Ratspräsidentschaft

In einem Brief mit Forderungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft haben sich die im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) organisierten Verbände Anfang Juli an Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul gewandt. Unter anderem fordern die in der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Organisationen eine weltweite Energiewende und Schritte gegen den Klimawandel.

Fairer Handel, AIDS-Prävention, Geschlechtergerechtigkeit

Die Forderungen im Einzelnen:

- Fairen Handel zwischen EU und AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) durchsetzen: Vorrang für Entwicklung in regionalen Handelsabkommen;
 - Globale Energiewende vorantreiben: Entwicklung klimaverträglich gestalten;
 - Gefährlichen Klimawandel vermeiden - Anpassungsmaßnahmen unterstützen;
 - HIV/AIDS: weltweit den Zugang zu Prävention und Behandlung verbessern;
 - Geschlechtergerechtigkeit durchsetzen;
 - Rolle der Nichtregierungsorganisationen in der EU-Entwicklungspolitik stärken.
- Der vollständige Brief kann auf der VENRO-Internetseite nachgelesen werden. (jg) ■

• Weitere Informationen

Germanwatch e.V., Sven Anemüller, Referent für Klima und Entwicklung, Kaiserstr. 201, 53113 Bonn
Tel. 0228 / 60492-22, Fax -19
eMail: anemueller@germanwatch.org

Brief im Wortlaut:
www.venro.org/publikationen/archiv/ratspraesidentschaft2007.pdf

Österreich: Bewertung der EU-Ratspräsidentschaft

Europäisches Umweltbüro: Trotz Enttäuschungen überwiegend positiv

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat im Rückblick auf die traditionell erhobenen Forderungen zu zehn umweltpolitischen Themen die Aktivitäten der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft beurteilt. Die Ergebnisse in der EU-Umweltpolitik im ersten Halbjahr 2006 durch Österreich beurteilt EEB-Generalsekretär John Hontelez trotz einiger Kritikpunkte insgesamt positiv. Besonderes Lob fand das Interesse der österreichischen Regierung an einem offenen Verhältnis mit dem EEB und anderen Nichtregierungsorganisationen.

Nachhaltigkeitsstrategie: Guter Start, Erfolge noch unklar

Zur EU-Nachhaltigkeitsstrategie sagte Hontelez, auch wenn die Aufnahme konkreter Ziele und Zeitlimits am Widerstand einiger Mitgliedstaaten gescheitert sei, präsentiere sich der Text ambitioniert. Das EEB beglückwünschte Österreich zu diesem Ergebnis, zumal die zweijährigen Überprüfungen (Reviews) auf dem Dezember-Gipfel des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs stattfinden werden und so einen Einfluss auf den Frühjahrsgipfel, der traditionell einen ökonomischen Schwerpunkt hat, ausüben könnten. Noch sei allerdings offen, ob die EU-Nachhaltigkeitsstrategie die inhaltliche Stärke besitze, einen begrenzenden Rahmen für die wachstumsorientierte Lissabon-Strategie zu bilden.

Luftqualität: Richtlinie abgeschwächt

Im Bereich Luftqualität fiel die Bewertung des EEB sehr gemischt aus. Während die thematische Strategie zur Luftqualität, die auf dem diesjährigen Führjahrsgipfel des Europäischen Rates angenommen wurde, vom EEB wenig ambitioniert, aber insgesamt positiv beurteilt wird, ist das EEB mit den Ergebnissen zur Richtlinie Luftqualität unglücklich. Auch wenn die Ratspräsidentschaft schlimmere Szenarien wie Fristverlängerungen für Feinstaubgrenzwerte verhindern konnte, schwäche die momentane Position des Rates die bestehenden Gesetze eher ab als eine Verbesserung für die Gesundheit der Bürger zu erreichen.

Abfallpolitik: Österreich bleibt kritiklos

In der EU-Abfallpolitik hebt das EEB das Engagement Österreichs für eine Gesetzgebung für organische Abfälle und für die Stärkung der fünfstufigen Abfallhierarchie positiv hervor. Andererseits bemängelt es die fehlende Kritik am Kommissionsvorschlag, Müllverbrennung in Wiederverwertung umzudefinieren. Hinzu kommt, dass die Bedenken einiger Mitgliedstaaten hinsichtlich dieses Vorganges nicht in den Schlussfolgerungen des Junirates aufgenommen wurden.

Klimawandel

In der EU-Klimapolitik wurden insgesamt Fortschritte erzielt, wie z. B. der Entschluss Strategien zu entwickeln, die zur Einhaltung des EU-CO₂-Ziels nötig sind. Kritik äußerte das EEB am mangelnden Verständnis für die Position der Entwicklungsländer in der internationalen Klimapolitik und die Festsetzung des 8-%-Ziels für den Anstieg des Anteils an Biokraftstoffen bis 2015, ohne auf mögliche Umweltbeeinträchtigungen einzugehen.

Århus-Konvention, Alpenkonvention

Mit der Anwendung der Prinzipien der Århus-Konvention auf die Institutionen der EU ist das EEB weitgehend zufrieden. Hinsichtlich der Richtlinie über den Zugang zu Gerichten fanden jedoch keine sichtbaren positiven Entwicklungen statt.

In den Verhandlungen der Alpenkonvention auf EU-Ebene wurde zwar die Stagnation überwunden, es konnte jedoch trotz des Einsatzes Österreichs durch den Widerstand der italienischen Regierung kein Übereinkommen zum wichtigen Verkehrsprotokoll erzielt werden.

Gentechnik und Biodiversität

Im Bereich gentechnisch veränderte Organismen (GVO) konnte Österreich keine Einigung zu bindenden Koexistenzbestimmungen herbeiführen. Die Bewertung der Ratspräsidentschaft durch das EEB fällt allerdings nicht nur negativ aus, da Österreich die Kommission dazu bringen konnte, Maßnahmen zur Verbesserung des GVO-Zulassungsverfahrens zu ergreifen.

In der Biodiversitätspolitik der EU hat sich nicht viel bewegt. Die finanziellen Mittel für das Natura-2000-Netz konnten zwar minimal erhöht werden, dennoch bleiben der Finanzrahmen und damit die Handlungs-

möglichkeiten durch die schon während der britischen Ratspräsidentschaft eingeleiteten Kürzungen stark eingeschränkt.

Keine Priorität beim Grundwasserschutz

In der EU-Grundwasserpolitik wirft das EEB der Präsidentschaft vor nicht genug Energie in die zwischenstaatlichen Verhandlungen vor der Juni-Ratsragung 2006 investiert zu haben. Nur so hätte ein Kompromiss erzielt werden können. Österreich hatte diesem Punkt jedoch keine Priorität eingeräumt.

EEB-Bewertung im Überblick

Thema	Urteil
EU-Nachhaltigkeitsstrategie	Insgesamt positiv: Text ist inhaltlich logisch
Århus-Konvention für EU-Institutionen	Gemischt: Positiv, aber kein Fortschritt beim Zugang zu Gerichten
Klimawandel	Insgesamt positiv: Fehlendes Verständnis für Position der Entwicklungsländer
Luftqualität	Gemischt: Viele Facetten
Abfall	Gemischt: Fehlende Kritik an Kommissionsvorschlag
Alpenkonvention	Insgesamt positiv: Stagnation überwunden
Gentechnik	Trotz Engagement kaum Ergebnisse
Biodiversität	Neutral: Finanzielle Restriktionen bestimmend
Grundwasser	Negativ: Keine Priorität für Österreich
Boden	Bewertung nicht möglich (Vorschlag zu spät)

Die vollständige EEB-Bewertung kann im Internet nachgelesen werden. (mf) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro EEB, John Hontelez, Generalsekretär, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2891091
eMail: hontelez@eeb.org

Bewertung der österreichischen Ratspräsidentschaft (engl.):
www.eeb.org/publication/EEB-Assessment-Austrian-Presidency-280606.pdf

Gastbeitrag Umweltmusterland Österreich?

von Jens Karg, Global 2000

Die EU-Präsidentschaft hat Schlimmeres verhindert - mehr nicht

Ende Juni ging die österreichische EU-Ratspräsidentschaft zu Ende. Ist es Österreich gelungen, wichtige Zukunftsfragen aktiv und mutig anzupacken? Konnten Wege zu einer zukunftsfähigen europäischen Politik vorbereitet oder geebnet werden? Oder erschöpfte sich der Vorsitz in einem Reigen an kulinarischen Gastlichkeiten ohne politische Substanz? Die konkreten Ergebnisse im Umweltbereich sind eher bescheiden. In der Summe hat sich die Umweltpolitik in der EU während der österreichischen Präsidentschaft verschlechtert. Österreich hat jedoch auf EU-Ebene einige Initiativen gestartet und damit überfällige Diskussionen in Gang gebracht, die an Hand dreier Bereiche beleuchtet werden sollen.

Gentechnik: Positive Signale bei katastrophalem Gesamtkurs

Einer der angekündigten Schwerpunkte innerhalb der österreichischen Ratspräsidentschaft war das Thema Gentechnik. Leider ist es nicht gelungen, den skandalösen Pro-Gentech-Kurs der EU-Kommission zu stoppen. Dennoch gingen von Österreich einige durchaus positive Signale aus. Beispielsweise wurden einheitliche Koexistenzregeln besprochen. Auf einem Kongress in Wien wurde über mögliche Rahmenbedingungen diskutiert. Auch die Diskussion über das Recht auf gentechnikfreie Regionen wurde vorangetrieben. Auf österreichische Initiative kam es zu einem öffentlichen Umweltministerrat, bei dem das Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) hinterfragt und die Mängel am Status quo zumindest formuliert wurden. Eine Evaluierung und Verbesserung der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA), die die Risikobewertung von GVO durchführt, wurde gefordert, auch das Komitologie-Verfahren mit seinen Verwaltungs- und Expertenausschüssen wurde kritisch hinterfragt.

Im Bereich der Gentechnik ist das Thematisieren von ‚blinden Flecken‘ durch den österreichischen Vorsitz durchaus anzuerkennen. Leider sind keinerlei konkrete Ergebnisse zu verzeichnen. EU-weite Ko-

existenzregelungen sind in weite Ferne gerückt (die Kommission spricht von einer Evaluierung von Ländermaßnahmen ab 2008). Der Umgang mit Gentechnik in Grenzgebieten ist nicht geregelt. Gemeinden und Ländern ist es nicht erlaubt, sich rechtlich verbindlich zur gentechnikfreien Region zu erklären. Das Zulassungsverfahren, inklusive der einseitigen Stellungnahme der EFSA, ist zwar in Diskussion geraten, wird aber unverändert praktiziert. Es wird wohl an der finnischen, wenn nicht gar an der deutschen Präsidentschaft liegen, den Sack, den Österreich geöffnet hat, wieder zu schließen.

Lissabon-Strategie versus Nachhaltigkeitsstrategie

Das Ziel der Präsidentschaft, eine erneuerte EU-Nachhaltigkeitsstrategie zu beschließen, wurde erreicht. Das Papier ist kompakt und lesbar. Es gibt ein neues Kapitel „Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster“, allerdings fehlt es, mit Ausnahme der ökologischen Beschaffung, an konkreten messbaren Zielen. Das Konzept des „ökologischen Fußabdrucks“¹ und die Notwendigkeit seiner radikalen Verkleinerung hätten hier verankert werden müssen. Man kann dieses Kapitel also lediglich als eine Eröffnung der Diskussion über den persönlichen Lebensstil und dessen Auswirkungen auf Mitmenschen und Umwelt werten. Weiter gibt es einen Abschnitt „ökonomische Instrumente“. Hier wird für die Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit hin zu Energie- und Ressourcenverbrauch plädiert und für den Abbau von kontraproduktiven Subventionen, was natürlich positiv zu bewerten ist, allerdings vollkommen unverbindlich bleibt.

Die Europäische Kommission soll in Zukunft alle zwei Jahre einen Umsetzungsbericht vorlegen, wobei es hier notwendig sein wird, sich europaweit auf eindeutige Indikatoren zu einigen, damit eine Vergleichbarkeit möglich wird. Nach wie vor bleibt die Frage „Lissabon- oder Nachhaltigkeitsstrategie“ offen, da die beiden Strategien „einander ergänzen“ sollen. Da allerdings die Lissabon-Strategie auf Wachstum und mehr Verbrauch setzt, ist sie mit einer Nachhaltigkeitsstrategie, die den Namen verdient, unvereinbar. Den

¹ Der Bedarf an Ressourcen und Senken wird als Fläche ausgedrückt, die zum Bereitstellen der Bedürfnisse benötigt wird (für eine Person, ein Land, den Planeten).

ökologischen Fußabdruck verringern ohne signifikante Wohlstandseinbußen - das ist die Herausforderung, der sich Europa stellen muss, bevor uns die begrenzten Ressourcen des Globus dazu zwingen.

Energiepolitik: Aufstockung der Euratom-Forschungsmittel vorbereitet

Österreich hat versucht die Widmung der Euratom-Forschungsgelder zu ändern, um neuen Kernspaltungsreaktoren der vierten Generation keine EU-Gelder mehr zuzuweisen. Zeitgleich wurden die Euratom-Mittel von 1,4 auf 4,1 Milliarden Euro aufgestockt. Da Entwicklungskosten neuer Kernkraftwerke zusammenhängen, können diese so getarnt werden, dass eine Überprüfung der Zweckwidmung zu einem nahezu unlösbarem Problem wird. Es ist zu erwarten, dass dieselben Institutionen und Atomstromkonzerne für die selben Tätigkeiten wie bisher ihre Fördermittel erhalten. Noch ist die Änderung der Mittelvergabe Zukunftsmusik, da diese innerhalb des österreichischen Vorsitzes nicht beschlossen wurde, wahrscheinlich ist es an dem finnischen Vorsitz, hier zu einer Entscheidung zu kommen. Innerhalb des Vorsitzes ist es Österreich gelungen das Ziel für die EU zu verankern, bis 2015 auf 15 Prozent Erneuerbare Energien beim Primärenergieverbrauch zu kommen. Leider wurde versäumt, längerfristige Ziele bis 2020 und 2050 vorzulegen.

Stotternd in die Zukunft

War Österreichs EU-Vorsitz nun Motor oder Bremse in der europäischen Umweltpolitik? Wohl eher stotternder Motor. Es ist nicht gelungen, die drängenden Umweltprobleme einer Lösung zuzuführen - Europa wurde unter dem österreichischen Vorsitz nicht zukunftsfähiger. Aber Österreich hat immerhin versucht Schlimmeres zu verhindern und sich einigen entscheidenden Themenfeldern zu nähern. Um im Bild zu bleiben: der Motor ist noch nicht abgewürgt, aber ob die EU endlich startet und das Rennen um unsere Zukunft aufnimmt, bleibt offen. ■

• Weitere Informationen

Global 2000 (Friends of the Earth Austria), Jens Karg, Gentechnik-Campaigner, Neustiftgasse 36, A-1070 Wien
Tel. 0043 1 / 81257-3045, Fax -28
eMail: jens.karg@global2000.at
www.global2000.at

Zehn Grüne Prüfsteine für die finnische Präsidentschaft

Forderungen des Europäischen Umweltbüros an den neuen EU-Vorsitz

Das Europäische Umweltbüro (EEB) hat der neuen EU-Ratspräsidentschaft seine Forderungen zu zehn Umweltthemen mit auf den Weg gegeben. Am Ende des zweiten Halbjahrs 2006 wird sich die finnische Regierung an diesen zehn grünen Prüfsteinen messen lassen müssen. Hauptaufgabe der finnischen Präsidentschaft aus Sicht des EEB und seinen finnischen Mitgliedsorganisationen sollen einschneidende Maßnahmen zur Verschiebung der „engstirnigen“ Orientierung auf ökonomisches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit hin zu einer wahrhaft nachhaltigen Entwicklung und Öko-Effizienz sein.

Während der finnischen Präsidentschaft sind einige wichtige Gesetzesentscheidungen zu treffen, beispielsweise die EU-Chemikalienverordnung REACH, die finanzielle Förderung von Umweltschutz durch LIFE+ sowie Maßnahmen zur Förderung der Luftqualität. Auch der Klimawandel, der Schutz der Biodiversität und die Halbzeitüberprüfung des 6. Umweltaktionsprogramms stehen auf der Agenda des zweiten Halbjahrs.

Zu den zehn grünen Prüfsteinen im Einzelnen:

1. Ein starkes REACH mit einem Verbot gefährlicher Chemikalien

Die EU-Chemikalienverordnung REACH soll Umwelt und Gesundheit gleichermaßen schützen - die Finnen sollen deshalb eine endgültige Vereinbarung über die Verordnung erreichen, die die besten Elemente der Parlamentsabstimmung (verpflichtende Substitution gefährlicher Chemikalien und Sorgfaltspflicht) und aus dem Ratsbeschluss (Überprüfungsansprüche an zu testende Chemikalien) enthalten sollte. Die Präsidentschaft soll darauf hinarbeiten, dass die Chemikalienagentur sich durch eine transparente Arbeitsweise auszeichnet, präzise und zuverlässige Berichterstattung zwischen Agentur und Mitgliedstaaten gewährleistet sowie die Übernahme von Verantwortung garantiert. Darüber hinaus soll Finnland die allgemeine Akzeptanz des Vorsorgeprinzips fördern, sodass Produzenten und Importeure von Chemikalien verpflichtet sind, jeglichem Anzeichen dafür zu folgen, dass ihr Produkt nachteilige Auswirkungen haben

könnte. REACH muss kohärent (widerspruchsfrei) mit der Aarhus-Konvention sein und Nutzern und Verbrauchern den Zugang zu Sicherheitsinformationen garantieren, damit diese ihre Wahl und ihr Urteil informiert treffen können. Die Ratspräsidentschaft soll sich dafür einsetzen, dass die Pflicht für Registrierer gefährlicher Chemikalien beibehalten wird, Risikomanagement-Maßnahmen festzulegen, also die mit der Verwendung der registrierten Chemikalien verbundenen Risiken zu bewerten und Maßnahmen zur Beherrschung der erkannten Risiken zu treffen.

2. Neue Impulse für die Umweltpolitik

Wichtig aus EEB-Sicht ist eine ehrliche und aussagekräftige Bestandsaufnahme der ersten Jahre der Umsetzung des 6. Umweltaktionsprogramms. Die bedeutende Vorreiterrolle der EU in der Umweltpolitik und bei deren Koordinierung müsse herausgestellt werden. Das gehe nur mit einer Rückbesinnung auf die essentielle Rolle einer verbindlichen Gesetzgebung mit klaren und durchsetzungsfähigen Umweltzielen. Des Weiteren wünscht sich das EEB groß angelegte Maßnahmen zur Einführung einer ökologischen Steuerreform und zur Bewältigung des Nachholbedarfs bei der Durchsetzung von geltendem Umweltrecht. Dafür müssten auch die Kapazitäten der EU-Kommission erhöht werden, die EU-weit schwache Umsetzung von Umweltrecht in Angriff zu nehmen.

3. Klimawandel

Die finnische Präsidentschaft soll sich für das Erreichen eines Mindestziels von 30 Prozent weniger Treibhausgas-Emissionen in den Mitgliedstaaten bis 2020, gemessen am Ausstoß von 1990, einsetzen. Die nationalen Obergrenzen für das Emissionshandelssystem sollten innerhalb der EU streng genug sein, um die Kyoto-Ziele einzuhalten, und in einem transparenten Prozess nachvollziehbar sein. Die EU soll die Mitgliedstaaten auch dabei unterstützen, den Fugverkehr mit ehrgeizigen Reduktionszielen in das Emissionshandelssystem einzubeziehen.

Das EEB fordert außerdem eine Führungsrolle der EU bei den Klimaverhandlungen zur Vertragsstaatenkonferenz bzw. dem zweiten Treffen der Vertragsparteien (COP/MOP2) im November sowie die Durchsetzung eines ehrgeizigen Arbeitsprogramms, das auch die Post-Kyoto-Periode ab 2008 einbezieht. Hierzu sollten breite Diskussionen mit den führenden

Entwicklungs- und Industrieländern erfolgen, um einen substanziellen Fortschritt zu erreichen. China und Indien sollten überzeugt werden, während der zweiten Phase des Kyoto-Protokolls Kohlenstoffreduktionsmaßnahmen einzuführen.

4. Grundsätzliche Verbesserung der Abfallrahmenrichtlinie

Das Europäische Umweltbüro fordert die finnische Präsidentschaft auf, sich für die Beibehaltung und Absicherung der fünfstufigen Abfallhierarchie mit einem vorsorgenden und rechenschaftspflichtigen Gebrauch von Ökobilanzen einzusetzen. Darüber hinaus müssten kurzfristige Ziele und Maßnahmen zur Abfallvermeidung erarbeitet werden. Zudem soll die tatsächliche Umsetzung der Gesetzgebung Vorrang haben und eine Bioabfallrichtlinie sowie spezifische horizontale Bestimmungen zur Durchsetzung der Abfallhierarchie in die neue Richtlinie integriert werden. Die finnische Präsidentschaft soll außerdem sicherstellen, dass städtische Müllverbrennungsanlagen nicht als Einrichtungen zur Wiederverwertung klassifiziert werden. Darüber hinaus soll verhindert werden, dass durch eine Reduzierung des Wirkungsbereichs des Vorsorgeansatzes Umweltschutzkontrollen unterwandert werden, z. B. durch den Status als „Produkt“ (end-of-waste), durch Ausnahmeregelungen bei der Reichweite oder bei gefährlichen Abfällen.

5. Stopp des Biodiversitätsverlustes und Schutz der Meere

Zum Schutz der Biodiversität ist nach Meinung des EEB eine Präsidentschaftsinitiative mit Unterstützung der EU-Kommission vonnöten, die die Mitgliedstaaten dazu anhält, alle Möglichkeiten für eine ausreichende Natura-2000-Kofinanzierung durch EU-Fonds zu sichern. Der Schutz der Biodiversität und die vollständige Berücksichtigung der Habitat- und Wasserrahmenrichtlinie sollen als quer liegendes Ziel in allen politischen Initiativen der EU, besonders in den Bereichen Verkehr, Energie und Strukturfonds, verankert werden. Die gemeinsamen Umsetzungserfolge bei der Nitrat- und der Wasserrahmenrichtlinie müssten gestärkt werden, um die Nährstofffracht in Oberflächen- und Grundwasser weiter zu reduzieren. Hierzu müsse das Bewusstsein erhöht werden, dass Eutrophierung eine der stärksten Bedrohungen für Fließgewässer, Küsten und marine Ökosysteme ist. Generell müsse die Wichtigkeit von Küsten- und

Meeresökosystemen hervorgehoben werden. Als erster Schritt sei eine Meeresrahmenrichtlinie zu fördern, die gemeinsam beschlossene und durchsetzungsfähige Ziele setzt und Umweltbelange in die Fischerei- und Verkehrspolitik integriert.

6. Luftreinhaltung

Die Richtlinie zu Luftqualität und „sauberer Luft in Europa“, so das EEB, dürfe weder existierende Luftqualitätsgrenzwerte schwächen, noch den Druck auf die Durchsetzung sofortiger Reduktionsmaßnahmen bei Grenzwertüberschreitungen mindern. In diesem Zusammenhang stellt das EEB folgende Forderungen auf:

- Ausnahmen für so genannte „natürliche Verschmutzung“ zurückweisen;
- Keine Regionen von den Grenzwerten ausnehmen;
- Einführung bindender Normen für Feinstaub bis 2,5 Mikrometer mit einem Konzentrationsgrenzwert bei 12 Mikrogramm und gesetzlich bindender Regelungen zur Verringerung übermäßigen Kontaktes mit Feinstäuben (Expositionsreduktion).

Mit Hilfe der Euro-5-Norm soll ein Stickstoffgrenzwert von 75 mg/km statt 200 erreicht werden. Statt des von der EU-Kommission vorgeschlagenen Partikelgrenzwertes von 5 mg/km soll sich die finnische Präsidentschaft für einen Wert von 2 mg/km einsetzen.

Für eine Verpflichtung zur Emissionsreduktion auf „nahezu Null“ sowie eine technologisch neutrale Euro-6-Stufe von Emissionsstandards (z. B. die gleichen Standards für Benzin und Diesel) soll sich die finnische Regierung ebenfalls einsetzen. Des Weiteren soll die Ratspräsidentschaft auf der Entkopplung von Verkehrswachstum und Wirtschaftsentwicklung bestehen und die Verkehrsverlagerung bei der Überprüfung des „Weißbuchs Verkehr“ wieder zur obersten Priorität der EU-Verkehrspolitik machen.

7. Schutz des Grundwassers

Das EEB fordert das Erreichen einer Einigung mit dem Parlament zur neuen Grundwasserschutzrichtlinie, die das zurzeit gültige Schutzregime erhält und den Wert des Grundwassers als Ökosystem anerkennt, indem

- eine klare und rechtlich bindende Verpflichtung akzeptiert wird, um den Eintrag gefährlicher Substanzen zu verhindern;

- die Nitratnormen vollständig angewandt werden und ein Umkehrtrend in der Landwirtschaft eingeleitet wird;
- die Schutzbedürfnisse Grundwasserabhängiger Ökosysteme vollständig einbezogen werden;
- die sowohl wissenschaftlich als auch prozedural fehlerhaft begründete Ausnahmeregelung für Chemikalien, die für einen bestimmten Gebrauch zugelassen sind, zurückgewiesen wird;
- klargestellt wird, dass Aktivitäten wie Landwirtschaft oder Ausbaggerungsarbeiten kein Recht zur Verschmutzung erhalten dürfen.

8. Thematische Strategie zur Ressourceneffizienz

Die finnische Präsidentschaft soll sich für eine politische Vereinbarung zur Steigerung der Ressourcenproduktivität um den Faktor vier bis 2030 und um den Faktor zehn bis 2050 einsetzen. Dabei sollen nach und nach spezifische Ziele und Zeitpläne für die jeweilige Ressource ausgearbeitet werden, beginnend mit den 20 problematischsten.

9. Förderung des Ökolandbaus, Schutz vor Gentechnik-Kontamination

In der Verordnung für ökologischen Landbau darf nach Überzeugung des EEB auf keinen Fall eine Verschmutzung mit gentechnischen Verunreinigungen zugelassen werden, damit keine vollendeten Tatsachen die Zukunft des Ökolandbaus gefährden. Deshalb soll die finnische Präsidentschaft sich für EU-weite rechtlich bindende Regeln zur Koexistenz einsetzen, die es den Mitgliedstaaten unter anderem gestatten, gentechnikfreie Regionen auf lokaler und regionaler Ebene einzurichten.

10. Russland: Förderung von Umweltschutz und Zivilgesellschaft

Umweltschutz soll zu einem bestimmten Thema in der europäisch-russischen Zusammenarbeit werden. Deshalb soll sich die finnische Präsidentschaft dafür einsetzen, dass bis Ende 2007 klare Umweltziele bei der Vertiefung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PCA) mit Russland festgeschrieben werden. Darüber hinaus sollen strengere Sicherheitsstandards in der Seeschifffahrt, besonders bei der Verschiffung von Öl und anderen gefährlichen Substanzen auf der Ostsee, eingeführt werden. Das EEB erwartet außerdem, dass Russland davon überzeugt wird, die Ostsee als besonders empfindliches Meeresgebiet (PSSA) ein-

zustufen und daraus folgend, dass die dafür relevanten Maßnahmen der Internationalen Seeschifffahrtsorganisation (IMO) angewandt werden, um eine weitere Verschmutzung zu verhindern.

Nicht zuletzt soll sich die finnische Präsidentschaft dafür einsetzen, dass die Rolle der Zivilgesellschaft gemäß den Regelungen der Århus-Konvention in der europäisch-russischen Zusammenarbeit aktiv gefördert wird. Die Vorbereitung und Durchführung des nächsten EU-Russland-Gipfels am 24. November soll aus Sicht des Europäischen Umweltbüros auf diesen Prinzipien beruhen.

Neben den zehn grünen Prüfsteinen geht das EEB in seinem 45-seitigen Memorandum auch auf die Themen der verschiedenen umweltrelevanten Ministerräte ein. (jg) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, John Hontelez, EEB Generalsekretär, Boulevard de Waterloo 34, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-91, Fax -99
mobil: 0032 486 / 512127
eMail: hontelez@eeb.org;

EEB-Memorandum für die finnische Präsidentschaft (PDF, engl., 195 kB):
www.eeb.org/publication/Memorandum_to_the_Finnish_Presidency_130706.pdf

EU-Umwelministerrat am 27. Juni

Entscheidungen zu Luftqualität, Abfall und Hochwasserschutz

Der Rat der EU-Umweltminister/innen hat sich auf seiner zweiten Sitzung des Jahres mit der Richtlinie zur Luftqualität, der EU-Abfallstrategie und einer Hochwasserschutzrichtlinie beschäftigt. Zu den Themen gentechnisch veränderte Organismen sowie Biokraftstoffe und -masse fanden lediglich Beratungen ohne konkrete Ergebnisse statt.

Feinstaubrichtlinie: Nutzlos für den Gesundheitsschutz

Die Umweltminister/innen sprachen sich für die Aufweichung der Fristen für die Feinstaubhöchstbelastung aus und folgten damit dem Vorschlag der EU-Kommission. Nach dem Willen des Umweltrates sollen Mitgliedstaaten, die Probleme haben den Grenzwert für PM₁₀ einzuhalten, das Erreichen der Grenzwerte bis zu drei Jahre verschieben können. Damit wären diese Grenzwerte erst ab 2010 für alle verbindlich. Die in der Richtlinie zur Luftqualität formulierte Frist bis 2007 war in der Vergangenheit von einigen Regionen scharf kritisiert worden. Die Grenzwerte selbst sollen aber nicht angetastet werden.

Für die wesentlich kleineren, sehr gefährlichen PM_{2,5}-Partikel soll bis 2010 nur ein unverbindlicher Zielwert gelten. Erst im Jahr 2015 soll hierfür ein verbindlicher Grenzwert (25 µg/m³) eingeführt werden. Die Mitgliedstaaten sollen Luftqualitätspläne ausarbeiten, um den Grenzwert zu erreichen.

Die Niederlande haben bereits angekündigt gegen einen gemeinsamen Standpunkt zu stimmen, sollten die Grenzwerte nicht massiv nach unten korrigiert werden. Polen, Griechenland und Ungarn könnten folgen. Schweden hält die Einigung als einziges Mitgliedsland für zu schwach.

Umweltausschuss will Kommunen zehn Jahre Zeit geben

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments sprach sich auf seiner Sitzung im Juni für noch großzügigere Übergangsregelungen aus. Demnach sollen die PM₁₀-Grenzwerte fast doppelt so lange überschritten werden dürfen, als es die am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Richtlinie vorsieht. Damit dürften sich die Kommunen fast zehn Jahre Zeit nehmen.

Der Vorschlag muss nun vom Parlament abschließend beraten werden, ehe der Ministerrat einen formalen Gemeinsamen Standpunkt formulieren kann.

Umweltschützer/innen kritisierten die Einigung des Rates scharf. Nach wie vor beinhalte der Entwurf zu viele Gesetzeslücken und sei daher völlig ungeeignet, um den Umwelt- und Gesundheitsschutz in der EU zu verbessern. Das drängende Ziel, mit der Luftreinhaltepolitik jährlich rund 350.000 vorzeitige Todesfälle in der EU zu vermeiden, könne auf diese Weise nicht erreicht werden. Nach jüngsten WHO-Veröffentlichungen sterben allein in Deutschland 65.000 Menschen pro Jahr an den Folgen der Luftverschmutzung.

Renaissance der Müllverbrennung?

Auf dem Treffen hob der Umweltrat erneut die Wichtigkeit einer von der EU-Kommission angestrebten Strategie für Abfallvermeidung und -recycling hervor. Die Strategie soll sowohl zur Abfallvermeidung als auch zu einer effizienten, umweltverträglichen und nachhaltigen Bewirtschaftung von Abfällen und Ressourcen beitragen. Ein Schlüsselement der entsprechenden Kommissionsmitteilung ist die Einführung einer EU-Abfallpolitik, die den gesamten Lebenszyklus eines Produkts berücksichtigt. Das heißt: Mitgliedstaaten sollen von der bisher von der EU propagierten Abfallhierarchie abweichen dürfen, wenn sie nachweisen, dass auf diese Weise Energie eingespart und die Umwelt geschont wird. Auf diese Weise soll die Müllverbrennung als besonders „energieeffiziente“ Abfallentsorgung salonfähig gemacht werden.

Umweltminister halten an Abfallhierarchie fest

Der Umweltrat unterstützt die Kommissionsvorschläge zwar grundsätzlich, will aber an der Fünf-Stufen-Hierarchie¹ festhalten und den Lebenszyklus-Ansatz darin integrieren. Die Minister/innen fordern bindende Ziele für die Müllvermeidung und das Recycling. Sie verlangen außerdem konkrete Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Produkt- und Chemikalienpolitik sowie zur Weiterentwicklung der Öko-Design-Richtlinie. Die Biomüll-Kompostierung

soll zwar gefördert werden, aber nicht durch eine separate Biomüll-Richtlinie, wie sie das EU-Parlament zuvor in einem Bericht gefordert hatte.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) lehnte die Kommissionspläne zur Anerkennung der Müllverbrennung als energieeffiziente Müllverwertung strikt ab. Es begrüßte zwar das Bekenntnis der Umweltminister zur jetzigen Müllhierarchie, hätte sich aber eine deutlichere Kritik an den Müllverbrennungsplänen der Kommission gewünscht.

Chance auf unbürokratischen Hochwasserschutz vertan

Die EU-Umweltminister/innen einigten sich im Zuge der ersten Lesung auch auf einen gemeinsamen Standpunkt zum Entwurf einer EU-Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Hochwasser. Sie verlangen von den Mitgliedstaaten eine Bewertung der Hochwassergefahren bis Ende 2012. Die Hochwasserrisikokarten sollen bis 2013 und die Hochwassermanagementpläne bis 2015 erarbeitet werden.

Der Richtlinienvorschlag geht nun für die Zweite Lesung an das Parlament. Dieses hatte sich in der ersten Lesung bemüht, die umweltpolitische Dimension der Richtlinie zu stärken und Bürokratie abzubauen. Nach Einsätzung von Umweltverbänden entschied sich der Rat aber für einen eher ängstlichen, nationalstaatlich geprägten Ansatz. Dieser werde nicht-nachhaltigen Hochwasserschutzmaßnahmen, etwa dem Bau immer höherer Deiche, nur wenig entgegenzusetzen können. „Die hohen Kosten eines solchen Ansatzes für die Gesellschaft und das Ökosystem können wir uns insbesondere mit Blick auf bevorstehende dramatische Klimaveränderungen nicht mehr leisten“ so Stefan Scheuer vom Europäischen Umweltbüro. Es sei ihm unverständlich, warum die Umweltminister die Chance verpasst hätten, ihren Verwaltungen „unnötigen Papierkram zu ersparen“ und die Hochwassermanagementpläne zu vereinfachen. (tl) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro (EEB), Boulevard de Waterloo 34, 1000 Brüssel, Tel. 0032 2/ 289109 -0, Fax -9
eMail: eeb@eeb.org
www.eeb.org

¹ Die EU-Abfallhierarchie strebt an erster Stelle die Müllvermeidung an. Als zweitbeste Lösung wird die Wiederverwertung angesehen. An dritter Stelle kommt das Recycling, gefolgt von der Müllverbrennung. Die Mülldeponierung gilt als schlechteste Lösung.

Umweltminister/innen wollen mehr Öko-Effizienz

Informeller Rat diskutiert „neue Generation der Umweltpolitik“

Beim informellen Treffen der EU-Umweltminister/innen in Turku (Finnland) hat die finnische Ratspräsidentschaft ihre Vorstellungen einer „neuen Generation der Umweltpolitik“ auf die Agenda gesetzt. Vom 14. bis 16. Juli wurde über Subventionsabbau, Öko-Steuern und eine verbesserte Öko-Effizienz debattiert. Die finnische Regierung stellte unter dem Motto „weniger ist mehr“ Pläne zur Integration von Ressourcen- und Energie-Effizienz in alle Politikbereiche vor. Die Umweltminister/innen forderten nach Angaben des Internetinformationsdienstes EurActiv die EU-Kommission auf, ein Grünbuch über die Verwendung marktbasierter Instrumente für ökologische Maßnahmen (wie Öko-Steuern und den Abbau umweltschädlicher Subventionen) zu erarbeiten.

In die neue Umweltpolitik wollen die Finnen die globalen Umweltbelastungen einbeziehen. Sie setzen sich daher für die Gründung einer UN-Umweltorganisation ein. Eine „Vision für globale Öko-Effizienz“ ist das ambitionierte Ziel der Ratspräsidentschaft. Diese müsse eine Entkopplung der Ressourcennutzung vom Wirtschaftswachstum erreichen und nicht-nachhaltige Produktions- und Konsummuster verändern helfen. Dafür seien bessere und effektivere Entscheidungsprozesse vonnöten, die Politikinstrumente wie Gesetze mit Marktinstrumenten und intensiven Dialogen mit der Zivilgesellschaft kombinieren sollen. (jg) ■

• Weitere Informationen

Schlussfolgerungen aus dem informellen Treffen des EU-Umweltministerrats (engl., PDF, 3 S., 20 kB):
www.ymparisto.fi/download.asp?contentid=53855

Quellen: www.eu2006.fi (News, 15.07.06), EurActiv (05./17.07.06)

Newsticker

Umweltsteuern in Skandinavien erfolgreich

Die Einführung von Umweltsteuern in den nördlichen EU-Staaten hat zu bemerkenswerten Erfolgen in der Verbesserung der Umweltsituation geführt. Zu diesem Ergebnis kommt eine Ende Juni veröffentlichte Studie, die im Auftrag des Nordischen Ministerrates¹ erstellt wurde. Im Untersuchungszeitraum von 2001 bis 2005 konnten z. B. in Dänemark durch eine CO₂-Steuer die entsprechenden Emissionen um ein Viertel gesenkt werden. In Finnland wurden durch eine neue Abfallsteuer im selben Zeitraum 15 % der Abfallmenge eingespart. Insgesamt sind in den nordischen Staaten 8-10 % der Steuereinnahmen aus Umweltsteuern. Während diese in den nordischen und auch baltischen Staaten ansteigen, werden die Umweltsteuern in den anderen EU-Staaten eher zurückgefahren. Die größten EU-weiten Erfolge im Umweltsteuersystem konnten durch die Umsetzung des europäischen Emissionshandelsystems und die EU-Richtlinie über Energiesteuern aus dem Jahr 2003 verzeichnet werden. (tf)

Quelle: Environment Daily, 07.07.06

OECD: Umweltsteuern haben große Potenziale

Zu einem ähnlich positiven Ergebnis wie die Studie für die nordischen Länder (s. o.) kommt eine Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Anfang Juli. Darin werden hohe Potenziale für Regierungen gesehen, aus weiteren Umweltsteuern positive Effekte zu erzielen. Gleichzeitig sollten die Steuersysteme generell auf Umweltverträglichkeit geprüft und Ausnahmen im „grünen Steuerwesen“ gestrichen werden. Vor allem die Angst, die Wirtschaft durch Umweltsteuern zu belasten, führte bei den von der OECD gezählten 375 grünen Steuern zu 1150 Ausnahmeregelungen, um bestimmte Industriebereiche zu schonen (wie z. B. die energieintensive Industrie bei der Energiesteuer). Das führt dazu, dass die Steuerlast zum Großteil von den Haushalten und dem Verkehrssektor getragen wird, mit dem Effekt, dass die Steuern ihrer Lenkungs-kraft verlieren und das Verursacherprinzip um-

gangen wird. Zu empfehlen wäre laut OECD z. B. eine Staaten übergreifende CO₂-Emissionssteuer für die Stahl- und Zementindustrie. (tf)

Quelle:

www.oecd.org/env/policies/database

Århus-Konvention ohne Zugang zum Europäischen Gerichtshof?

Das Europäische Parlament hat die Århus-Konvention mit einer Ausnahme angenommen. Wie schon zuvor der EU-Ministerrat, strichen auch die Parlamentarier/innen den von der EU-Kommission im Entwurf vorgesehenen und von Umweltschutzorganisationen dringend geforderten Zugang zum Europäischen Gerichtshof (EuGH). Einer Öffnung des EuGH für Klagen von Umweltschutzorganisationen wurde damit insoweit nicht stattgegeben. Das Europäische Umweltbüro (EEB) appelliert nun an die EU-Parlamentarier/innen, bei der zweiten Lesung im Januar 2007 für diesen Punkt zu stimmen. Die im Oktober 2001 in Kraft getretene Århus-Konvention der Vereinten Nationen gewährt den Bürger/innen einen leichteren Zugang zu Informationen, beteiligt sie stärker an Verwaltungsentscheidungen und erleichtert den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten. Seit der Ratifizierung durch die EU im Jahr 2005 zeigen sich vor allem in der Umsetzung der dritten Säule (Zugang zu Gerichten) kontroverse Standpunkte der Interessengruppen. (tf)

● Europäisches Umweltbüro, John Hontelez, Brüssel, Tel. 0032 2 / 2891091
www.eeb.org (News, 04.07.06)

■

¹ 1971 gegründete Einrichtung nordeuropäischer Staaten zur besseren Koordinierung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit.

Beratende Ausschüsse kritisieren EU-Abfallpolitik

Räte veröffentlichen Stellungnahmen zur thematischen Strategie Abfall

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) und der Ausschuss der Regionen (AdR) haben im Juni Stellungnahmen zur thematischen Strategie zur Abfallvermeidung und -recycling veröffentlicht.

EWSA: Vorschlag geht nicht weit genug

Grundsätzlich begrüßt der EWSA die Absicht der Kommission, die EU-Abfallpolitik zu modernisieren und zu vereinfachen - der Vorschlag gehe aber nicht weit genug. Eine „echte nachhaltige Entwicklung“ setze eine „wirksame Politik der Vermeidung und Rückgewinnung von Abfall“ voraus, um der „Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe“ Rechnung zu tragen. Der EWSA unterstrich, dass solche Recyclingmethoden gefördert werden müssen, die nicht der Umwelt schaden und eine wirkungsvolle Rückgewinnung von Stoffen ermöglichen. Er bedauerte sehr, dass die EU-Kommission keine EU-weit vereinheitlichten Finanzinstrumente vorgeschlagen habe. Außerdem fehlten Auflagen für bessere Arbeitsbedingungen und die Gesundheit der Arbeitnehmer der Branche.

AdR kritisiert unnötige Lockerungen und fordert Verknüpfung mit REACH

Der Ausschuss der Regionen kritisiert am Vorschlag der EU-Kommission, dass es bei der Frage, ab wann Abfall als Produkt gilt, und beim Vermischen gefährlicher Abfälle „unnötige und unzweckmäßige Lockerungen“ gegeben habe, die sich „nachteilig auf die Umwelt“ auswirken könnten. Nach wie vor sei die Definition von Recycling und Verwertung rechtlich nicht geklärt. Der Ausschuss „bedauert, dass die Hierarchie auf drei Ebenen verflacht wird. Die Gleichordnung von Wiederverwendung, Recycling und Verwertung widerspricht dem Geiste verschiedener Rechtsakte“. Darüber hinaus sei der Hinweis auf das Verursacherprinzip gestrichen worden. Darüber hinaus wird bedauert, dass die Indikatorenentwicklung zur Messung der erzielten Ergebnisse bei der Abfallvermeidung und dem -recycling den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen und nicht europaweit geregelt werde. Der Ausschuss der Regionen vertritt ausdrücklich die Ansicht, dass die Richtlinie „klar“ an die REACH-Regelungen gekoppelt werden

sollte, „um schon bei der Herstellung möglichst keine gefährlichen Abfälle entstehen zu lassen bzw. deren Gefährlichkeit zu mindern“. (jg) ■

• Weitere Informationen

Stellungnahme des EWSA:
http://eesc.europa.eu/activities/press/cp/docs/2006/cp_eesc_067_2006_de.doc

http://eescregistry.esc.eu.int/viewdoc.aspx?doc=%5C%5Cesppub1%5Cesp_public%5Cces%5Cnat%5Cnat301%5Cen%5Cces477-2006_fin_as_en.doc

Stellungnahme Ausschuss der Regionen:

<http://coropinions.cor.eu.int> (Opinion nr. „DEVE-IV-003“, Language „DE“)

Zur EU-Abfallproblematik siehe auch Ausgaben der letzten Monate:

EUR 02.06, S. 18

EUR 05.06, S. 13

EUR 06.06, S. 13

EUR 07.06, S. 13

www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“, „PDF-Version“ wählen)

Abfallrahmenrichtlinie soll „klarer und flexibler“ werden

Berichterstatterin fordert Änderungen im Kommissions-Vorschlag

Die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die Reform der EU-Abfallgesetzgebung, Caroline Jackson (Konservative, Großbritannien), hat sich für eine Reihe von Änderungen im Kommissionsvorschlag ausgesprochen. Jackson forderte klarere Ziele, mehr Demokratie bei der Entscheidungsfindung und mehr Flexibilität bei der Umsetzung. Dies sei vor allem deshalb nötig, um zu vermeiden, dass rechtliche Unklarheiten wie bisher vor dem Europäischen Gerichtshof ausgetragen werden. Entscheidungen müssten durch einen vollständigen legislativen Prozess mit Beteiligung des EU-Parlaments und nicht nur im Komitologieverfahren (also Ausschüsse der Mitgliedstaaten unter Vorsitz der Kommission) fallen.

Zwar sprach sich Jackson für die Beibehaltung der Fünf-Stufen-Hierarchie im Abfallbereich aus, möchte aber, dass Mitgliedstaaten davon Abstand nehmen können, wenn dies „wissenschaftlich begründbar ist“. Um Bürokratie zu reduzieren, schlägt Jackson vor, die detaillierten Berichtspflichten für nationale Abfallpläne und -programme zusammenzustrichen und dafür die Europäische Umweltagentur (EEA) die nationalen Pläne bewerten und vergleichen zu lassen. Die Berichterstatterin will sich darüber hinaus für eine Lockerung von Energieeffizienzkriterien einsetzen, durch die bestimmt wird, ab wann Müllverbrennung als „Wiederverwertung“ gilt. Auch ein fehlendes weiteres Vorgehen kritisiert die Berichterstatterin. Sie schlägt ein „Follow-Up“ für die nächsten fünf Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie vor, in denen spezifiziert werden müsse, unter welchen Kriterien Abfälle wie Kompost, Papier, Glas und Bauschutt zu Produkten werden können. (jg) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Parlament, Caroline Jackson, ASP 14E 253, 60 rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 284-5255, Fax -9255
eMail:
caroline.jackson@europarl.europa.eu
Berichtsentwurf:
www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/pr/618/618638/618638de.pdf

WEEE-Richtlinie soll 2008 angepasst werden

Elektro-Altgeräte: EU-Kommission veröffentlicht Änderungsvorschläge

Weil 2008 eine Überprüfung der Richtlinie 2002/96/EG über Elektro- und Elektronik-Altgeräte (WEEE-Richtlinie) ansteht, hat das dafür zuständige Forschungszentrum der EU-Kommission eine Information über die zu überprüfenden Parameter veröffentlicht. Die WEEE-Richtlinie hatte die verbindliche Herstellerverantwortung für Elektrogeräteproduzent/innen eingeführt, um die wachsenden Müllmengen dieses Sektors in den Griff zu bekommen und Anreize für Änderungen beim Produktdesign zu geben. Im Februar 2008 erwarten EU-Parlament und Ministerrat einen Bericht über die Umsetzung in den Mitgliedstaaten sowie Vorschläge für neue Maßnahmen.

Die Kommissions-Information nennt vier Hauptbereiche für die Überprüfung:

- Ziele für Sammlung, Wiederverwertung, Rückgewinnung und Recycling
- Erhöhung der Reichweite bzw. Ausschluss von der Reichweite der Richtlinie
- Handhabung der Vorsorgemaßnahmen bei der Herstellerverantwortung
- Abfallbehandlungsanforderungen

EU-Produktregister vorgeschlagen

Gründlich überprüft werden sollen auch die jeweils nationale Umsetzung bei der Herstellerverantwortung, die Kosten von Abfallmanagement, die Effizienz von Sammelssystemen und Unterschiede bei den Kriterien von Kennzeichnungssystemen. Angedacht sind zur Harmonisierung ein EU-Produktregister und gemeinsam vereinbarte Regeln für Normen bei der Abfallbehandlung.

Gemäß der zurzeit gültigen Richtlinie müssen die Mitgliedstaaten bis Dezember ein Sammelziel von 4 kg Elektroschrott pro Einwohner und Jahr erreichen. Je nach Produkttyp soll die Wiederverwertung bei 70-80 Prozent und die Recyclingquote bei 50-70 Prozent liegen. (jg) ■

• Weitere Informationen

Quelle: Environment Daily, 22.6. und 10.7.2006

EU-Kommission zur WEEE-Richtlinie:
www.ec.europa.eu/environment/waste/weee_index.htm

Newsticker

Ungenügend entsorgt: Schiffsabfälle und Lagerungsrückstände in Häfen

Die EU-Kommission ist Ende Juni gegen acht Mitgliedstaaten vorgegangen, weil diese sich nicht ausreichend gegen Meeresverschmutzung durch Abfälle engagieren. Die Richtlinie 2000/59/EG enthält EU-weite Vorschriften zu Hafen-Auffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände. Die Mitgliedstaaten hätten bis Ende 2002 Abfallbewirtschaftungspläne für alle ihre Häfen einführen und umsetzen müssen. Während sie an Deutschland, Estland und Spanien nur eine förmliche Stellungnahme sandte, will die EU-Kommission Griechenland, Frankreich, Italien, Finnland und Portugal vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) verklagen. (jg)
Quelle: www.europa.eu/rapid (Reference IP/06/2006)

Fachleute gesucht für umweltfreundlichere Klimaanlagen

Der in der EU durch Klimageräte verursachte Energieverbrauch steigt rapide an. Die EU-Kommission finanziert zurzeit eine Vorstudie, um Raumklimageräte nach den Kriterien für ökologische Produkteigenschaften in der Öko-Design-Richtlinie zu untersuchen, z. B. relevante ökologische Aspekte und deren technisch-ökonomisches Optimierungspotenzial über die gesamte Produktlebensspanne. Interessengruppen sollen sich entweder durch Beiträge auf der Internetseite oder die Beteiligung an Workshops (der nächste findet am 8. September in Paris statt) aktiv beteiligen. Die Studie ist ein Gemeinschaftsprojekt von französischen, österreichischen, portugiesischen, griechischen, belgischen und britischen Projektpartnern. (jg)

● www.ecoaircon.eu

Verstöße gegen Abfallrecht: EU-Kommission verklagt Italien

Die italienische Regierung nimmt die Umsetzung von EU-Abfallrecht nach Ansicht der Europäischen Kommission nicht wichtig genug. Sie reagierte nicht auf ein Urteil des Europäischen Gerichtshofes, wonach sie mehrere Mülldeponien am ehemaligen Standort eines Chemieunternehmens nahe der Küstenstadt Manfredonia in einen Zustand bringen muss, der der Abfallrahmenrichtlinie entspricht. Reagiert die Regierung nicht zufrieden stellend auf die letzte Mahnung der EU-Kommission, droht ein Zwangsgeld. Darüber hinaus gab es

weitere Verstöße gegen das Abfallrecht. So gelten Metallschrott, Abfälle der Stahl- und Hüttenindustrie sowie hochwertige aus Abfall gewonnene Brennstoffe seit einer Gesetzesänderung 2004 in Italien nicht mehr als Abfall. Dient z. B. Siedlungsmüll als Brennstoff in Zementöfen, fällt er nicht mehr unter die EU-Regeln, obwohl hierdurch unkontrolliert giftige Stoffe wie Dioxine emittiert werden können. Auch in einem bestimmten Zeitraum (zwischen dem Erlass der EU-Deponierichtlinie und der verspäteten Umsetzung in italienisches Recht) genehmigte Deponien mussten bestimmten Normen nicht genügen, obwohl klar war, dass in der Richtlinie höhere Anforderungen gelten. Dagegen will die EU-Kommission nun vorgehen. (jg)

Quelle: www.europa.eu/rapid (Reference IP/06/908)

Umweltministerrat beschließt Grenzwerte für Dauergifte in Abfällen

Der EU-Ministerrat hat im Juli Grenzwerte für 14 persistente organische Verbindungen (POP) in Abfällen beschlossen. Teilweise - so bei Polychlorierten Dibenzodioxinen und Dibenzofuranen (PCDD/PCDF) - erfolgt eine Begrenzung in Anlehnung an die Toxizitätsäquivalentfaktoren der Weltgesundheitsorganisation WHO. Das Die Verordnung des Rates im genauen Wortlaut kann im Internet nachgelesen werden: (jg)
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/06/st10/st10805.de06.pdf>

■

Zulassungsverfahren für Genpflanzen soll besser werden

EU-Umweltrat ohne Ergebnisse - EFSA startet Anhörung über Risiken

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat auf die anhaltende Kritik an ihrer Genehmigungspraxis für neue Genpflanzen reagiert und eine Anhörung zu den Risiken gentechnisch veränderter Organismen (GVO) eingeleitet. Mehrere Mitgliedstaaten hatten der EFSA vorgeworfen, sie gehe bei den Zulassungen für GMO nicht objektiv vor. Nach Auffassung der Staaten genehmigte die Behörde Genprodukte, ohne sie vorher ausreichend geprüft zu haben. Bereits im Frühjahr hatte die EU-Kommission deshalb die EFSA aufgefordert, enger mit den wissenschaftlichen Institutionen der Mitgliedstaaten zusammenzuarbeiten, um mehr Transparenz zu schaffen. Der Rat der EU-Umweltminister beriet Ende Juni über die GMO-Zulassung, ohne jedoch zu Ergebnissen zu kommen.

Umweltverbände fordern Schutzregeln vor gentechnischer Kontamination

Auch Umweltverbände kritisieren die EFSA seit langem wegen ihrer Zulassungspraxis. Die österreichische Umweltorganisation Global 2000 bemängelte, die Behörde ignoriere Sicherheitsbedenken. Der Umweltrat müsse klare Schutzregeln vor gentechnischer Verschmutzung von Feldern und Lebensmitteln durchsetzen. Greenpeace forderte die Minister/innen auf zu gewährleisten, dass die gültigen Regeln für die Risikobewertung von GMO auch eingehalten werden. Außerdem müsse das Vorsorgeprinzip strikt angewandt werden. Damit sei sichergestellt, dass Genprodukte im Falle wissenschaftlicher Unsicherheiten hinsichtlich Gesundheit und Umwelt abgelehnt werden können. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Global 2000, Andreas Baur, Neustiftgasse 36, A-1070 Wien
Tel. 0043 664 / 1032423
eMail: andreas.baur@global2000.at
www.global2000.at

Die Anhörung:

www.efsa.europa.eu/science/gmo/gmo_consultations/1596_en.html

Internationaler Saatgutvertrag jetzt vollständig

Wichtige Nahrungspflanzen als globales Kollektivgut gesichert

Der internationale Saatgutvertrag der Welternährungsorganisation (FAO) von 2001 ist seit Mitte Juni voll funktionsfähig. Die 103 Unterzeichnerstaaten verabschiedeten mit den übrigen FAO-Vertragstaaten in Madrid neben Verfahrens- und Finanzierungsregeln ein so genanntes Materialtransferabkommen (MTA), teilte das Öko-Institut in Freiburg mit. Die Ergänzung ermögliche Züchtern die Nutzung wichtiger Nahrungs- und Futterpflanzen in Genbanken als globales Kollektivgut und stärke die Rechte von Landwirten.

Züchtungsunternehmen müssen in Zukunft einen Ausgleich zahlen, wenn sie durch Verwendung bestimmter genetischer Ressourcen den Zugang zu Forschung oder Weiterentwicklung, z. B. durch Patente, beschränken. 1,1 Prozent vom Umsatz fließt in einen internationalen Fonds, aus dem Projekte zur Erhaltung und nachhaltigen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen in Entwicklungs- und Transformationsländern gefördert werden.

Welternährung basiert auf zehn Kulturpflanzenarten

Der ergänzte Saatgutvertrag leistet einen wichtigen Beitrag für die Agrobiodiversität, die Vielfalt von Nutzpflanzen und -tieren. Diese ist wiederum Voraussetzung für die Ernährungssicherheit, vor allem in Entwicklungsländern. Dort sind die Bauern besonders auf ertragsstabiles, lokal angepasstes und erschwingliches Saatgut angewiesen. Durch die industrialisierte Landwirtschaft nahm die Agrobiodiversität in den letzten Jahren ständig ab. Nach Angaben der FAO werden 99,6 Prozent der Kulturpflanzen nicht oder kaum genutzt. Ein Großteil der Welternährung basiert auf zehn Kulturpflanzenarten. Schätzungen gehen davon aus, dass heute nur noch 25 Prozent der Vielfalt angebaut werden, die noch vor 100 Jahren auf den Feldern stand. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Öko-Institut, Agrarexpertin Katja Moch, PF 6226, 79038 Freiburg
Tel. 0761 / 45295-37, -22, Fax -88
eMail: k.moch@oeko.de
www.oeko.de

EU-Parlamentarier/innen wollen fairen Handel fördern

Empfehlung: Bei Ausschreibungen Fair-Trade-Produkte bevorzugen

Das Europäische Parlament hat Anfang Juli einen Bericht verabschiedet, der das Ziel hat den fairen Handel zu fördern. Um dieses Ziel zu erreichen, sollen EU-Behörden Fair-Trade-Produkte verwenden und ihnen bei allen Ausschreibungen besondere Beachtung schenken. Bedenke man, dass in EU-Büros Material im Wert von vielen Milliarden Euro verbraucht wird, würde das einen echten Nachfrageschub bedeuten, argumentierte der Berichterstatter des Dossiers, der grüne Europa-abgeordnete Frithjof Schmidt. Die Abgeordneten forderten die EU-Kommission auf, eine klare Empfehlung für den fairen Handel zu veröffentlichen und die Kriterien für Fair Trade zu übernehmen.

Fair-Trade-Siegel soll vor Missbrauch geschützt werden

Außerdem wird in dem Bericht empfohlen, dem Missbrauch mit der Kennzeichnung „Fairer Handel“ vorzubeugen. In Europa seien die Absatzzahlen für Fair-Trade-Produkte um 20 Prozent jährlich gestiegen. Das verführe Anbieter dazu, sich der Labels zu bedienen ohne die Bedingungen zu erfüllen. Das sind z. B. Mindestlöhne, Einhaltung von Umweltstandards und traditioneller Produktionsmethoden oder Kapazitätsaufbau der Erzeuger. Die Verfasser des Berichts sprachen sich für ein „einheitliches, leicht erkennbares“ Gütesiegel aus, „wie es ... bereits besteht“.

Absatz konnte um ein Drittel gesteigert werden

Nach Angaben der Fairtrade Labelling Organisation International (FLO), Dachorganisation für 20 nationale Siegelinitiativen, wurden 2005 weltweit Waren mit Fair-Trade-Label im Wert von 1,1 Milliarden Euro verkauft, 37 Prozent mehr als im Vorjahr. TransFair Deutschland konnte ein Umsatzplus von 25 Prozent verzeichnen. (mbu) ■

• Weitere Informationen

TransFair e.V., Remigiusstr. 21, 50937 Köln
Tel. 0221 / 942040-0, Fax -40
eMail: info@transfair.org
www.transfair.org
www.fairtrade.net

Weinmarktreform soll Absatz für EU-Weine steigern

Kommission will Ruf von Europas Weinen als „beste der Welt“ stärken

Die EU-Kommission hat im Juni Pläne für eine radikale Reform des gemeinsamen Marktes für Wein vorgelegt. Hauptziele sind, die Wettbewerbsfähigkeit der Winzer zu verbessern, das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage herzustellen und den Ruf der EU-Weine zu stärken. Damit sollen dann Marktanteile zurück gewonnen werden. Außerdem erhofft sich die Kommission die Erhaltung des Sozial- und Umweltgefüges im ländlichen Raum.

Die neue Weinpolitik sei notwendig, weil der Weinverbrauch in der EU stetig sank. Gleichzeitig ist in den vergangenen zehn Jahren nach Angaben der Kommission die Einfuhr von Wein pro Jahr um 10 Prozent gestiegen, während die Ausfuhr kaum zunahm. Die Folge: ein Überschuss auch von Qualitätsweinen, die dann durch so genannte Krisen- oder Dringlichkeitsdestillationen vernichtet werden. Bei diesem Verfahren wird Wein in Industrialkohol umgewandelt.

Zwei Prozent Ökoweinbau in Europa

Der Markt für ökologisch angebauten Wein ist davon nicht so sehr betroffen, auch wenn er in manchen EU-Ländern wie z. B. Spanien rasant wächst. Nach Angaben des Bundesverbands Ökologischer Weinbau Ecovin werden in Deutschland etwa zwei Prozent der Weinbaufläche ökologisch bewirtschaftet. Für Europa sind die Zahlen ähnlich: Zwischen ein und zwei Prozent der Rebfläche gehören dem Bio-weinbau. (mbu) ■

• **Weitere Informationen**

Ecovin, Bundesverband Ökologischer Weinbau, Wormser Str. 162, 55276 Oppenheim
Tel. 06133 / 16-40, Fax -09
eMail: info@ecovin.org
www.ecovin.org
www.ec.europa.eu/agriculture/capreform/wine/index_de.htm

Newsticker

Mehrheit in der EU will kein Genfood

Der Widerstand gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel in der Europäischen Union hält an. Fast 60 Prozent der EU-Bürger/innen lehnen Gen-Food ab, weil sie die Risiken als unannehmbar ansehen. Das ergab die jüngste Umfrage der EU-Kommission zu Gentechnologie im Juni. Eine höhere Akzeptanz der Grünen Gentechnik hängt laut Eurobarometer eher von deren Nutzen für Gesundheit und Umwelt ab als von einer Kostenersparnis für die Konsument/innen. Spitzenreiter bei der Ablehnung von Genfood sind Österreich, Deutschland, Ungarn, Griechenland und Lettland. (mbu)

Quelle: Environment Daily, 19.06.2006

„Feldbefreier“ vor Gericht

Die so genannten „Freiwilligen Mäher“ (Fauçeurs volontaires) sind in Frankreich zu einer politisch-gesellschaftlich wichtigen Bewegung geworden. Sie brachten die Auseinandersetzung um den Anbau und die Kommerzialisierung von gentechnisch veränderten Pflanzen in die Öffentlichkeit. Wegen der „Feldbefreiungen“, bei denen Gen-Pflanzen auf Feldern ausgerissen wurden, kamen zahlreiche Aktivist/innen vor Gericht. Die Rechtsprechung ist sehr unterschiedlich. Die Urteile waren teilweise hohe Geldstrafen oder Gefängnisstrafen von bis zu vier Monaten. In einem Verfahren in Versailles dagegen wurden die Angeklagten in erster Instanz freigesprochen. (mbu)

● www.monde-solidaire.org (frz.)
www.attac.de/gentechnik

EFSA mit neuer Chefin und geänderten Prioritäten

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat im Juli Catherine Geslain-Lanéelle zur geschäftsführenden Direktorin ernannt. Sie war zuvor u. a. im französischen Landwirtschaftsministerium für das Management von Gesundheitsrisiken durch Lebensmittel zuständig. Nach eigenen Worten will Geslain-Lanéelle ihre Strategien und Maßnahmen für die Lebensmittelsicherheit „auf unabhängige, transparente wissenschaftliche Empfehlungen stützen“. Dazu will sie eng mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. (mbu)
Quelle: www.efsa.europa.eu/press_room/press_release/1587_de.html

CO₂-Ausstoß der Landwirtschaft kann um 70 Prozent gesenkt werden

Ackerbau mit weniger Pflügen und mit Fruchtwechsellern kann die landwirtschaftsbedingten CO₂-Emissionen in den 15 alten EU-Ländern um 70 Prozent reduzieren. Außerdem ließe sich die Bodenerosion halbieren. Das sind die Ergebnisse der beiden EU-Vorzeigeprojekte Sowap und Porterra, die gemeinsam vom LIFE-Programm der EU und der Firma Syngenta finanziert wurden. Außerdem könnten Landwirte jährlich 7 Milliarden Euro sparen, wenn sie diese umweltfreundliche Bewirtschaftung weitgehend anwenden würden. Schließlich würde auch noch ein Schlüsselziel der kommenden Bodenstrategie der EU erreicht, nämlich die Erosion von Mutterboden zu verringern. (mbu)
Quelle: Environment Daily, 30.06.2006

■

Pestizidstrategie ohne Vision

Thematische Strategie ohne Ziele und Indikatoren verabschiedet

Mit rund einem Jahr Verspätung hat die EU-Kommission Mitte Juli die „thematische Strategie zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden“ verabschiedet. Die Strategie umfasst einen Entwurf für eine Rahmenrichtlinie zur nachhaltigen Nutzung von Pestiziden und einen Entwurf zur Überarbeitung der Pestizid-Zulassungsrichtlinie. Weitere Regulierungen zur Statistik der Pestizidanwendung und im Gewässerschutz sollen folgen.

Kritik der Umweltverbände

Umwelt- und Verbraucherschutzgruppen bezweifeln, ob diese thematische Strategie dazu führen kann, dass Pestizide künftig nur noch nachhaltig eingesetzt und gefährliche Pestizide nicht mehr angewendet werden. Sie kritisierten das Fehlen von klaren Zielen und verbindlichen Zeitplänen für die Pestizidanwendung sowie von Indikatoren in der Richtlinie. Viele Maßnahmen würden den Mitgliedstaaten nur empfohlen. Eine Förderung finanzieller Instrumente, etwa eine Pestizidabgabe, sei nicht vorgesehen.

Als problematisch gilt auch die neu eingeführte zonale Zulassung von Pestizidprodukten, da die ausgewiesenen Zonen unterschiedliche Klimazonen wie die Bretagne in Frankreich und Zypern beinhalten. Falls dann zum Beispiel Zypern ein Produkt zulässt, müsste Frankreich dies ebenfalls tun. „Diese fehlerhafte zonale Zulassung kann dazu führen, dass Firmen durch ‚Country-Shopping‘ die Zulassung und den Zugang zu den großen Märkten bekommen und damit die Macht der Regierungen, Pestizide in ihren Märkten zu verbieten, unterwandern“, bemängelte Génon Jensen vom EPHA Umwelt-Netzwerk. Mitgliedstaaten verlören so ihre Souveränität und müssten Pestizidpräparate tolerieren, die bereits in einem anderen Land ihrer Zone zugelassen wurden.

John Hontelez, Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB), nannte die thematische Strategie eine „visionslose Flickschusterei“. Die Rahmenrichtlinie sei ihres Namens nicht würdig, da sie „unausführbar und ineffektiv“ sei. Die nachhaltige Nutzung von Pestiziden müsse die schrittweise Reduzierung ihrer Anwendung sowie eine geringere Abhängigkeit der Landwirte von den Chemikalienprodu-

zenten bedeuten, so Hontelez weiter. Die schlimmsten Pestizide wie die in der Europäischen Wasserschutzgesetzgebung als Gewässer gefährdend benannten sollten sofort verboten werden.

Das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) bezweifelt, dass Landwirte in der konventionellen Landwirtschaft mehr integrierte, d. h. pestizidarme Verfahren anwenden, wenn diese nicht definiert werden, für gezielte Schulungen das Geld fehlt und es für die Bauern keine finanzielle Unterstützung bei der Produktionsumstellung gibt. PAN-Geschäftsführerin Carina Weber kritisierte, im EU-Entwurf fehle sogar ein so wenig ambitioniertes Ziel wie das in Deutschland 2005 begonnene „Reduktionsprogramm chemischer Pflanzenschutz“ mit dem Ziel einer nur 15-prozentigen Pestizidreduktion bis 2015. ●

Die designierte Berichterstatterin des Europäischen Parlaments, Hiltrud Breyer (Grüne, Deutschland) bemängelte, dass so die Wirksamkeit der Strategie wesentlich vom Engagement der Mitgliedstaaten abhängen werde. Die Mitgliedstaaten könnten in ihren nationalen Aktionsplänen bestimmen, wie sie „sensible Flächen“ oder „dicht besiedelte Gebiete“ definieren, auf denen keine Pestizide ausgebracht werden dürfen, oder für die besondere Restriktionen des Pestizideinsatzes gelten. ●

Positive Neuerungen

Einige aus Umweltsicht positive Neuerungen gibt es bei der Pestizidzulassung. So sollen gefährliche Pestizide durch weniger gefährliche Alternativen ersetzt werden - allerdings besteht hierbei das erwähnte Problem der zonalen Zulassung.

Trotz des erbitterten Widerstands der Luftfahrtbranche sieht der Vorschlag nun auch ein Verbot für die Ausbringung von Pestiziden in pestizidreduzierten und pestizidfreien Zonen per Flugzeug und Maßnahmen zum Schutz der Wasserressourcen vor. Das Versprühen von Pflanzenschutzmitteln aus Helikoptern und Flugzeugen soll nur in Einzelfällen und unter strengen Auflagen möglich sein - allerdings kritisieren Umweltverbände den großen Spielraum der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung.

Forderungen und weiteres Vorgehen

Die Vorlage der Kommission müsse vom Europäischen Parlament verbessert wer-

den, fordert Hiltrud Breyer. Dabei gelte es, verbindliche quantitative Ziele zur Verringerung des Pestizideinsatzes und zur Förderung alternativer Verfahren im Rahmengesetz festzuschreiben. In Verbindung mit dem gleichzeitig vorgelegten Vorschlag zur Reform des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel müssten die gefährlichen Pestizide vom Markt genommen und, wenn nötig, durch moderne ungefährlichere Wirkstoffe ersetzt werden, so die Parlamentarierin weiter.

Das Europäische Parlament hatte 2003 in einer ambitionierten Entschließung zur Ausarbeitung der thematischen Strategie verbindliche Zielvorgaben, Standards und Zeitpläne gefordert. Diese Forderungen waren der Ausgangspunkt für das jetzt anstehende Gesetzgebungsverfahren. Die designierte Berichterstatterin Breyer will auch die damals verabschiedete Forderung nach einem Pestizid-Pass für Lebensmittel wieder aufgreifen, in dem jede Anwendung von Pestiziden vermerkt werden muss. So soll eine bessere Verzahnung mit den heute oft folgenlosen Rückstandskontrollen gewährleistet werden, damit die Lebensmittelüberwachung die Verbraucher/innen vor Pestizidrückständen schützen kann, bevor das betroffene Produkt verzehrt wird. (bv) ■

• Weitere Informationen

Pestizid Aktions-Netzwerk - PAN Germany, Susanne Smolka, Nernstweg 32, 22765 Hamburg
Tel. 040 / 39-9191024, Fax -07520
eMail: susanne.smolka@pan-germany.org
www.pan-germany.org
www.pestizidreduktion.de

PAN Europe, Grazia Cioci, Kampagnen-Koordinatorin, Brüssel
Tel. 0032 2 / 790 8819
eMail: grazia-paneurope@pan-uk.org
www.pan-europe.info

Weitere Quellen:
www.hiltrud-breyer.de/presse/pm88.html
www.eeb.org/press/pr_EU_lacks_120706.htm

Umweltverbände fordern Nachbesserungen bei REACH

Parlamentarier/innen sollen zweite Lesung nutzen

Ende Juni haben die EU-Umweltminister/innen über den Entwurf der EU-Chemikalienverordnung REACH abgestimmt. Umweltverbände fordern das Europäische Parlament nun auf, die nun folgende zweite Lesung zu nutzen und das Gesetz stark nachzubessern. Der verabschiedete Entwurf enthalte zu viele Gesetzeslücken und müsse, um überhaupt noch einen Nutzen für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz zu haben, ergänzt werden, so der BUND in einer Stellungnahme.

Substitution, Sorgfalt, Informationspflicht und Transparenz

Auch die europäischen Umwelt-, Frauen- und Gesundheitsverbände reagierten empört, nachdem der Umweltministerrat es nicht geschafft hatte, sich für die verpflichtende Substitution gefährlicher Chemikalien einzusetzen. Krebs erregende, fortpflanzungsgefährdende oder hormonell wirksame Substanzen, für die es Alternativen gibt, müssen so trotzdem nicht ersetzt werden. Der Anreiz, sich um ungefährliche Stoffe zu bemühen, werde unverantwortlich gemindert, so die Verbände. Käme der Entwurf so durch, würde die Pflicht für die Hersteller stark abgeschwächt, Sicherheitsinformationen über Chemikalien - besonders in kleinen Mengen produzierte - zu liefern. Tausende Chemikalien könnten so ohne Sicherheitsinformationen auf dem Markt verbleiben.

Im einzelnen fordern die Verbände für die zweite Lesung:

- Substitutionsprinzip: Gefährliche Chemikalien durch sichere Alternativen ersetzen
 - Informationspflicht: Ausreichend Sicherheitsinformationen, um die Gefährlichkeit von Chemikalien beurteilen zu können
 - Sorgfaltspflicht: Die chemische Industrie soll die Verantwortung für die Sicherheit ihrer Produkte übernehmen
 - Transparenz: „Recht auf Information“ für die Bürger/innen.
- (jg) ■

• Weitere Informationen

BUND, Carolin Zerger, Patricia Cameron, Projekt Chemikalienpolitik, Berlin
Tel. 030 / 27586422
eMail: carolin.zerger@bund.net
www.bund.net/bundgegengift

Flammschutzmittel für Fernseher in der Kritik

Umweltschützer zweifeln Studie zu positivem Nutzen von deca-BDE an
Grünen-Parlamentarier/innen und Greenpeace-Expert/innen haben eine Studie des schwedischen Forschungs- und Überprüfungsinstituts SP angezweifelt, der zufolge beim Einsatz von bromiertem Diphenylether (deca-BDE) als Flammschutzmittel in Fernsehgeräten der Nutzen die Kosten übertrifft.

Kritisiert wird vor allem, dass in der Studie nur TV-Geräte mit oder ohne deca-BDE-Behandlung untersucht werden, während alternative Flammschutzmittel unbeachtet blieben. Da das Gesundheitsrisiko von deca-BDE von dem schwedischen Forschungsinstitut als gleich Null eingestuft werde, sei das Ergebnis genau das Erwartete, so David Santillo von Greenpeace. Carl Schlyter, Grünen-Mitglied des Europaparlaments, bemängelte die unbeachtet gebliebenen Risiken für die Umwelt. Wie von US-Forschern bestätigt, entstünden bei der Debromierung weitere gesundheitsgefährdende Stoffe. Auch dies sei nicht in die Forschungsergebnisse eingeflossen. Die Studie soll außerdem vom „Bromine science and environment forum“ (Bsef) finanziert worden sein, einer Vertretung der Bromindustrie.

Institut verteidigt Ergebnisse

Petra Anderson vom schwedischen Forschungsinstitut verteidigte die Studie. Die Entscheidung, keine alternativen Flammschutzmittel zu vergleichen, sei repräsentativ für die reale Situation. Auch die Einschätzung von deca-BDE als ungefährlich für die Gesundheit sei mit Forschungsergebnissen belegt. Was die Debromierung von deca-BDE betrifft, sei dieser Sachverhalt nicht vollständig bewiesen. Die Umweltfolgen habe man nicht betrachtet, weil diese zu schwer einzuschätzen seien. (ez) ■

• Weitere Informationen

Greenpeace-Forschungslabor, David Santillo, Exeter, Großbritannien
eMail: d.santillo@exeter.ac.uk
www.greenpeace.to

Quelle: Environment Daily, 22.06.06

Verbot von Chemikalien in Elektrogeräten in Kraft

RoHS-Richtlinie tritt in Kraft

Seit dem 1. Juli müssen die Hersteller von Elektrogeräten schrittweise den Gebrauch von gefährlichen Chemikalien in ihren Produkten begrenzen. Dies sieht die RoHS-Richtlinie (Restriction of certain Hazardous Substances) vor. Das Gesetz verbietet Blei, Cadmium, Quecksilber, sechswertiges Chrom und die Flammschutzmittel PDBE (polybromierte Diphenylether) und PBB (polybromierte Biphenyle) aus Elektrogeräten, die nach dem 1.7. auf den Markt kommen.

Das Gesetz soll die Verbreitung von giftigen Substanzen in die Umwelt verhindern und die in der Abfallbeseitigung tätigen Menschen schützen.

Ausnahmeregelungen für „nicht zu ersetzende“ Substanzen

Nach der Verabschiedung des Gesetzes im Jahr 2003 wurden bei der Kommission Ausnahmeregelungen für neun Substanzen beantragt, zu denen es keine ungefährlichen Alternativen gibt. Dazu zählt zum Beispiel die Verwendung von Blei oder von Quecksilber. Hinzu kommen zahlreiche weitere Ausnahmeforderungen.

Ausnahme für Deca-BDE umstritten

Der Fall des Flammschutzmittels decabromierter Diphenylether (deca-BDE) hatte für Unmut innerhalb der Bromindustrie gesorgt. Deca-BDE (siehe auch nebenstehenden Beitrag) war zwar als Ausnahme zugelassen, allerdings bestätigte die Kommission kürzlich, dass die kommerzielle Rezeptur von deca-BDE ein gewisses Maß an nona-BDE enthalte, sodass der Stoff damit wieder in die Liste der verbotenen Substanzen fällt. Die Ausnahme für deca-BDE bleibe erhalten, jedoch fielen die meisten damit behandelten Elektrogeräte durch einen so hohen Anteil an nona-BDE auf, dass sie ab dem 1. Juli nicht mehr verkauft werden dürften, so die Kommission. (ez) ■

• Weitere Informationen

www.europa.eu/rapid (Reference MEMO/06/263) (engl.)
Weitere Quelle: Environment Daily, 30.06.06

Newsticker

Quecksilber-Exportverbot bis spätestens 2008 gefordert

Auf einer Konferenz in Brüssel Mitte Juni haben Umwelt- und Gesundheitsorganisationen¹ ein Exportverbot für Quecksilber spätestens im Jahr 2008 gefordert. Darüber hinaus müsse Quecksilber sicher und dauerhaft verwahrt werden. Das Bündnis der Nichtregierungsorganisationen (NGO) forderte von der EU-Kommission einen Vorschlag zur Regulierung von Quecksilber und für eine Anpassung der existierenden Richtlinie zur Nutzung von quecksilberhaltigen Mess- und Kontrollinstrumenten. Es gebe keine „sichere Menge“ Quecksilber - deshalb müssten Nutzung und Export beendet werden, so das Bündnis. Als Sofortmaßnahme wurde die Einrichtung eines EU-weiten Monitoring-systems zur Überprüfung von Import, Export und dem Transport innerhalb der EU von metallischem Quecksilber und seinen Verbindungen geben. (jg)
www.zeromercury.org (19.06.06)

Frankreich will Verkauf gefährlicher Biozide halbieren

Die französische Regierung plant, den Verkauf der gefährlichsten Pestizide und Biozide zu halbieren. Das Ende Juni veröffentlichte Programm ist Teil des „nationalen Plans für die Reduzierung von Gesundheitsrisiken durch Umweltverschmutzung“. Unter den Maßnahmen zur Durchsetzung ist eine Steuer auf Produkte, die Krebs erregende, erbgut- oder fortpflanzungsschädigende Substanzen enthalten und die Einführung einer Fünf-Meter-Schutzzone rund um Gewässer, in der nicht gespritzt werden darf. Außerdem soll es finanzielle Anreize geben, um Praktiken zu unterstützen, die mit weniger Pestiziden auskommen. Auch verbesserte Risikobewertungsverfahren und neue Verfolgbarkeits- und Kennzeichnungsvorschriften sind geplant. Damit geht die französische Regierung über die in der thematischen Strategie über den nachhaltigen Gebrauch von Pestiziden geforderten Maßnahmen bzw. über andere Vorstöße in dieser Richtung in anderen europäischen Ländern hinaus. (jg)

¹ Europäisches Umweltbüro, Zero Mercuria working Group, Ban Mercury Working Group, Europäisches Allianznetzwerk für Gesundheit und Umwelt (EPHA-EEN), Health Care Without Harm mit Unterstützung weiterer NGOs aus den USA, Indien, China und Brasilien.

Quellen: Environment Daily, 29.06.06, www.ecologie.gouv.fr/article.php3?id_article=6005

Leitfäden zur Umsetzung von REACH

Das Europäische Chemikalienbüro (ECB) hat einen weiteren (bis zur endgültigen Verabschiedung der Verordnung vorläufigen) Leitfaden zur Umsetzung der EU-Chemikalienverordnung REACH veröffentlicht. Die „REACH-Umsetzungsprojekte“ (REACH implementation projects, RIPs) werden von Chemikalien-Expert/innen und Behörden erarbeitet. „RIP 3.8“ richtet sich an Chemikalienimporteure und -hersteller/innen, bietet Leitfragen und sechs Fallstudien. Die fertigen RIPs werden nach und nach auf der Internetseite des ECB eingespeist. Das ECB ist die Europa-Zentrale zur Erfassung von Daten und Bewertung der Gefährlichkeit von Chemikalien, angesiedelt beim Gemeinsamen Forschungszentrum der Europäischen Kommission. (jg)
Quellen: Environment Daily, 13.07.06; <http://ecb.jrc.it/Documents/REACH>

Bio-Abbaubarkeit von Detergenzien: Ergänzung veröffentlicht

Die EU-Verordnung zur biologischen Abbaubarkeit von so genannten Detergenzien - in Reinigungs- und Spülmitteln verwendete Stoffe wie z. B. Tenside, die die Wasseroberflächenspannung herabsetzen und Fett binden - ist ergänzt worden. Es wurde eine neue Testmethode zur Prüfung der vollständigen Bioabbaubarkeit (Mineralisierung) von Tensiden eingeführt sowie erweiterte Kennzeichnungspflichten und Neuerungen für ein Datenblatt über die Inhaltsstoffe festgelegt. Auch Stoffe, die zu Allergien führen können, müssen ab einer bestimmten Menge auf dem Etikett angegeben werden. Seit 11. Juli sind die Veränderungen in Kraft, Hersteller haben sechs Monate Zeit die Verordnung umzusetzen. (jg)
Quelle: Environment Daily, 26.06.06
Änderungen im Amtsblatt: http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_168/l_16820060621de00050010.pdf

Risse in mehreren britischen AKWs

Die britische Atomaufsichtsbehörde hat in mehreren Atomkraftwerken Risse im Reaktorkern entdeckt. Die Berichte mussten auf Antrag von Greenpeace und der Bürgerinitiative „Stop Hinkley“, die sich auf das Informationsfreiheitsgesetz beriefen, veröffentlicht werden. Die Behörde kennt

nach eigenen Angaben weder das genaue Ausmaß der Schäden noch die Ursache der Risse. Die Aufsichtsbehörde warnte jedoch, dass der weitere Betrieb des AKW Hinkley Point B in der Grafschaft Somerset das Risiko eines Unfalls vergrößere. Neben Hinkley sind die graphitmoderierten, gasgekühlten Reaktoren Hartlepool in Cleveland sowie Hunterston und Torness in Schottland betroffen. Auch in Heysham und Dungeness werden Risse vermutet. Mittlerweile haben auch mehrere Regierungsberater die sofortige Abschaltung dieser Anlagen gefordert. Die Meldungen über die Risse kommen zu einer Zeit, in der der britische Premier Tony Blair ankündigt, eine neue Generation von Atomreaktoren bauen zu wollen. (tl)
Greenpeace Großbritannien, eMail: info@uk.greenpeace.org, www.greenpeace.org

Entscheidung des Umweltministerrates zu Luftqualität und Feinstaubgrenzwerten: Siehe S. 13.

Großes Energiesparpotenzial bei Beleuchtung

EIA-Bericht: CO₂-Ausstoß durch Beleuchtung bisher unterschätzt

Laut einem Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) könnten effizientere Beleuchtungstechnologien dazu beitragen, den in diesem Bereich erwarteten Anstieg der weltweiten Stromnachfrage abzufedern. Die IEA erwartet für 2030 einen Anstieg des Stromverbrauchs für Beleuchtung um 80 Prozent, wenn keine entsprechenden Effizienzmaßnahmen ergriffen werden.

Nach Berechnungen der IEA nimmt die Beleuchtung global gesehen bereits mehr Strom in Anspruch als von Wasser- und Atomkraftwerken zusammengenommen erzeugt wird. Der hohe Verbrauch führe zu einem CO₂-Ausstoß, der 70 Prozent der weltweiten Emissionen von Pkw entspreche. Am verschwenderischsten gehen die Bewohner/innen der USA mit Beleuchtungsenergie um: Sie verbrauchen davon fast zweieinhalb Mal so viel wie Europäer/innen.

Einfache Maßnahmen können viel bewirken

In ihrer Studie rechnet die IEA vor, dass durch einfache Maßnahmen bis zum Jahr 2030 mehr als 16.000 Tonnen CO₂ eingespart werden können. Dies entspreche etwa einem Viertel des weltweiten CO₂-Ausstoßes von Pkw. Notwendige Maßnahmen wären unter anderem technische Lösungen wie Energiesparlampen oder Bewegungsmelder sowie die Vermeidung überflüssiger Beleuchtung zum Beispiel von leeren Büroräumen. Neben dem Klimanutzen könnten weltweit Energie- und Instandhaltungskosten in Höhe von 2.600 Milliarden US-Dollar eingespart werden. (tl) ■

• Weitere Informationen:

Internationale Energie-Agentur (IEA),
9, rue de la Fédération, F-75739 Paris
Cedex 15
Tel. 0033 1 / 405765-00, Fax -59
eMail: info@iea.org
www.iea.org

Nationale Allokationspläne zu großzügig

Umweltverbände: Klimaschutz-Pläne müssen korrigiert werden

Bis zum 30. Juni mussten die EU-Mitgliedstaaten ihre Nationalen Allokationspläne (NAP) für die zweite Phase des Europäischen Emissionshandelssystems (ETS) von 2008 bis 2012 bei der EU-Kommission einreichen. Die vorliegenden Pläne sehen bisher nur sehr zaghafte Emissionssenkungen vor. Die Umweltverbände hatten im Vorfeld mehrfach angemahnt, ehrgeizige Reduktionsziele festzuschreiben, um eine erneute Überallokation zu vermeiden und das EU-Kyoto-Ziel von minus acht Prozent bis 2012 zu erreichen (EUR 06.06., S. 26). Die Kommission hat nun drei Monate Zeit, die Pläne zu prüfen. Zahlreiche Mitglieder haben die Frist verstreichen lassen und müssen ihre Pläne nachreichen.

Greenpeace: Haushalte und Verkehr einseitig belastet

Greenpeace kritisiert insbesondere Deutschland¹, die Niederlande und Großbritannien, da es diese Länder versäumt hätten, ihrem Industrie- und Energiesektor verbindliche und ernsthafte Reduktionsverpflichtungen vorzuschreiben. Dadurch würden die Lasten einseitig auf die nicht vom Emissionshandel erfassten Sektoren, wie die privaten Haushalte und den Verkehr, abgewälzt. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, müssten diese Sektoren nun die von der Industrie und dem Energiesektor nicht erbrachten Reduktionen in ihren Bereichen erzielen.

Regierungen sollen Lizenzen nicht länger verschenken

Greenpeace fordert alle Mitgliedstaaten auf, die von ihnen ausgegebene Menge an Emissionslizenzen generell stärker zu reduzieren, wodurch Anreize für Umweltinnovationen geschaffen werden sollen.

Zweitens sollten die Regierungen die Lizenzen nicht kostenlos herausgeben, sondern davon so viele wie möglich versteigern. Die Emissionshandelsrichtlinie erlaubt den Regierungen, in der zweiten Phase zehn Prozent der Lizenzen zu versteigern. Bisher planen aber lediglich vier EU-Mitglieder, Zertifikate zu versteigern: Irland, die Niederlande, Litauen und

Großbritannien. Jedoch bleiben alle Länder unter der erlaubten Menge von zehn Prozent.

Drittens sollten Neuanlagen für die von ihnen benötigten Lizenzen den Marktpreis zahlen und nicht auf durch ihre Regierungen subventionierte Lizenzen zurückgreifen können. (tl) ■

• Weitere Informationen:

Greenpeace, Karsten Smid, Große Elbstraße 39, 22767 Hamburg
Tel. 040 / 30618 -0, Fax -100
eMail: mail@greenpeace.de
www.greenpeace.de

¹ Siehe dazu auch den folgenden Beitrag.

Deutscher Allokationsplan konterkariert Klimaschutz

Großindustrielle Anlagen großzügig beschenkt

Der Nationale Allokationsplan (NAP) der deutschen Bundesregierung stattet die Industrie und die Energieversorger für die zweite Phase des europäischen Emissionshandelssystems (ETS) von 2008 bis 2012 großzügig mit Zertifikaten aus. Obwohl Deutschland, um das Kyoto-Ziel von minus 21 Prozent zu erreichen, noch etwa 30 Millionen Tonnen Treibhausgase reduzieren muss, sieht der Plan nur eine Reduktion um drei Millionen Tonnen vor. Neu- und Ersatzanlagen sollen darüber hinaus über einen Zeitraum von 14 Jahren von Reduktionsverpflichtungen befreit werden.

Damit versucht die Regierung Investitionen in die Stromerzeugungskapazität zu fördern. Vermutlich soll auch eine zu hohe Abhängigkeit vom russischen Gas verhindert werden. Unter Klimaschutzgesichtspunkten ist die Befreiung kontraproduktiv: Um die Emissionen wirklich zu senken, müsste die Versorgung auf weniger CO₂-intensive Energieträger umgestellt werden.

Mit dem Emissionshandel in ein neues Kohlezeitalter?

Umweltschützer/innen befürchten nun, dass deutlich mehr neue Kohlekraftwerke gebaut werden und der Anteil der Kohle am gesamten Energiemix steigt. Der Emissionshandel begünstigt eigentlich aus Erdgas produzierten Strom, weil der CO₂-Ausstoß hier deutlich geringer ist. Kohle hat eine hohe CO₂-Intensität, was dazu führt, dass Betreiber von Kohlekraftwerken Emissionsberechtigungen auf dem Markt hinzukaufen müssen. Dies erhöht die Kosten und führt auf lange Sicht dazu, dass Kohle vom Markt verdrängt wird. Wenn nun aber Gaskraftwerke nicht einmal halb so viele Lizenzen wie ein Kohlekraftwerk mit gleich hoher Stromproduktion erhalten, haben CO₂-ärmere Energieträger keine Chance.

„Der deutsche Zuteilungsplan zementiert einen Weg, der geradewegs in die Klimakatastrophe führt“, beurteilt Greenpeace den Nationalen Allokationsplan. Der Staat lenke die Investitionsentscheidungen der Kraftwerksbetreiber weg von CO₂-armen Energieträgern wie Gas hin zur CO₂-intensiven Kohle. Gaskraftwerke emittieren nur

365 Gramm CO₂ pro Kilowattstunde Strom. Kohlekraftwerke hingegen stoßen 750 Gramm für die gleiche Stromerzeugung aus. Laut dem BUND sind die Folgen bereits absehbar: höhere CO₂-Emissionen und steigende Strompreise. „Bundesumweltminister Gabriel missbraucht den Emissionshandel als Hilfsmotor für den Bau von Kohlekraftwerken“ kritisiert die BUND-Vorsitzende Angelika Zahrt die deutschen Pläne.

Umweltverbände: Zertifikate deutlich reduzieren

Die Umweltverbände fordern die EU-Kommission - die drei Monate Zeit hat den Plan zu prüfen - auf, den deutschen NAP abzulehnen. „Mit diesem Plan wird Deutschland sein Kyoto-Klimaschutzziel nicht erreichen“, prognostiziert Regine Günther vom WWF. Der Nationale Allokationsplan decke mit seinem Reduktionsumfang von nur drei Millionen Tonnen lediglich zehn Prozent der für die Erreichung des Kyoto-Ziels notwendigen Emissionsreduktionen ab, obwohl die im ETS zusammengefassten Anlagen knapp 50 Prozent der CO₂-Emissionen verursachen. Damit wird die deutsche Industrie auf Kosten der anderen Sektoren, wie die privaten Haushalte und der Verkehr, geschont. Der WWF erwartet, dass wegen der fundamentalen Mängel des Plans letztendlich die Steuerzahler/innen für die Industrie einspringen müssen. Wenn 20 Millionen Zertifikate dazugekauft werden müssen, fielen Kosten in Höhe von 300 Millionen Euro pro Jahr an, schätzt der WWF.

Schon in Phase 1 zu viele Zertifikate

Erst im Mai war die extreme Überallokation durch die Nationalen Allokationspläne der ersten Phase von 2005 bis 2008 öffentlich geworden. Das heißt: es wurden deutlich mehr Lizenzen verteilt als benötigt wurden. So blieben in Deutschland seit dem Start des Emissionshandels im Januar 2005 Verschmutzungsrechte für 21 Millionen Tonnen CO₂ ungebraucht. In der gesamten EU beläuft sich diese Summe auf 44 Millionen Tonnen. Nach Bekanntwerden dieser Zahlen fiel der Zertifikatspreis ins Bodenlose, was letztlich den Emissionshandel wirkungslos machte. Eigentlich sollten im Emissionshandel weniger Lizenzen ausgegeben werden, als für den Status quo benötigt werden, damit durch die künstliche Verknappung ein CO₂-Vermeidungsanreiz entsteht (siehe EUR 06.06, S. 26).

Trotzdem hat die große Koalition die Möglichkeit, zehn Prozent der Zertifikate nicht wie bisher zu verschenken, sondern zu versteigern, ausgeschlossen. Die Versteigerung von Zertifikaten würde nach Ansicht von Experten die Preise auf einem gesunden Niveau halten. (tl) ■

• Weitere Informationen

BUND, Klimaexperte Matthias Seiche,
Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin
Tel. 030/ 27586-433
eMail: matthias.seiche@bund.net
www.bund.net

WWF, Klimaexpertin Regine Günther,
Große Präsidentenstr. 10, 10178 Berlin
Tel. 030 / 308742-0, Fax -50
eMail: guenther@wwf.de
www.wwf.de

Parlament will Kerosinsteuer gegen „unfairen Wettbewerb“

EU-Abgeordnete: Luftfahrt soll Beitrag zum Klimaschutz leisten

Das Europäische Parlament (EP) befürwortet ein Emissionshandelssystem für den Flugverkehr und strebt die Anwendung des Verursacherprinzips an. Die Parlamentarier/innen schlagen vor, den Luftverkehr ab 2008 in ein separates, dem Europäischen Emissionshandelssystem (ETS) lediglich ähnelndes Reduktionssystem zu überführen. Für innereuropäische Flüge schlagen die Abgeordneten außerdem eine Kerosinsteuer vor. Zudem müsse stärker berücksichtigt werden, dass der Flugverkehr von Steuerbefreiungen profitiert, die zu einem sehr unfairen Wettbewerb mit den anderen Verkehrssektoren führen. Die Grünen hatten deshalb die Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für den Flugverkehr gefordert. Dies fand aber im Plenum keine Mehrheit.

Falls der Luftverkehr in das bestehende ETS einbezogen wird, müsse durch spezielle Konditionen sichergestellt werden, dass andere, weniger geschützte, am System teilnehmende Sektoren nicht benachteiligt werden. Eine dieser Bedingungen könnte zum Beispiel die Begrenzung der Anzahl der Emissionszertifikate sein, die der Luftverkehrssektor von anderen Sektoren dazukaufen darf. Außerdem müsste der Flugsektor generell dazu verpflichtet werden, Emissionen zu reduzieren.

EP-Bericht wird Kommissionsvorschlag kaum beeinflussen

Der Bericht der grünen Abgeordneten Caroline Lucas ist nicht bindend, da bisher kein formaler Vorschlag zu diesem Thema auf dem Tisch liegt. Nichtsdestotrotz sendet das Parlament damit ein klares politisches Signal an die EU-Kommission, die vor Ende des Jahres einen Vorschlag über die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Emissionshandel vorlegen will. Bereits im September 2005 hatte die Kommission in einer Mitteilung die Integration des Flugverkehrs in den Emissionshandel gefordert. Sie schlug darin außerdem vor, eine CO₂-Obergrenze für alle von der EU ausgehenden Flüge festzulegen.

Es besteht generell nur eine geringe Chance, dass die Kommission die Vorschläge des Berichts aufnimmt. Die Kommission hat bereits eine Kerosinsteuer

ausgeschlossen, da sie hierfür keine Chance auf Verabschiedung im Ministerrat sieht, der in dieser Sache einstimmig beschließen muss.

Auch Kondensstreifen in das System integrieren

Berichterstatterin Lucas wäre in ihrem Bericht gern noch weiter gegangen. Die bevorzugte Behandlung des Luftverkehrs müsse beendet werden. Der Flugverkehr sei die am schnellsten wachsende Quelle von Treibhausgasemissionen - bis 2020 werde sich Anzahl der Flüge wahrscheinlich verdoppeln. Trotzdem lehne die Branche jegliche Regulierung kategorisch ab und genieße weiterhin wettbewerbsverzerrende Steuervergünstigungen. Lucas glaubt außerdem, dass es notwendig ist, neben CO₂ auch andere schädliche Einflüsse des Flugverkehrs wie zum Beispiel die Kondensstreifenbildung anzugehen. Insgesamt ist der Flugverkehr zwei bis viermal klimaschädlicher als die alleinige Beachtung der CO₂-Emissionen suggeriert.

Die Umweltorganisation Transport & Environment (T&E) veröffentlichte jüngst einen Bericht, der auf die stetig wachsenden Emissionen des Flugsektors im letzten Jahrzehnt hinweist. Demnach stiegen die CO₂-Emissionen internationaler Flüge von 1990 bis 2004 um insgesamt 85 Prozent. Das sind durchschnittlich 4,5 Prozent pro Jahr. T&E weist darauf hin, dass dieser Anstieg ein Viertel der im gleichen Zeitraum erreichten Reduktionserfolge anderer Sektoren in der EU zu nichte gemacht hat. T&E fordert daher, alle Subventionen und Steuerermäßigungen für den Luftverkehr konsequent abzuschaffen. (tl) ■

• Weitere Informationen

Transport & Environment, Rue de la Pépinière 1, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 502 990-9, Fax -8
eMail: info@transportenvironment.org
www.transportenvironment.org

Keine Trendumkehr beim EU-Treibhausgasausstoß

EEA: AKWs können Öko-Energien und Effizienzmaßnahmen nicht ersetzen

Der im Juni von der Europäischen Umweltagentur (EEA) veröffentlichte Jahresbericht über die Treibhausgasemissionen in der EU zeigt einen Anstieg des Ausstoßes von 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Im vergangenen Jahr waren sie bereits um 1,5 Prozent gestiegen. Im Vergleich zum Basisjahr 1990 konnte die EU ihre Emissionen nur um 0,9 Prozent reduzieren. Im Kyoto-Protokoll hat sich die EU dazu verpflichtet, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 bis 2012 um acht Prozent zu senken.

Mehr CO₂ aus Verkehr und Schwerindustrie

Insbesondere der Straßenverkehr ist für die Zunahme der Emissionen verantwortlich. Aber auch die Eisen- und Stahlproduktion hat zu einem Anstieg beigetragen. Die höchsten Emissionsraten verzeichneten Spanien und Italien. Deutschland, Dänemark und Frankreich konnten im Gegensatz dazu ihre Emissionen leicht reduzieren.

Hinweis auf Öko-Finanzreform

Die EEA zeigt sich insbesondere über die negative Trendentwicklung besorgt. Um den Trend umzudrehen, müsse die EU alle geplanten politischen Mittel ergreifen, um das angestrebte Reduktionsziel zu erreichen. Die Umweltagentur fordert, den notwendigen Ersatz alter Kraftwerke als Chance zu nutzen, um in umweltfreundlichere Energieformen zu investieren. Die in einigen Ländern bestehenden Neubaupläne für Atomkraftwerke dürften nicht zu einer Streichung der finanziellen Unterstützung für neue Technologien und Energieeffizienzmaßnahmen führen, warnte die Agentur. Ein Haupthindernis für Investitionen in umweltfreundliche Technologien sieht die EEA darin, dass die Preise immer noch nicht die ökologischen Kosten widerspiegeln. (tl) ■

• Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA),
Kopenhagen
Tel. 0045 33 / 367100
www.eea.europa.eu
Jahresbericht:
[http://reports.eea.europa.eu/
technical_report_2006_6/en](http://reports.eea.europa.eu/technical_report_2006_6/en)

Keine Fortschritte beim 2010-Ziel der EU

Studien stellen weiteren Rückgang der Artenvielfalt fest

In der Erreichung des 2010-Ziels der Europäischen Union, den Rückgang der Artenvielfalt in Europa bis 2010 aufzuhalten, wurden bisher so gut wie keine Fortschritte erzielt. Dies geht aus Studien von Seiten der EU-Institutionen und von Umweltorganisationen hervor.

Europäische Umweltagentur: Schlechte Realisierung des Natura-2000-Netzes

Eine Zwischenüberprüfung der Europäischen Umweltagentur (EEA), die Anfang Juni veröffentlicht wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass das allgemeine Artensterben trotz Zuwächsen bei einigen Arten weiter voranschreite. Ein Grund dafür sei noch immer schlechte und zögerliche Umsetzung des Natura-2000-Netzwerkes, auf das als Lösungsinstrument von allen Beteiligten große Hoffnungen gesetzt werden. In der Studie wurden sechs Bereiche bewertet: Landwirtschaftsflächen, Wälder, Süßwasserhabitats, Meeres- und Küstengebiete, international bedeutende Feuchtgebiete und Bergökosysteme.

Überall werden durch altbekannte Ursachen wie Versiegelung, Nutzungsintensivierung, Entwässerung, Zerschneidung, Verschmutzungen, Eutrophierung, Versauerung etc. Ökosysteme verändert und zerstört und so vielen Arten ihre Lebensräume und Nahrungsangebote genommen. Eine neue übergreifende Herausforderung wird im Klimawandel gesehen. Hauptproblembereich sei weiterhin die Landwirtschaft, wo ohne zusätzliche gesetzliche Maßnahmen keine Fortschritte für möglich gehalten werden.

Europäisches Habitatforum: Datenlage mangelhaft

Auch das Europäische Habitatforum kommt Anfang Juli 2006 in einer Studie zu ernüchternden Ergebnissen. Das Netzwerk europäischer Umweltorganisationen hatte den Erhaltungszustand von 19 Arten und 8 Habitats in Europa bewertet und konnte hier keine Erfolge durch die Umsetzung des Natura-2000-Netzwerkes erkennen. Empfohlen wird die Verbesserung der Datenlage sowie eine bessere Abstimmung der Methoden für verschiedenen Monitoring-Anforderungen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen die im nächsten Jahr im Rahmen der FFH-Richtlinie¹ anstehende Überprüfung des Erhaltungszustand der Arten und Habitats des Natura-2000-Netzwerkes in den EU-Mitgliedstaaten unterstützen.

nie¹ anstehende Überprüfung des Erhaltungszustand der Arten und Habitats des Natura-2000-Netzwerkes in den EU-Mitgliedstaaten unterstützen.

EU-Kommission zieht rechtliche Konsequenzen

Eine gleichzeitige Überprüfung der Europäischen Kommission hat gezeigt, dass zahlreiche Mitgliedstaaten die beiden Rechtsakte bisher noch nicht korrekt umgesetzt haben. Die Kommission hat daher Vertragsverletzungsverfahren gegen einzelne Mitgliedstaaten eingeleitet. Zur Vogelschutzrichtlinie sind erste schriftliche Mahnungen (Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens) an Dänemark, Estland, Griechenland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Großbritannien und Zypern, zur Habitatrichtlinie an Dänemark, Griechenland, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Zypern ergangen. Die Vergehen beinhalten mangelnde Rechtsumsetzung, illegale Jagdpraktiken, Fehlen von Ausgleichsmaßnahmen etc. Österreich erhielt eine letzte schriftliche Mahnung („mit Gründen versehene Stellungnahme“) wegen der unzureichenden Vorschläge für FFH-Gebiete. (tf) ■

• Weitere Informationen

European Environment Agency (EEA), Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen K
Tel. 0045 3336 7100
www.org.eea.europa.eu

Europäische Kommission
www.europa.eu/rapid (Reference: IP/06/907)

Große Koalition will keine Vorreiterrolle Deutschlands

...beim Urwaldschutz...

Die Koalition aus CDU/CSU und SPD in Deutschland hat sich Ende Juni gegen die Verabschiedung eines nationalen Urwaldschutzgesetzes entschieden. Nach Ansicht der Regierung sind unter der geltenden EU-Verordnung FLEGT (Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor) keine nationalen Alleingänge möglich. Nach Meinung von Umweltorganisationen wie dem WWF ist dies dagegen machbar und hätte zudem Vorbildfunktion für die anderen EU-Staaten. Das zunächst am vorzeitigen Ende von Rot-Grün gescheiterte Gesetz hätte den illegalen Handel mit Holz und Holzprodukten in den Herkunftsländern und in Deutschland unter Strafe gestellt. Hauptursachen für den rasanten Schwund der Wälder ist der illegale Handel mit Holz aus Amazonien, Zentralafrika, Südostasien und Russland. Nach WWF-Schätzungen gelangt jedes Jahr allein aus Indonesien illegales Holz für 150 Millionen Euro nach Deutschland.

...und beim Schutz von Wildvögeln

Auch ein Einfuhrverbot für Wildvögel und die Forderung nach einem EU-Einfuhrverbot wurde Ende Juni von der Bundesregierung abgelehnt. Die von vielen Umweltverbänden geforderten und von den Oppositionsparteien eingebrachten Vorschläge hätten das wegen der Vogelgrippe erlassene temporäre EU-Importverbot ablösen sollen, das am 31. Juli abläuft. Geschätzte 3,5 Millionen Wildvögel werden in Asien, Afrika und Lateinamerika jährlich für den EU-Heimtiermarkt gefangen. Mit 87 % der weltweit registrierten Vogelimporte ist die EU der mit Abstand größte Importeur. Nationale Importverbote existieren bereits in den EU-Ländern Schweden, Dänemark und Niederlande sowie in den USA, Australien, Kanada und Israel. (tf) ■

• Weitere Informationen

WWF, Nina Griebhammer, Frankfurt/M.
Tel. 069 / 79144-194, 214
eMail: griesshammer@wwf.de
www.wwf.de

Pro Wildlife, Daniela Freyer, München
Tel. 089 / 81299-508, Fax -706
eMail: mail@prowildlife.de
www.prowildlife.de

¹ Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie: Richtlinie 92/43/EWG vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen.

Newsticker

Öffentliche Konsultation: Schutz von Versuchstieren

Im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie 86/609/EWG zum Schutz der für Versuche und andere wissenschaftliche Zwecke verwendeten Tiere hat die EU-Kommission Mitte Juni eine neunwöchige Internet-Konsultation eingeleitet. Die Öffentlichkeit ist aufgefordert, Vorschläge über einen besseren Schutz von Versuchstieren einzureichen. Experten haben die Möglichkeit für ausführliche Stellungnahmen. Die Konsultation endet am 18.08.2006. Der neue Richtlinienvorschlag der Kommission ist für Anfang 2007 vorgesehen. (tf)

Unterlagen und Formulare:
www.ec.europa.eu/yourvoice/consultations/index_de.htm

Umweltministerrat beschließt Finanzierung von Natura 2000

Nach dem Abschluss der Verhandlungen um die finanziellen Vorausschau der EU für den Zeitraum 2007-2013 im April 2006 legte der Umweltministerrat im Juni einen gemeinsamen Standpunkt zum überarbeiteten Vorschlag der EU-Kommission zur Finanzierung von Natura 2000 vor. Innerhalb des neuen Instruments LIFE+ sind für diesen Zeitraum 2,1 Milliarden Euro vorgesehen. Davon sind 40 % für den Programmteil „Natur und biologische Vielfalt“ eingeplant. LIFE+ soll eine Vielzahl von Umweltprogrammen und -instrumenten zusammenfassen, z. B. das derzeitige LIFE-Programm, die Programme „Forest Focus“ und „Urban“ und das Finanzierungsprogramm der Generaldirektion Umwelt für Umweltverbände. LIFE+, das Maßnahmen in allen Bereichen des 6. EU-Umweltaktionsprogramms vorsieht, gliedert sich in drei Stränge: Natur und biologische Vielfalt, Umweltpolitik und Regulierung sowie Umweltinformation und -kommunikation. (tf)

Quelle: LIFEnews 06/06

UNEP und IUCN dringen auf schnellen Schutz der Tiefsee

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP hat gemeinsam mit der Weltnaturschutzunion (IUCN) einen schnellstmöglichen Schutz der Tiefsee gefordert. Im Rahmen eines UN-Gipfels über internationales Seerecht stellten die Umweltorganisationen Ende Juni die Studie „Ökosysteme und Biodiversität der Tiefsee und Ozeane“ vor, in der sie vor einem „Over-

kill der Ozeane“ warnten. Durch Überfischung, globale Erwärmung und Umweltverschmutzung würden die Weltmeere so belastet, dass nicht nur die Küstengewässer, sondern auch die Tiefsee und die offenen Ozeane geschützt werden müssten. Bisher seien diese Bereiche als Nicht-Hoheitsgewässer auch nicht geschützt, obwohl hier über 60 % der Meereslebewesen leben. (tf)

Quelle: Umweltschutz-News.de



„Wachstum und Mobilität“ statt Verkehrswende

Revision des Weißbuchs Verkehr gibt Umweltziele preis

Die EU-Kommission hat Ende Juni die überarbeitete Fassung ihres Weißbuchs Verkehr aus dem Jahr 2001 veröffentlicht. Unter dem Titel „Für ein mobiles Europa“ kommt darin die Ausrichtung der künftigen EU-Verkehrspolitik zum Ausdruck. Auch wenn als umweltfreundliche Maßnahmen die Einführung so genannter intelligenter Verkehrssysteme, ein Aktionsplan für die Güterverkehrslogistik sowie ein Grünbuch für den Stadtverkehr vorgesehen sind, verzichtet das revidierte Weißbuch auf zwei ökologische Schlüsselziele von 2001.

T&E: Neue Verkehrspolitik widerspricht Nachhaltigkeitsstrategie

Zum einen ist die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Verkehr nicht mehr vorgesehen. Stattdessen heißt es, Mobilität solle von ihren negativen Nebeneffekten abgekoppelt werden. Zuvor bezeichnete bereits Verkehrskommissar Jacques Barrot die Steigerung von Mobilität als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Dies widerspreche der neuen Nachhaltigkeitsstrategie der EU, die erst Mitte Juni angenommen wurde, kritisierte der Verkehrs- und Umweltverband T&E. Die Strategie empfiehlt, Wachstum und Verkehr zu entkoppeln, um die verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen zum Schutz von Gesundheit und Umwelt zu verringern.

Auch das Ziel, den Verkehr auf umweltfreundliche Verkehrsträger zu verlagern, kommt im revidierten Weißbuch nicht mehr vor. Eine Konzentration auf dieses Ziel, so heißt es, hätte negative Auswirkungen auf Mobilität und Wachstum. Verkehrskommissar Jacques Barrot sagte, das Ziel bleibe aber für den Fernverkehr bestehen. Die Marktanteile der Bahn zu erhöhen bedeute nicht, den Verkehr durch andere Träger zu reduzieren. (mbu) ■

• Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08
eMail: jos.dings@transportenvironment.org
www.transportenvironment.org

Biokraftstoffproduktion bleibt hinter EU-Zielen zurück

Gutachten prognostiziert Hälfte der bis 2010 geplanten Biospritmenge

Die Produktion von Biokraftstoffen in der EU wird die bis 2010 angestrebte Zielmenge, die 18 Millionen Tonnen Öleinheiten entspricht, nicht erreichen. Dem EU-Dienst EurObservER zufolge prognostiziert das jüngste Gutachten der Beobachtungsstelle für Erneuerbare Energien nur gut die Hälfte der Zielmenge - trotz eines anhaltenden Wachstums in der Branche. Zwischen 2004 und 2005 stieg die Produktion um fast 66 Prozent auf knapp 4 Millionen Tonnen, davon etwa 80 Prozent Biodiesel und 20 Prozent Bioethanol.

Zu den Hintergründen heißt es in dem Gutachten, die Mitgliedstaaten, die einen bedeutenden Teil ihrer Einnahmen aus Mineralölsteuern erzielen, neigten dazu, die zum Erreichen des Ziels nötigen Investitionen zu verzögern. Die EurObservER-Zahlen könnten nach oben korrigiert werden, wenn sich die Politik in den Ländern für mehr Biokraftstoffe einsetzte.

T&E: Bio-Kraftstoffe ersetzen Spritverbrauchs-Reduzierung nicht

Das umwelt- und verkehrspolitische Netzwerk T&E forderte in diesem Zusammenhang erneut, auch im Verkehr auf Effizienz zu setzen statt nur auf neue Kraftstoffe. Es sei besser, den Spritverbrauch zu reduzieren als Biokraftstoffe zu fördern. Sollte die EU dennoch an diesem Ziel festhalten, müsse sie wenigstens dafür sorgen, dass die Kraftstoffe umweltverträglich erzeugt werden. Bei Sprit aus Monokulturen sei das aber nicht der Fall. In der EU wurden 2005 rund drei Milliarden Liter Biokraftstoff erzeugt, der größte Teil davon war Biodiesel. (mbu) ■

• Weitere Informationen

European Federation for Transport and Environment (T&E), Jos Dings, 1 Rue de la Pépinière, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 50299-09, Fax -08
eMail: jos.dings@transportenvironment.org
www.transportenvironment.org

Gutachten:
www.energies-renouvelables.org/
observer/stat_baro/observ/
baro173b.pdf

Erschließungsarbeiten für Bahntunnel am Brenner

Alpen transit soll auf die Schiene verlagert werden

Im Juni ist der erste Spatenstich zur Erschließung des geplanten Brennerbahntunnels gemacht worden. Der Pilotstollen soll ermöglichen, detaillierte geologische Daten zu gewinnen, um Risiken und Kosten des Baus der beiden Hauptrohre des Tunnels zu verringern. Während der eigentlichen Bauarbeiten dient der Stollen zum Abtransport von Wasser und Gesteinsmaterial. Für den Bau des Pilotstollens bis 2009 sind 430 Millionen Euro veranschlagt, die Hälfte davon finanziert die EU.

Alpenunterquerung mit der Bahn kostet 4,5 Milliarden

Der so genannte Eisenbahnbasistunnel am Brenner gehört zu den vorrangigen Vorhaben des transeuropäischen Verkehrsnetzes, mit dem Ziel den Anteil des Schienenverkehrs zu vergrößern. Es handelt sich um einen Tunnel mit zwei Röhren von 56 km Länge zwischen Österreich und Italien. Die Gesamtkosten für den Bau, einschließlich Studien und Pilotstollen, werden mit 4,5 Milliarden Euro veranschlagt. Auf dieser Grundlage haben Österreich und Italien für den Zeitraum 2007-2013 einen europäischen Beitrag von 900 Millionen Euro beantragt. (mbu) ■

• Weitere Informationen

Europäische Kommission, Generaldirektion Energie und Verkehr, Abt. B2 - TEN-Politik und technologische Entwicklung, B-1049 Brüssel
eMail: tren-tent-extension@cec.eu
www.ec.europa.eu/ten/transport/
priority_projects_minisite/
index_de.htm

Brenner Basistunnel SE (BBT), Christiane Wallig, Projektinformation, Innsbruck
Tel. 0043 512 4030
eMail: christiane.wallig@bbt-se.com
www.bbt-ewiv.com

Richtlinie für Oberflächengewässer

EU-Kommission veröffentlicht Vorschlag

Mitte Juli hat die Europäische Kommission einen neuen Richtlinienvorschlag „über Umweltqualitätsnormen im Bereich der Wasserpolitik und zur Änderung der Richtlinie 2000/60/EG“ vorgelegt. Die vorgeschlagene Richtlinie setzt Grenzwerte für Konzentrationen von 41 Arten von Pestiziden, Schwermetallen und anderen gefährlichen chemischen Stoffen in Oberflächengewässern fest. Darunter sind 33 Stoffe, die EU-Ministerrat und Parlament als „prioritäre Stoffe“ eingeordnet haben, weil sie ein besonderes Risiko für Tiere und Pflanzen in der aquatischen Umwelt und für die menschliche Gesundheit darstellen und teilweise nicht abbaubar sind oder sich anlagern. Auch acht weitere Stoffe, die unter bestehende Rechtsvorschriften über gefährliche Stoffe in Gewässern fallen (geregelt in Richtlinie 76/464/EWG), wurden einbezogen. Zu den 41 Stoffen gehören Pestizide, Biozide (nicht landwirtschaftliche Pestizide) und Schwermetalle sowie andere Stoffgruppen wie bestimmte Flammschutzmittel.

Durchsetzung der Grenzwerte bis 2015, Verbot der Einleitung 2025

Die Einhaltung dieser Grenzwerte soll bis 2015 sichergestellt sein. Einleitungen und Emissionen gefährlicher prioritärer Stoffe in Gewässer sollen die Mitgliedstaaten bis 2025 einstellen. Zudem wirbt die Kommission damit, dass fünf ältere Richtlinien ersetzt werden und deren Aufhebung ermöglicht wird - dies wird als Beitrag für die Initiative der Kommission für eine bessere Rechtsetzung gesehen.

Richtlinie komplettiert EU-Wassergesetzgebung

Die vorgeschlagene Richtlinie für Oberflächengewässer stellt den „letzten wichtigen Rechtsakt im Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie“ dar, die dafür sorgen soll, dass die EU-Gewässer bis 2015 einen „guten Zustand“ erreicht haben. Um in Kraft treten zu können, muss der Vorschlag vom Europäischen Rat und vom Europäischen Parlament im Mitentscheidungsverfahren angenommen werden. Die vereinbarten Normen müssen von den Mitgliedstaaten in die von der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) für spätestens 2009 vorgeschriebenen Bewirt-

schaftungspläne für die Einzugsgebiete einbezogen werden beziehen.

EEB kritisiert unkonkrete Durchsetzung und Gesetzeslücken

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte zwar die lange erwarteten Qualitätsnormen für die 33 prioritären Substanzen, sieht aber die Gefahr, dass die Mitgliedstaaten ohne Durchführungsbestimmungen für Emissionskontrollen diese abschwächen werden, weil nicht klar sei, wie diese Normen erreicht werden sollen. Spezifische Unterstützungsmaßnahmen für die Mitgliedstaaten zur Erfüllung der Vorgaben der WRRL und enge Verbindungen zu anderen Gesetzen im Bereich der Pestizidreduktion und der industriellen Verschmutzungen seien vonnöten. Der EU-Kommission sei es nicht gelungen, Gesetzeslücken zwischen vorhandener und neu zu beschließender Rechtsprechung zu schließen.

Beispiele Nonylphenol-Verbindungen und Trifluralin

Das EEB führt als Beispiel die Emissionen von Nonylphenol-Verbindungen an, die östrogene Wirkung haben und unter der WRRL Schritt für Schritt verboten werden sollen. Allerdings gebe es für diesen Stoff in bestimmten Produkten wie Baumaterial noch gar keine EU-weit gültigen Regeln. In anderen Produkten sind sie wiederum bis zu einer Konzentration von 0,1 Prozent ausdrücklich erlaubt.

Ein anderes Beispiel ist das Herbizid Trifluralin, potenziell Krebs erregend und im Verdacht stehend, auf Drüsen und Hormone zu wirken (endokrin wirksamer Disruptor), persistent, bioakkumulativ, giftig und flüchtig. Trifluralin wird als prioritäre Substanz zurückgestuft, sollte aber nach Meinung des Pestizid-Aktions-Netzwerks (PAN) in der Kategorie der „gefährlichen prioritären Stoffe“ verbleiben und verboten werden. Zurzeit ist der Umgang damit nicht einheitlich geregelt: Einige Mitgliedstaaten haben den Stoff verboten, aber weder im neuen Vorschlag noch in den jüngsten Vorschlägen für eine Gesetzesregelung für Pestizide gibt es Vorschriften für Trifluralin. (jg) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Chemikalienexpertin Mecki Naschke, Brüssel
Tel. 0032 2 / 2891094

Richtlinienvorschlag (deutsch):
www.ec.europa.eu/environment/water/water-dangersub/pdf/com_2006_397_de.pdf

Mangelhafte Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Umweltorganisationen reichen Klage gegen 11 EU-Länder ein

Wegen Verletzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie haben das Europäische Umweltbüro (EEB) und der WWF im Namen von 17 weiteren Umweltschutzorganisationen Beschwerde bei der Europäischen Kommission eingereicht. Geklagt wird gegen Österreich, Belgien, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland, Ungarn, Irland, Polen, Schweden und die Niederlande.

Kosten nach Verschmutzer-Prinzip sollen festgelegt werden

Die EU-Wasserrahmenrichtlinie fordert die Mitgliedstaaten unter anderem auf, festzusetzen, welchen Teil der Kosten für ihre Wasserversorgung, inklusive Umweltschäden und Verlust an Ressourcen, die Wasserverbraucher zahlen müssen. Die Kosten werden nach dem „Wer-verschmutzt-zahlt“-Prinzip verteilt. Dieses Prinzip soll Anreize für die Reduzierung der Umweltverschmutzung geben und das Geld erwirtschaften, das zur Umsetzung der weiteren Bestimmungen der Richtlinie benötigt wird.

Einschätzung des öffentlichen Wasserverbrauchs in der Kritik

Kritisiert wird, dass die elf Mitgliedstaaten die Einbeziehung aller Verbraucher in die Finanzierung der öffentlichen Trinkwasserversorgung und der Entsorgung und Sammlung des benutzten Wassers verhindern haben. Infrastrukturmaßnahmen wie Staudämme, Stauwehre und Deiche, die der Wasserkraft, der Schifffahrt, der landwirtschaftlichen Bewässerung und Wasserentsorgung oder dem Hochwasserschutz dienen, seien vielfach ausgeschlossen. Dies führe dazu, dass viele Infrastrukturmaßnahmen, die bereits als hauptsächliches Umweltproblem identifiziert sind, keiner transparenten wirtschaftlichen Bewertung unterliegen. „Die meisten Behörden schließen diejenigen Wasseraktivitäten, die den größten Wasserverbrauch verursachen und oft stark subventioniert sind, von der Definition als ‚Wasserverbraucher‘ und damit von der Zahlung ökonomischer und ökologischer Kosten aus“, kritisierte Stefan Scheuer vom EEB.

Höhere Abgabenlast für Bevölkerung erwartet

Weil die Industrie damit weniger beitrage, würden die Kosten auf die Steuerzahler/innen umgelegt. Dadurch werde die Bevölkerung mit höheren Abgaben belastet, nur um die von der Industrie verursachten Schäden zu bezahlen, so die Umweltverbände. (ez) ■

• Weitere Informationen

Europäisches Umweltbüro, Wasserexperte Stefan Scheuer, 34 Boulevard de Waterloo, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 289-1304, Fax -1099
eMail: stefan.scheuer@eeb.org
www.eeb.org

WWF Europabüro, Sergey Moroz, Politikreferent Wasser, Brüssel
Tel. 0032 2 / 7400923
eMail: smoroz@wwfepo.org
www.panda.org/about_wwf/where_we_work/europe/index.cfm?uNewsID=76340

Ungeregelte Entwicklung in Europas Küstenregionen

EEA-Studie zum Umweltzustand listet zahlreiche Defizite auf

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat eine neue Studie über den Umweltzustand der europäischen Küstenregionen veröffentlicht. Die EEA betont in der Studie „The changing faces of Europe’s coastal areas“ ausdrücklich den Bedarf an einem stärker integrierten, langfristigen Ansatz.

Es werden Fakten und Zahlen u. a. in den Bereichen Bevölkerung, regionale Fischereiaktivitäten, Uferbebauung, Land- und Forstwirtschaft, Küstengewässer gebündelt. Außerdem werden die EU-Politik in diesem Sektor untersucht und die Fortschritte und Herausforderungen des Konzepts eines Integrierten Küstenzonenmanagements beleuchtet.

Kein umweltverträglicher Tourismus, zu wenig Schutzgebiete

Demnach sind zwischen 1990 und 2000 eine große Menge an Habitaten verloren gegangen. Schilfökosysteme gelten als stark gefährdet. Die schlechte Wasserqualität in Küstennähe vertreibt Arten zur Nachwuchspflege in tiefere Gewässer. Die Bevölkerung ist schneller gewachsen als im Landesinneren, ebenso die Infrastruktur, sodass die Fragmentierung der Küstenregionen schnell voranschreitet. Laut der EEA-Untersuchung fehlen Formen des sanften Tourismus, harmonisierte Regeln für immer intensivere Nutzung der Meere, ausreichende Daten zu den Folgen von Aquakulturen und eine schnelle Umsetzung eines Meer- und Land verknüpfenden Schutzgebietnetzwerkes (Natura 2000) einschließlich der Schaffung „blauer Korridore“. (jg) ■

• Weitere Informationen

Europäische Umweltagentur (EEA), Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen
Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199
www.eea.europa.eu

Studie (engl., PDF, 8 MB):
http://reports.eea.europa.eu/eea_report_2006_6/en/eea_report_6_2006.pdf

Gastbeitrag Europäischer Fischereifonds „vergisst“ Umweltverbände

von Markus Knigge, WWF

Minister legen Eckpunkte für neue Finanzierungsperiode 2007-2013 fest

Nach zwei gescheiterten Verhandlungen über zukünftige Fischereisubventionen haben sich die EU-Landwirtschaftsminister am 19. Juni auf die inhaltliche Ausgestaltung des Europäischen Fischereifonds (EFF) geeinigt, der ab 2007 das bisherige Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP) ablösen wird. Bis 2013 unterstützt der EFF die Fischereiwirtschaft mit insgesamt 3,8 Milliarden Euro, mit denen die Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik umgesetzt werden sollen.

Umstrittene Modernisierungshilfen für Fischereiboote

Vor dem Hintergrund bestehender Überkapazitäten in der Fischereiflotte und der Tatsache, dass mehr als 80 % der europäischen Fischbestände überfischt sind, polarisierte kaum eine Frage die Fischereifonds-Verhandlungen so sehr wie das Ringen um die Finanzierung von Modernisierungsmaßnahmen an Fischereiboote. Im Jahr 2002, also vor gerade einmal dreieinhalb Jahren, war die öffentliche Förderung der Modernisierung von Booten im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) im Wesentlichen abgeschafft worden, da diese in der Vergangenheit zu den Überkapazitäten der europäischen Fischereiflotte beigetragen hatten. Doch die politischen Rahmenbedingungen haben sich seitdem geändert: Die so genannten „Freunde der Fischerei“, die sich traditionell aus dem Kreis der Mittelmeerländer zusammensetzen und den Ausbau der Flotten sowie bessere Fangmöglichkeiten fordern, wurden bei den diesjährigen Verhandlungen durch die neuen Mitgliedstaaten, insbesondere die Ostseeanlieger Polen, Litauen, Lettland und Estland, unterstützt.

Aber auch die Prioritäten der EU-Kommission spiegeln eine veränderte politische Lage wider. Die Kommission hatte bereits im März dieses Jahres angesichts der hohen Ölpreise vorübergehende staatliche Hilfen für die Erneuerung von Motoren genehmigt und so signalisiert, dass sie Modernisierungsmaßnahmen unter Umständen für förderungswürdig erachtet. Diese Regelungen wurden dann auch

prompt in den Fischereifonds übernommen, sodass über die nächsten sieben Jahre auch Gelder aus Brüssel in die Modernisierung der Flotte fließen können. Trotz der Bedingung, dass neue Motoren keine höhere Leistung als die alten Antriebe aufweisen dürfen, ist eine Vergrößerung der Fischereikapazitäten zu erwarten. Denn bei der Kontrolle und Durchsetzung von Leistungsbegrenzungen von Fischereimotoren gibt es gravierende Probleme, was auch die EU-Kommission einräumt.

Doch nicht nur die Beihilfen für neue Motoren deuten auf einen Richtungswechsel entgegen der vereinbarten Ziele der gerade erst reformierten GFP hin: Ab 2007 können Fischereikapazitäten, die mit öffentlichen Geldern abgebaut wurden, zum Teil wieder in die Flotte zurückgeführt werden. Ebenso werden Fischer unter 40 Jahren, die ihr erstes Boot erwerben, mit bis zu 50.000 Euro unterstützt - was letztlich nur die Boote verteuern dürfte, aber jungen Fischern angesichts der überfischten Bestände keine wirtschaftliche Perspektive bietet. Im Gegenteil: Alles spricht dafür, dass der Teufelskreis von überbeanspruchten Ressourcen und subventionierten Überkapazitäten unter dem Deckmantel der Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung von Arbeitsplätzen wieder an Geschwindigkeit gewinnt.

Positive Aspekte des Fischereifonds

Neben den negativen Aspekten beinhaltet der EFF jedoch auch innovative, umweltfreundliche Instrumente, die zu einer nachhaltigen Entwicklung des Fischereisektors und der Meeresumwelt beitragen können. Wie schon in der vorangegangenen Finanzperiode können „Maßnahmen von allgemeinem Interesse“, wie die langfristige Erhaltung der natürlichen Ressourcen oder begleitende Umweltschutz-Vorhaben, gefördert werden. Hierzu gehören auch Projekte, die die Umsetzung von Wiederauffüllungsplänen für Fischbestände flankieren oder die Anwendung selektiverer Fangmethoden fördern. Neu ist die explizite Förderungsmöglichkeit von Projekten, die der Nachhaltigen Entwicklung dienen. So bietet der EFF die Möglichkeit, lokale Strategien und Maßnahmen für eine wirtschaftliche Entwicklung in den Fischereigebieten, wie z. B. den Öko-Tourismus, finanziell zu unterstützen.

Möglichkeiten für Mitgliedstaaten und Umweltgruppen

Da keine der im EFF enthaltenen Maßnahmen verpflichtend ist, liegt es nun an den Mitgliedstaaten, wie sie die Beihilfen einsetzen. Grundlage hierfür sind die anzufertigenden nationalen Strategiepläne und operationalen Programme, in denen Schwerpunkte, Ziele, Umsetzung und Finanzierungspläne der Mitgliedstaaten festgehalten werden. Um die nachhaltige Nutzung der Gelder zu gewährleisten, sollen bei der Erarbeitung und Umsetzung der Pläne und Programme Interessengruppen berücksichtigt und angemessen involviert werden. Erstaunlich ist, dass der Fischereifonds Umweltgruppen nicht explizit als Interessengruppen nennt. Insofern besteht die Gefahr, dass Umweltbelange bei der Erstellung der Pläne, aber auch bei deren Umsetzung und Bewertung, nicht ausreichend berücksichtigt werden.

► Umso wichtiger ist es, dass Umwelt- und Naturschutzorganisationen sich aktiv um eine adäquate Beteiligung bei der Erstellung der Pläne und Programme bemühen. Ein erster Schritt hierfür wäre, das zuständige Ministerium - in Deutschland das BMELV - nach dem Stand der Strategiepläne und der operationalen Programme sowie den vorgesehenen Konsultationsprozessen zu befragen. Letztendlich können auch Umweltgruppen von den Geldern des Fischereifonds profitieren. „Organisationen, die im allgemeinen Interesse des Sektors tätig werden“, sind förderungsfähig und können Projektanträge einreichen. Dies ist natürlich wünschenswert: So unterstützen Naturschutz-Projekte nicht nur eine Nachhaltige Entwicklung der Fischereiwirtschaft; jeder Euro, der in den Naturschutz fließt, kann nicht zum Ausbau der bestehenden Überkapazitäten benutzt werden. ■

• Weitere Informationen

WWF Europabüro, Markus Knigge, Experte für Subventionen im Fischereisektor, Brüssel
Tel. 0032 2 / 743 8800
eMail: mknigge@wwfepo.org
www.panda.org/epo

Hintergrundinformationen
„Fisheries Subsidies - Will the EU turn its back on the 2002 Reforms?“
http://assets.panda.org/downloads/eu_fisheries_subsidies_2006.pdf

Newsticker

EU-Kommission verklagt Griechenland wegen fehlender Abwasserbehandlung

Weil Griechenland es versäumt hat, in insgesamt 24 Gemeinden für eine ordnungsgemäße Abwasserbehandlung zu sorgen, hat die EU-Kommission Klage vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht. Gemeinden mit mehr als 15.000 Einwohner/innen müssen gemäß der EU-Richtlinie zur Behandlung von Abwässern über eine Kanalisation und über Systeme verfügen, durch die das Abwasser vor der Einleitung in das Meer oder die Binnengewässer einer Zweitbehandlung (zum Beispiel einer biologischen Behandlung) mit Entzug von Schadstoffen unterzogen wird. Die Ausstattung der Gemeinden mit diesen Infrastruktureinrichtungen hätte bis zum 31. Dezember 2000 erfolgen sollen. Obwohl Griechenland zur Verbesserung seiner Umwelteinfrastuktur EU-Fördermittel aus Struktur- und Kohäsionsfonds erhalten hat, wurde in den betroffenen Gemeinden noch nicht mit dem Genehmigungsverfahren begonnen. (ez)
Quelle: www.europa.eu/rapid (Reference IP/06/878)

Irland soll Wildlachs besser schützen

Die Europäische Kommission hat Irland aufgefordert, in der Wildlachserei die EU-Habitat-Richtlinie einzuhalten. Diese schützt u. a. den atlantischen Wildlachs sowie seine Laichgewässer. Gegenwärtig gestatte Irland im Meer die Verwendung von Treibnetzen, mit denen große Mengen von Lachsen gefangen werden, die sich auf der Wanderung zu bestimmten Laichflüssen mit nur geringer Lachspopulation befinden. Gemäß der Richtlinie muss vor der jährlichen Genehmigung eine wissenschaftliche Beurteilung erfolgen. Der Fang darf nur genehmigt werden, wenn die Beurteilung ergibt, dass es keine negativen Auswirkungen geben wird bzw. dass die Voraussetzungen für eine Ausnahmegenehmigung erfüllt sind. Obwohl die Beurteilung für 2006 negative Auswirkungen gezeigt hatte, haben die irischen Behörden laut EU-Kommission den Fang mit Treibnetzen genehmigt. Auch in anderen Fällen habe Irland gegen EU-Naturschutzrecht verstoßen. Die Kommission schickte daher letzte schriftliche Mahnungen nach Dublin. (jg)
Quelle: EU-Kommission, www.europa.eu/rapid (Reference IP/06/906 und IP/06/907)

WWF: Deutsches Hafenkonzert muss EU-Schutzstandards beachten

Nach der Veröffentlichung eines Gutachtens zu Häfen an der Nordseeküste durch das deutsche Umweltministerium („Nachhaltigkeitsaspekte der nationalen Seehafenkonzertion“) haben Umweltverbände Kritik geäußert. Drei Standorte an der Nordseeküste sollen für die weltweit größten Containerschiffe ausgebaut werden: Niedersachsen und Bremen wollen in Wilhelmshaven einen neuen Tiefwasserhafen installieren, Hamburg will für seinen Hafen die Elbe vertiefen und Bremen plant eine weitere Vertiefung der Weser und baut die Containerterminals in Bremerhaven aus. Die Aktionskonferenz Nordsee und die BI Rettet die Elbe sehen nach den in der Studie veröffentlichten Trends für die zukünftigen Containerschiffgrößen allerdings keine Erforderlichkeit für weitere Flussvertiefungen. Der WWF monierte außerdem, dass die Studie alle wichtigen Umweltfragen ausklammere. Bereits jetzt seien die ökologischen Folgen für den Nationalpark Wattenmeer größer als erwartet. Ein Hafenkonzert müsse die EU-Schutzstandards wie „Natura 2000“ und die Wasserrahmenrichtlinie berücksichtigen. Der DNR und der WWF forderten, alle Ausbaupläne so lange auf Eis zu legen, bis ein nationales Konzept vorliege, um die „sinnlose Ausbauspirale“ zu stoppen. (jg)
● WWF, Ralph Kampwirth, Hamburg, Tel. 0162-2914473, kampwirth@wwf.de

Kennzeichnungspflicht für Kaviar soll Störe vor Ausrottung schützen

Seit dem 9. Juli muss in der EU jede neu produzierte Kaviardose mit einem Siegel gekennzeichnet werden, das Aufschluss über Herkunft und Legalität der Stör-Eier gibt. So soll dem internationalen illegalen Kaviar-Handel, der die Störe beinahe ausgerottet hat, ein Riegel vorgeschoben werden, meldete der WWF, der das Label „überfällig“ nannte. Europa sei der weltgrößte Markt für Kaviar, innerhalb Europas wiederum stehe Deutschland an der Spitze. Zugleich sei das Land einer der größten europäischen Umschlagplätze für illegalen Kaviar. Frankfurt am Main und Hamburg gelten als Hochburgen. Allein zwischen 2000 und 2005 wurden mehr als zwei Tonnen illegal eingeführter Kaviar im Wert von 4,4 Millionen Euro aus dem Verkehr gezogen - nach WWF-Schätzungen ein Bruchteil des illegalen Handels, dessen Umfang weltweit auf mehrere hundert Millionen US-Dollar jährlich geschätzt wird. Anhand eines Siegels mit Zif-

ferncode sollen nun Herkunftsort und -betrieb, Packdatum, Störart und Gültigkeit der Exporterlaubnis ablesbar sein. Seit 1998 sind alle 27 Störarten ins Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES) aufgenommen worden. (jg)
Quelle: www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/03128

■

Veröffentlichungen

Greenpeace-Magazin: Lage der Türkei

Das aktuelle Greenpeace-Magazin beschäftigt sich mit der ökologischen, sozialen und politischen Lage in der Türkei. Neben Tourismus- und Naturschutzthemen gibt es auch einen EU-Check, Berichte über Bio-Landwirtschaft, Menschenrechte, Schifffahrt, den Ilisu-Staudamm und die Umweltsituation des Schwarzen Meeres. (jg)

Greenpeace Magazin 4/06, 102 S., 4,90 Euro; Bezug: Tel. 040 / 808128080 oder Zeitschriftenhandel; Inhalt und einige Texte: www.greenpeace-magazin.de

Langzeitversuche im ökologischen Landbau

Der erste Band der neuen Reihe ISOFAR Scientific Series beschreibt 12 Langzeitversuche zu Methoden des Ökolandbaus aus Deutschland, den USA, Italien, Dänemark, der Schweiz, Österreich und Israel. U. a. geht es um die Frage, wie sich Fruchtwechsel und organische Dünger auf die Beschaffenheit des Bodens und damit auf die Ernte auswirken. Zu jedem Versuch gab es ein eigenes Konzept und eine spezielle wissenschaftliche Herangehensweise. Begründet wurde die Reihe von der International Society of Organic Agriculture Research (ISOFAR). (mbu)

Joachim Raupp, Carola Pekrun, Meike Oltmanns, Ulrich Köpke (Hg.): Langzeitversuche im Ökologischen Landbau, ISOFAR Scientific Series Nr. 1, Verlag Dr. Köster, Berlin 2006, 204 S., 25,- Euro, ISBN: 3-89574-590-1

EEA-Bericht zur Umweltintegration im Energiesektor

Ein Ziel der EU ist die Integration von Umweltbelangen in andere Politikbereiche. Inwieweit dies im Energiesektor gelingt, wurde in einer Ende Juni veröffentlichten Studie der Europäischen Umweltagentur (EEA) für den Zeitraum 1990 bis 2003 untersucht. Die Studie kann bei der EEA bestellt oder heruntergeladen werden. (tf)

EEA Report No 8/2006, Hrsg./Bezug: European Environment Agency, Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen K, Tel. 0045 / 333671-00, Fax -99, eMail: teresa.ruch.olsen@eea.eu.int
Download: http://reports.eea.europa.eu/eea_report_2006_8/en

Datenbank: Ökologische Risikoforschung in der Gentechnik

Das Wiener Büro für Ökologische Risikoforschung eco-risk hat in einer Datenbank Texte und Dokumente zum gleichnamigen Thema gesammelt. Der Schwerpunkt liegt auf den Risiken der Gentechnik. eco-risk-Leiter Werner Müller befasst sich vor allem mit der Identifikation von Schwachstellen in der bisherigen Form der Risikoabschätzung von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) und mit der Weiterentwicklung des Risikodiskurses. Außerdem führt er Literaturrecherchen durch. Die Studien, Präsentationen und Artikel der Datenbank gibt es auf deutsch und englisch. (mbu)

www.eco-risk.at/de/stage1/data.php

Abkürzungen in der EU

INDU, OSHA, FEMM? Wer bei der EU-Arbeit eine Abkürzung nicht zuordnen kann, wird auf der Seite der Informationsplattform „Europa digital“ fündig. Hier gibt es eine Liste von ADMIN bis WWU. (jg)

www.europa-digital.de/service/abc/abc.shtml

Newsletter zu Natura 2000

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege e.V. (DVL) gibt einen Newsletter zu allen Themen rund um das europäische Schutzgebietsnetzwerk „Natura 2000“ heraus. (jg)

Bezug: DVL, Feuchtwanger Str. 38, 91522 Ansbach, Tel. 0981 / 4653-3541
eMail: unseld@lpv.de
www.natura2000-dvl.de



Ausschreibungen

Studien zu Landwirtschaft und Klimawandel

Die Europäische Kommission hat eine Ausschreibung für eine Studie zur Anpassung an den Klimawandel im landwirtschaftlichen Sektor veröffentlicht. Die Studie soll sich mit Anpassungsstrategien für den landwirtschaftlichen Sektor beschäftigen, die diesem eine höhere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel verleihen können. Frist für die Einreichung der Angebotsunterlagen ist der 10.8. (tf)

EU-Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft, Direktion G - Wirtschaftsanalysen; Bewertung der Maßnahmen für die Landwirtschaft, Studien z. Hd. Martin Scheele, rue de la Loi 130, R. L130 8/29, B-1049 Brüssel, Tel. 0032 2 / 236-3970, Fax -4267

Vollständiger Text der Ausschreibung: <http://ted.europa.eu/udl?REQUEST=Seek-Deliver&LANGUAGE=de&DOCID=123914-2006>

Preis für Pionier-Kooperationen für nachhaltige Entwicklung

Die Weltnaturschutzunion IUCN, das Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP und das UN-Entwicklungsprogramm UNDP schreiben alle zwei Jahre einen Preis für „wahre Unternehmer/innen“ in Sachen Umwelt und Entwicklung aus. Der „SEED Award“ (Supporting Entrepreneurs for Environment and Development) richtet sich an Partnerschaften aus mindestens drei Interessengruppen, die die drei Säulen Nachhaltiger Entwicklung in ihrem Projekt verbinden. Das Projekt sollte beim Erreichen der Millennium-Development-Ziele bzw. des Johannesburg-Aktionsplans helfen und von lokalen Akteuren getragen sein. (jg)

SEED Initiative, c/o The World Conservation Union (IUCN), 28 Rue de Mauverney, CH-1196 Gland, Tel. 004122-9990000, Fax -9990002, eMail: info@seedinit.org
Ausschreibungsunterlagen: www.seedinit.org



Sonderhefte zum EU-Rundschreiben

Mit jeder EUR-Ausgabe erscheint in der Regel ein thematisches EUR-Sonderheft. Alle Sonderhefte können im Internet heruntergeladen werden (PDF-Download, ca. 200-500 kB):
www.dnr.de/eur („Bisherige Ausgaben“)

oder

www.eu-koordination.de („Publikationen“)

Titel/Thema	Ausgabe
EU-Fonds: Geld aus Brüssel für den Umweltschutz (in Vorbereitung)	10.06
Rat und Tat in Brüssel: Alles über den Rat der Europäischen Union	08/09.06
Umweltschutz in den Beitrittsländern Bulgarien, Rumänien und Kroatien	07.06
Wohin geht die Reise? Tourismus auf dem Prüfstand	06.06
Europa nachhaltig entwickeln: Zum Stand der EU-Nachhaltigkeitsstrategie	05.06
Gefahr Grüne Gentechnik: Das Märchen von der Koexistenz	04.06
Wer schützt den Wald? Waldpolitik in Deutschland, in der EU und weltweit	02/03.06
EU-Dienstleistungsrichtlinie bedroht Daseinsvorsorge und Umweltrecht	01.06
Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?	Extra
Abschalten, umschalten, einsparen: Wohin steuert die Energiepolitik?	12.05
Marktwirtschaftliche Instrumente: Ökosteuern und Emissionshandel	11.05
Europa weiterdenken: Verfassungsdebatte als Chance nutzen!	10.05
Ihre Rechte in der EU-Umweltgesetzgebung: Ein Wegweiser	08/09.05
Für eine starke EU- Chemikalienpolitik ... alles über REACH	06/07.05
Die europäischen Umweltverbände: Ein Nachschlagewerk	05.05
Biodiversität, Zugang zu genetischen Ressourcen und Vorteilsausgleich	03/04.05
Sieben thematische Strategien für eine bessere Umweltpolitik	02.05
Die neue Europäische Kommission: Barroso Team tritt an	01.05
Biodiversität auf der politischen Agenda: Ist die Vielfalt noch zu retten?	11/12.04
Europas Meere: Geschützte Vielfalt oder Müllkippe und Selbstbedienung?	09/10.04
Die Århus-Konvention: Mehr Rechte für Umweltverbände	08.04
Nachhaltigkeitsstrategien: Ökologisch, sozial und wettbewerbsfähig?	07.04
Das Transeuropäische Verkehrsnetz: Ist der Zug abgefahren?	06.04
Welche Energien brauchen wir?	05.04
Wasser: Globale Ressource - schützenswertes Gut	04.04
Umweltpolitik und Parteien in den neuen Mitgliedstaaten	02/03.04
Europäische Verfassung gescheitert?	01.04
Natura 2000: Vision und Umsetzung des europäischen Naturschutzes	12.03
Umweltverbände zur Europawahl 2004	11.03
Grüne Gentechnik: Verunreinigtes Saatgut, Verbraucherschutz, Aktionen	10.03
Die Regierungskonferenz zur EU-Verfassung	09.03
Die 5. WTO-Ministerkonferenz in Cancún	08.03
Europäische Chemikalienpolitik	07.03
Weltweite Regeln für globale Unternehmen	06.03
Europäische Umweltministerkonferenz Kiew 2003	04/05.03
Der Stand der EU-Erweiterung	03.03

Termine

Umwelt-Veranstaltungstermine von EU-weitem und internationalem Interesse bitte an juliane.gruening@dnr.de mailen.

Diese Termine im Internet:
www.dnr.de/termine
(aktueller und oft auch ausführlicher)

Weitere Termine im Internet:
www.dnr.de/terminlinks
(siehe dort vor allem: BMU, UBA, EU)

13.-19.8., Hamburg

24. Internationaler Ornithologen-Kongress (IOS)

Vogelwarte Helgoland, Wilhelmshaven
Tel. 04421 / 9689-0, Fax -55
eMail: ifv@ifv.terramare.de
www.i-o-c.org

20.-26.8., Wien

ISME 11: Mikrobielle Ökologie

Symposium; Int. Gesellschaft für mikrobielle Ökologie (ISME), Kongressbüro
Tel. 04122-9080488, Fax -7322850
isme@kenes.com
www.kenes.com/isme

4.-6.9., Bologna, Italien

Gewässerverschmutzung:

Modellierung, Kontrolle, Management
Konferenz; Wessex Institute of Technology, Charlotte Bartlett
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853
cbartlett@wessex.ac.uk
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/water06

6.-8.9., Bologna, Italien

Nachhaltiger Tourismus 2006

Konferenz; Wessex Institute of Technology, Rachel Green
Tel. 0044 238 029-3223, Fax -2853
rgreen@wessex.ac.uk
www.wessex.ac.uk/conferences/2006/tourism06

11.-14.9., Karlovy Vary

HydroEco 2006 - Grundwasser und Ökologie

Kongress; ITC, Frau Radka Budská, Prag
Tel. 004220 222580079
hydroeco2006@itctravel.cz
http://web.natur.cuni.cz/hydroeco2006

12.-14.9., Brüssel

Europäische Erneuerbare-Energien-Politik

Konferenz; Europäischer Rat für Erneuerbare Energien (EREC)
Tel. 0032 / 254619-33, Fax -34
conference@erec-renewables.org
www.erec-renewables.org

18.-20.9., Gdansk, Polen

Innovationen und Initiativen an der Küste

Konferenz; Technische Universität Gdansk
Tel. 0048 58 / 34-72455, Fax -86024
littoral@zie.pg.gda.pl
www.littoral2006.gda.pl

19.-21.9., Paris

Biodiversität in der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit

IUCN - The World Conservation Union
Tel. 0032 2 / 732-8299, Fax -9499
conf2006@iucn.org
www.iucn.org/places/europe/rofe/rofe_at_work/conference2006.htm

20.-22.9., Barcelona

EcoProcura 2006: Praktische Lösungen für nachhaltige Beschaffung

Konferenz; ICLEI, Freiburg/Br.
Tel. 0761 / 36892-20, Fax -29
ecoprocura2006@iclei-europe.org
www.iclei.org/itc/ecoprocura2006

20.-24.9., Bogotá, Kolumbien

Zu autofreien Städten VI

Konferenz; Fundacion Ciudad Humana
Tel. 00420 / 274810849
carfree@ciudadhumana.org
www.worldcarfree.net/conference

26.-28.9., Bochum

3. Internationales Symposium zu integriertem Wasserressourcen-Management

International Association of Hydrological Sciences (IAHS), Jena
Tel. 03641 / 35332-21, Fax -71
water@conventus.de
www.conventus.de/water

28/29.9., Innsbruck, Österreich

Die Wasserbilanz der Alpen

Österreichischer Alpenverein, Plattform Alpiner Raum
Tel. 00512 / 5076198
alpiner.raum@uibk.ac.at
www.uibk.ac.at/alpinerraum/meetings/water_2006

10.-13.10., Český Krumlov, Tschechien

12. Magdeburger Gewässerschutzseminar (WRRL)

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt der Tschechischen Republik
Tel. 00420221 / 401455
Fax 00420257 / 327560
mgs@pvl.cz
www.mgs.vltava.info

15.-20.10., Venedig, Italien

Veränderungen in Mündungen und Lagunen messen und managen

Internationale Konferenz; Universität Venedig
Tel. 0039 41-2347739, Fax -5281494
ecsa2006@unive.it
http://venus.unive.it/ecsa2006

18./19.10., Berlin

Energieeffizienz und Biodiversität

Int. Konferenz; DNR, EU-Koordination
Tel. 030 / 443391-85, Fax -80
bjela.vossen@dnr.de
www.eu-koordination.de

22.-24.10., Ottawa, Kanada

7. Welt-Ökosteuer-Konferenz

Universität Ottawa
Tel. 0613 / 5625700
envconf@uottawa.ca
www.environmental-tax-conference.uottawa.ca

25.-27.10., Freiburg/Br.

ForestXchange - Neue Ansätze im Wissensmanagement

FVA - Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg
Tel. 0761 / 4018-190, Fax -333
registration@forestxchange.org
www.forestxchange.org
(ez) ■

EU-Sitzungstermine

**Finnische Ratspräsidentschaft
2. Halbjahr 2006 (1.7.-31.12.)**

Ministerrats-Sitzungen (Auswahl)

September

18./19. Landwirtschaft/Fischerei
25./26. Außenminister
25./26. Wettbewerb

Oktober

5./6.* Inneres/Justiz
10.* Wirtschaft/Finanzen
16./17.* Außenminister
23./24.* Umwelt
30./31.* Landwirtschaft/Fischerei

November

7. Wirtschaft/Finanzen
13./14. Außenminister
13./14. Erziehung/Jugend/Kultur
20./21. Landwirtschaft/Fischerei
21. Wirtschaft/Finanzen
23. Verkehr/Telekommunikation/Energie
27./28. Gesundheit
Beschäftigung/Soziales
28. Wirtschaft/Finanzen

Dezember

4./5. Verkehr/Telekommunikation/Energie
11./12. Außenminister
11./12. Wettbewerb
18. Umwelt
19.-21. Landwirtschaft/Fischerei

* in Luxemburg (sonst in Brüssel)

Plenarwochen/Plenartermine des Europäischen Parlaments

4.-7.9., 25.-28.9.,
11./12.10.*, 23.-26.10.,
13.-16.11., 29./30.11.*,
11.-14.12.

* in Brüssel (sonst in Straßburg)
(mr, mb) ■

DNR-Service

Hintergrundinformationen zu den Tagesordnungen der EU-Ministerräte

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir Sie per eMail über umweltrelevante Themen auf den Tagesordnungen der verschiedenen EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an:
Christina Drees, DNR Berlin
Tel. 030 / 443391-38
eMail: christina.drees@dnr.de

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung!

• Weitere Informationen

www.europa-digital.de/aktuell/kalender

Wochenkalender („Diese Woche in Brüssel“):
www.europa-digital.de/aktuell/wochenschau

Finnische Ratspräsidentschaft:
www.eu2006.fi
Kalender:
www.eu2006.fi/calendar/en_GB/calendar

Deutsche Ratspräsidentschaft
(1. Halbjahr 2007):
www.eu2006.de
www.eu-praesidentschaft.de

Hintergrund-Informationen zu den umweltrelevanten Ministerrats-Sitzungen:
DNR, EU-Koordination, Christina Drees,
Prenzlauer Allee 230, 10405 Berlin
Tel. 030 / 443391-38
eMail: christina.drees@dnr.de
www.eu-koordination.de

Tagesordnungen und weitere Informationen zu den Plenarsitzungen des Europäischen Parlaments:
www.euoparl.europa.eu/activities/expert/agenda.do?language=DE

Umweltausschuss-Sitzungen

Sitzungen des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments

September

13.9. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
14.9. 9-12.30 Uhr

Oktober

3.10. 15-18.30 Uhr
4.10. 9-12.30 Uhr, 15-18.30 Uhr
10.10. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr

November

20.11. 15-18.30 Uhr
21.11. 9-12.30 und 15-18.30 Uhr
27.11. 15-18.30 Uhr
28.11. 9-12.30 Uhr

Dezember

20.12. 15-18.30 Uhr*
21.12. 9-12.30 Uhr*

* vorbehaltlicher Termin

Alle Sitzungen finden in Brüssel statt.
(mb) ■

• Weitere Informationen

Quelle:
www.euoparl.europa.eu/comparl/envi/pdf/misc/envi_meeting_dates_2006.pdf

Weiterführende Informationen

Verweise auf frühere Ausgaben

In einigen Artikeln wird auf vorausgegangene Ausgaben verwiesen. Beispiel: EUR 06.03 als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2003.

EU-Rundschreiben-Archiv im Internet und weitere DNR-Angebote

Siehe Innen-Umschlagseite hinten.

Kostenlose Beantwortung von Fragen zur EU

Europe Direct, der kostenlose Informationsdienst der Europäischen Kommission, beantwortet Fragen zu EU-Themen schnell und kompetent in deutscher Sprache. Tel. 00800 / 6 7 8 9 10 11
eMail-Formular:
<http://europedirect-cc.cec.eu.int/websubmit/?lang=de>

Dokumente der EU-Institutionen

Vorschläge der Europäischen Kommission für Richtlinien (RL) oder Verordnungen (VO) erscheinen unter Angabe des Jahres und einer laufenden Nummer als KOM-Dokumente.

Beispiel: KOM(93)680 ist der Kommissionsvorschlag für eine Richtlinie zur ökologischen Wasserqualität, veröffentlicht als Vorschlag 680 des Jahres 1993. Verabschiedete Richtlinien oder Verordnungen tragen eine laufende Nummer. Beispiel: EWG/85/337 ist die Richtlinie zur Umweltverträglichkeitsprüfung, die als Nr. 337 im Jahre 1985 veröffentlicht wurde.

Wo bekommt man ein EU-Dokument?

Internet: http://eur-lex.europa.eu/RECH_naturel.do?lexlang=de

Gegen Entgelt: Bundesanzeiger Verlag, PF 10 05 34, 50445 Köln
Tel. 0221 / 97668-0, Fax -278
eMail: vertrieb@bundesanzeiger.de

Weitere Informationsquellen

Die wichtigsten Adressen sind unter jedem Beitrag angegeben. Darüber hinaus kann es sich lohnen, direkt bei der EU-Kommission, bei der Europäischen Umweltagentur (EEA), beim Europäischen Umweltbüro (EEB), bei Abgeordneten des Europäischen Parlaments oder bei verschiedenen Informationsdiensten und Redaktionen nachzuerforschen (siehe nebenstehende Spalte sowie die anderen Service-Seiten in diesem Heft).

EU-Institutionen, Adressen

Internetadresse aller EU-Institutionen

www.europa.eu (vieles auch deutsch)
EU-ABC:
www.europa.eu/abc/index_de.htm

Einführung EU-Umweltpolitik

www.hiltrud-breyer.de/themen/umweltschutz.html

Europäische Kommission

Rue de la Loi 200, B-1049 Brüssel
Tel. 0032 2 / 299-1111

Vertretung in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2280-2000, Fax -2222
www.eu-kommission.de

Generaldirektion Umwelt

Ansprechpartnerin für Verbände/NGO:
Barbara Gessler, Berlin (s.o.)

Europäisches Parlament - EP

Rue Wiertz, B-1047 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2842111, Fax -2306933
www.europarl.europa.eu

Informationsbüro in Deutschland

Unter den Linden 78, 10117 Berlin
Tel. 030 / 2280-1000, Fax -1111

Rat der Europäischen Union (Ministerrat)

Rue de la Loi 175, B-1048 Brüssel
Tel. 0032 2 / 85-6111, Fax -7381
(Der Ministerrat tagt als Allgemeiner oder Fachministerrat [Agrar, Umwelt usw.]. Der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs tagt viermal jährlich als „EU-Gipfel“. Termine siehe Service-Seiten)

Ausschuss der Regionen - AdR

Rue Montoyer 92-102, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 282-2211, Fax -2325

Wirtschafts- und Sozialausschuss

Rue Ravenstein 2, B-1000 Brüssel
Tel. 0032 2 / 5469011, Fax -5134893

Europäischer Gerichtshof - EuGH

Boulevard Konrad Adenauer, L-2925 Luxemburg; Informationsdienst (dt.):
Tel. 00352 / 4303-3255, Fax -2500

Vertretung Deutschlands bei der EU

Rue J. de Lalaing 19, B-1040 Brüssel
Tel. 0032 2 / 2381-811, Fax -978

Europäische Umweltagentur - EEA

Kongens Nytorv 6, DK-1050 Kopenhagen
Tel. 0045 3336-7100, Fax -7199
www.eea.europa.eu

Europäische Verträge

Europäische Gemeinschaft/en - EG

Sammelbegriff für die Europäische Gemeinschaft (EG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG/Euratom). Die ursprünglichen EG-Verträge wurden durch die Einheitliche Europäische Akte (1986/87) weiterentwickelt.

Europäische Union - EU

Durch den Maastrichter Vertrag 1992/93 begründet, durch den Amsterdamer Vertrag 1996/97 und den Vertrag von Nizza 2001 weiterentwickelt. Ergänzt die supranationale EG („1. Säule“) durch die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP; „2. Säule“) und die Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (PIJS; „3. Säule“).

Kompaktdarstellung: Entstehung, Struktur und Verträge der EU
www.de.wikipedia.org/wiki/EGKS#Organe

EU-Rechtsakte

Verordnung - VO

Europäisches Gesetz, das wie ein innerstaatliches Gesetz unmittelbar in jedem Mitgliedstaat gilt. Hat Vorrang vor nationalem Recht.

Richtlinie - RL

Europäisches Rahmengesetz, wird durch nationale Gesetze in innerstaatliches Recht umgesetzt. Dabei muss die Zielrichtung der Richtlinie beachtet werden.

Entscheidungen

Zur Regelung von Einzelfällen. Wie bundesdeutscher Verwaltungsakt.

Gesetzgebungsverfahren: Siehe folgende Seiten.

Die wichtigsten Teile des EU-Rechts (EU-Amtsblatt, konsolidierte Versionen des geltenden Rechts, wichtige Vorschläge etc.) sind veröffentlicht im Internet: www.europa.eu/eur-lex/de (mit verschiedenen Suchfunktionen)

Mehr zu Institutionen, Abläufen, Begriffen: www.europa.eu/scadplus

Europäisches Umweltbüro - Vorstandsmitglieder

Ihre Ansprechpartner 2006

Das Europäische Umweltbüro (EEB) ist ein Zusammenschluss von rund 140 nicht-staatlichen Umweltorganisationen in 27 Ländern und hat Beratungsfunktion in mehreren Umweltgremien der Europäischen Union. Das in Brüssel ansässige Büro veröffentlicht u. a. für jede EU-Ratspräsidentschaft eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen (siehe Seite 11). Das EEB verfügt über Fach-Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer/innen die meisten EU-Mitgliedsländer wie auch viele Beitrittskandidaten vertreten.

Belgien

Catherine Wattiez
Inter Environnement Bruxelles (IEB)
eMail: catherine.wattiez@skynet.be

Bulgarien

Petko Kovatchev
Centre for Environmental Information and Education (CEIE)
eMail: petko@ceie.org

Dänemark

Michael Minter
Danish Society for Nature Conservation (DN)
eMail: mm@dn.dk

Estland

Juhan Telgmaa
Estonian Society for Nature Conservation (ESNC)
eMail: nature@hot.ee

Finnland

Eero Yrjö-Koskinen
Finnish Association for Nature Conservation
eMail: eero.yrjo-koskinen@sll.fi

Frankreich

Georges Cingal
(EEB-Vizepräsident)
Sepanso FNE
eMail: georges.cingal@wanadoo.fr

Deutschland

Markus Steigenberger
Deutscher Naturschutzring (DNR)
eMail: markus.steigenberger@dnr.de

Griechenland

Kostas Vassilakis
Elliniki Etairia - Hellenic Society for Protection of the Environment & Cultural Heritage
eMail: kostasvassilakis2004@yahoo.gr

Großbritannien

Guy Thompson
Green Alliance
eMail: gthompson@green-alliance.org.uk

Irland

Frank Corcoran
(EEB-Vizepräsident)
An Taisce - National Trust of Ireland
eMail: frank.corcoran@dit.ie

Italien

Mauro Albrizio
(EEB-Vizepräsident)
Legambiente
eMail: legambiente@skynet.be

Lettland

Janis Ulme
VAK - Environmental Protection Club
eMail: janis.ulme@vak.lv

Luxemburg

Théodore Mannon
NATURA
eMail: t.mannon@internet.lu

Niederlande

Arjan Berkhuysen
Stichting Natuur en Milieu (SNM)
eMail: a.berkhuysen@natuurenmilieu.nl

Norwegen

Frederic Hauge
Bellona
eMail: frederic@bellona.no

Österreich

Birgit Reiner
Umweltdachverband
eMail: reiner.eu@umweltdachverband.at

Polen

Aleksander Kedra
ISD - Institute for Sustainable Development
eMail: a.kedra@ine-isd.org.pl

Portugal

Carlos Manuel G. Lage Teixeira
Liga Para a Proteccao Da Natureza (LPN)
eMail: carlosmglteixeirapt@gmail.com

Rumänien

Petruta Moisi
Centrul de Consultanta Ecologica Galati (CCEG)
eMail: eco@cceg.ro

Schweden

Mikael Karlsson
(EEB-Präsident)
Swedish Society for Nature Conservation (SSNC)
eMail: mikael.karlsson@snf.se

Slowakei

Vladimir Ira
STUZ/SR - Society for Sustainable Living
eMail: geogira@savba.sk

Slowenien

Anamarija Slabe
Institute for Sustainable Development (ITR)
eMail: anamarija.slabe@itr.si

Spanien

Samuel Martin Sosa Rodriguez
Ecologistas en Acción
eMail: internacional@ecologistasenaccion.org

Tschechische Republik

Eva Kruzikova
Institute for Environmental Policy (IEP)
eMail: eva.kruzikova@ecn.cz

Türkei

Ayşe Yesim Erkan
TEMA
eMail: yesime@tema.org.tr

Ungarn

Erzsébet Schmuck
(EEB-Vizepräsidentin)
MTVSZ - National Society of Conservationists
eMail: schmuck@mtvsz.hu

Zypern

Chrystia Lyra
Federation of Environmental & Ecological Organisations (FEEO)
eMail: chrystia.lyra@oikologiafeeo.org

Schatzmeisterin

Jacqueline Miller
eMail: jacquelinemiller@tiscali.be

Das Europäische Umweltbüro (EEB)

Der Dachverband der europäischen Umweltverbände

Das EEB ist der Dachverband von 140 zivilgesellschaftlichen Organisationen in allen EU-Mitgliedsländern und einigen Nachbarstaaten. Die Mitglieder sind lokal, national, europaweit oder international agierende Organisationen. Insgesamt repräsentiert das EEB über 15 Millionen Bürger/innen.

Das EEB organisiert und unterstützt das Engagement seiner Mitgliedsorganisationen für eine effektive EU-Politik und nachhaltige Entwicklung. Das EEB-Büro in Brüssel arbeitet eng mit seinen Mitgliedern zusammen, um den Informationsstand über die EU-Umweltpolitik zu verbessern, das Verständnis für diesen Bereich zu fördern und den Dialog mit dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und den Regierungen der Mitgliedsländer zu pflegen.

Für jede Ratspräsidentschaft veröffentlicht das EEB eine Prioritätenliste der zu behandelnden Themen. Nach Ablauf der Präsidentschaft wird eine Bewertung anhand dieser „Zehn grünen Prüfsteine“ durchgeführt. Beides wird auch regelmäßig im EU-Rundschreiben veröffentlicht.

Das EEB verfügt über Fach- Arbeitsgruppen, die aus dem Kreis der Mitgliedsorganisationen gebildet werden. In ihnen sind in der Regel über die Teilnehmer die meisten EU-Mitgliedsländer und auch viele Beitrittsstaaten vertreten. Die Arbeitsgruppen werden von EEB-Expert/innen geleitet (siehe Tabelle).

Das EEB arbeitet zu folgenden Themen:

- Integration von Umweltbelangen („article 6 watch¹„)
- Öffentlichkeitsbeteiligung im Umweltbereich (Århus-Konvention)
- Luftqualität und Lärm (gesamter Bereich der EU-Luftqualitätspolitik: CAFE²-Programm, aktuelle Richtlinien; Lärmrichtlinie)

- Städtische Umwelt (Thematische Strategie)
- Klima/Energie (alles rund um das Kyoto-Protokoll; in Zusammenarbeit mit dem Climate Action Network - CAN-Europe)
- Biodiversität (Umsetzung und Finanzierung von NATURA 2000, Naturschutz außerhalb der FFH-Richtlinie, Überarbeitung der EU-Biodiversitätspolitik, strategische Umweltprüfung - SEA)
- Chemikalien (REACH-Verordnung)
- Quecksilber (EU-Quecksilberrichtlinie, Aufbau des Zero-Mercury-Netzwerks, internationale Ebene)
- Produktpolitik (Ecolabel)
- Ökologische Finanzreform (Ökologische Steuerreform, unökologische Subventionen, Richtlinie zum öffentlichen Beschaffungswesen u. a.)
- Landwirtschaft³ und Boden (EU-Agrarreform, Agro-Gentechnik u. a.; Thematische Strategie für Bodenschutz)
- Abfall (Thematische Strategie für Abfallvermeidung und -recycling)
- Wasser (Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie)
- Tourismus (Arbeitsgruppe in Gründung)

Außerdem arbeitet das EEB zu: IPPC-Richtlinie zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (Integrated Pollution Prevention and Control), Entwicklung der Thematischen Strategie zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen, Umsetzung der Richtlinie zur Strategischen Umweltprüfung, EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung, Standardisierung des europäischen Gütesiegels, Umwelthaftung, EU-Erweiterung. (bv) ■

• Weitere Informationen

European Environmental Bureau (EEB)
Boulevard de Waterloo 34, B-1000
Brüssel
Tel. 0032 2 / 28910-90, Fax -99
eMail: eeb@eeb.org
www.eeb.org

Mitarbeiter/in	Funktion/Fachgebiet	eMail
John Hontelez (d)	Generalsekretär	hontelez@eeb.org
Regina Schneider (d)	Leiterin der Informationsabteilung; Weiterbildung	info@eeb.org
Caroline Bretelle	Presse und Veröffentlichungen	caroline.bretelle@eeb.org
Pendo Maro	Umweltpolitik und Umweltintegration (Kordinatorin)	pendo.maro@eeb.org
Mara Silina	EU-Erweiterung, Bürgerbeteiligung, Weiterbildung, ECO-Forum (Kordinatorin)	mara.silina@eeb.org
Pieter de Pous (d)	Landwirtschaft ³ , Gentechnik, Biodiversität, Boden (EU-Politikreferent)	pieter.depous@eeb.org
Stefan Scheuer (d)	Wasser, Ökologische Finanzreform (Geschäftsführer)	stefan.scheuer@eeb.org
Mecki Naschke (d)	Chemikalien, Industriepolitik (EU-Politikreferentin)	mecki.naschke@eeb.org
Anja Leetz (d)	Chemikalienpolitik (Kampagnenleiterin)	anja.leetz@eeb.org
Kerstin Meyer (d)	Luftverschmutzung, Lärm, Städtische Umwelt (EU-Politikreferentin)	kerstin.meyer@eeb.org
Melissa Shinn	Abfall, Ökologische Produktpolitik, Ressourcen (Leitende EU-Politikreferentin)	melissa.shinn@eeb.org
Elena Lymberidi	Quecksilber-Kampagne (Kordinatorin)	elena.lymberidi@eeb.org

(d) = deutschsprachig

1 Artikel 6 des EG-Vertrages: Gebot der Umweltintegration - siehe www.eur-lex.europa.eu/de/treaties/dat/12002E/pdf/12002E_DE.pdf

2 „Clean air for Europe“

3 Leiter der Arbeitsgruppe Landwirtschaft ist Arjan Berkhuisen von der Stichting Natuur en Milieu (Niederlande), eMail: a.berkhuisen@snm.nl

Verweise auf frühere Ausgaben

Das EU-Rundschreiben beschränkt sich in der Regel auf aktuelle Informationen. Daher wird in einigen Artikeln auf vorangegangene Ausgaben verwiesen, z. B. „siehe EUR 06.05“ als Hinweis auf Heft 6 des EU-Rundschreibens aus dem Jahr 2005. Verweise auf den Deutschland-Rundbrief des DNR (siehe rechte Spalte) sind ähnlich gehalten, z. B. „siehe DRB 11.04“. Alle älteren Ausgaben sind im Internet zugänglich (siehe Nebenspalte).

Unsere weiteren Periodika

Deutschland-Rundbrief, Forum Umwelt und Entwicklung Rundbrief

Informationen zur Umweltpolitik auf nationaler Ebene finden Sie im Deutschland-Rundbrief des DNR. Mehr zur globalen Umwelt- und Entwicklungspolitik finden Sie im Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung, das vom DNR getragen wird. Wir senden gern kostenlose Probeexemplare. Probelesen und Archiv im Internet: www.forumue.de/forumaktuell/rundbriefe www.dnr.de/drbb

Wir im Internet

www.eu-koordination.de

Auf der Internetseite der EU-Koordination des DNR finden Sie ein EUR-Themenarchiv, Informationen über unsere laufenden und abgeschlossenen Projekte sowie Verzeichnisse von Publikationen, Veranstaltungen und Expert/innen - alles übersichtlich nach den verschiedenen EU-Umweltthemen gegliedert.

www.dnr.de/eur

heißt die Internetseite des EU-Rundschreibens. Dort finden Sie:

- die aktuelle Ausgabe mit Inhaltsverzeichnis, Editorial, Serviceteil und vier ausgewählten Beiträgen
- die bisherigen Ausgaben ab Januar 2000 als Volltext-Archiv (PDF-Dateien)
- die Möglichkeit der Suche in Publikationen des DNR

Aktuell informiert per eMail

Hintergrundinformationen zu EU-Ministerratstagungen

Mit kurzen Hintergrundinformationen informieren wir per eMail über Umweltthemen auf den Tagesordnungen der EU-Ministerratssitzungen und der halbjährlichen Gipfeltreffen des Europäischen Rates. Abonnent/innen und DNR-Mitglieder können bei der Redaktion bestellen.

Info-Service zu allen Umweltthemen

Für Rundschreiben-Abonnent/innen sowie Fachleute und Interessierte aus DNR-Mitgliedsverbänden bieten wir kostenlos aktuelle eMail-Weiterleitungen zur EU-Umweltpolitik, verschiedenen EU-Ländern und weiteren Themen in deutscher Sprache an. Die Themen können selbst gewählt werden. Angebot und Bestellmöglichkeit: www.dnr.de/infoservice

EUR-Abo

Abonnieren Sie das EU-Rundschreiben des Deutschen Naturschutzrings

Ich bestelle das EU-Rundschreiben **ab Ausgabe:**

- als Privatperson**
- 41 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 52 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 57 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

- für eine Organisation**
- 82 Euro pro Jahr im eMail-Versand
 - 103 Euro pro Jahr für das gedruckte Heft*
 - 113 Euro pro Jahr für das Heft* plus eMail

* zzgl. 26 Euro Zusatzporto bei Auslandsversand

- als Förderabonnement**
- 180 Euro oder mehr pro Jahr - bitte Betrag und Bezugsart angeben: (Differenzbetrag zum Abonnement als Spende absetzbar)

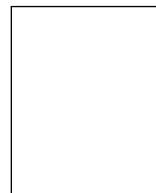
- Zahlung per Bankeinzug** Geldinstitut: _____ Bankleitzahl: _____
Kontonummer: _____

- gegen Rechnung** an die oben angegebene / folgende Adresse:

Absender/in

Vorname, Name:
ggf. Organisation:
ggf. Funktion:
Straße/PF:
PLZ, Ort:
Tel./Fax:
eMail:

EUR-Abo



Deutscher Naturschutzring
Redaktion EU-Rundschreiben
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin